

**Abg. Meyer:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Familienpolitische Fragen haben eine große Bedeutung in der heutigen Zeit. Wir sind uns bewußt, daß Familienpolitik ein sehr komplizierter Bereich der verschiedensten Maßnahmen und gesellschaftlichen Einrichtungen ist. Nachdem Frauen auch aus dem Berufsleben nicht mehr wegzudenken sind, heißt das, daß für unsere Kinder die bestehenden sozialen Einrichtungen dringend benötigt werden und auch nicht mehr wegzudenken sind. So erhalten unsere Kindergärten und Horte über die wirtschaftliche Hilfe hinaus eine besondere erzieherische Bedeutung für die heranwachsende Generation. Die Qualität der kommenden Generation ist für uns alle von besonderer Wichtigkeit. Unsere Kinder sind ja Träger der Gesellschaft von morgen, daher ist ihre gesunde Entwicklung von entscheidender Bedeutung, und wir als Politiker haben die Verpflichtung, sie nach besten Kräften zu fördern, damit sie glücklich leben können. Im Gegensatz zu der körperlichen Gesundheit hängt die seelische Entwicklung des Kindes, wie uns die Psychologen beweisen, von den ersten Lebensjahren ab. Wenn wir nun erkennen, daß Gesellschaftsordnungen in den Kinderstuben geformt werden und daß der Eindruck, den das Kind durch seine ersten persönlichen Kontakte zum Beispiel im Kindergarten erhält, seinen Charakter und seine Fähigkeit für menschliche Beziehungen als Erwachsener prägt, dann müssen wir uns fragen, ob es genügt, wenn die Kinderkrippen und Kindergärten oft nur als Aufbewahrungsstätte angesehen werden. Wir Sozialisten haben immer verlangt, daß jedes Kind mindestens ein Jahr lang einen Kindergarten besuchen soll. Der Kindergarten ist grundsätzlich als pädagogisches Institut mit hoher Verantwortlichkeit und mit umfassendem Einfluß auf die kindliche Persönlichkeitsentwicklung anzusehen. Im Paragraph 5 des Kindergartengesetzes heißt es, daß die Kindergärten die Aufgabe haben, die Familien bei der Erziehung der Kleinkinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt zu unterstützen und zu ergänzen. Es ist die körperliche und geistige Entwicklung zu fördern, und die Kindergärten haben auf ein gutes Zusammenwirken mit dem Elternhaus Bedacht zu nehmen. Wenn im Paragraph 7 steht, daß eine Kindergruppe nicht mehr als 30 Kinder haben soll, aber nicht mehr als 40 haben darf, so ist bei so vielen Kindern in einer Gruppe sicher eine intensive Betreuung nicht mehr gewährleistet. Denn 30 und 40 Kinder in einer Gruppe zu betreuen und hier noch auf die Gegebenheiten der einzelnen Kinder einzugehen, kann einer Kindergärtnerin beim besten Willen gar nicht mehr möglich sein. Um daher eine stärkere Berücksichtigung der entwicklungsbedingten Gegebenheiten und Möglichkeiten in der Kinderarbeit zu gewährleisten, wäre es vom erzieherischen Standpunkt aus notwendig, die Kindergruppen auf maximal 20 zu senken.

Nun weiter zum Problem der Kindergärten vom baulichen Standpunkt aus. Die sozialistische Landtagsfraktion hat am 28. Oktober 1981 einen Antrag auf Novellierung des Kindergartenförderungsgesetzes eingebracht. Nach den Bestimmungen dieses Kindergartenförderungsgesetzes wurden bisher die Kindergartenerhalter in unterschiedlicher Höhe gefördert. Es ist einzusehen, daß auf die Finanzkraft der Gemeinden bei der Förderung Rücksicht genommen werden soll.

Aber wichtig wäre es, daß ein Rechtsanspruch eine weit gestreute und regelmäßige Förderung nach ganz bestimmten Sätzen gewährleistet. Dadurch könnte der Kindergartenerhalter vor Erstellung eines Projektes bereits mit einer bestimmten Förderungssumme rechnen, und es wird daher die Finanzierung für den Erhalter überschaubar. Es ist wichtig, daß die Kindergartenerhalter angemessene Räumlichkeiten den Kindern und Kindergärtnerinnen zur Verfügung stellen können, und diese können nur dann die angemessenen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, wenn sie wissen, daß die Finanzierung bei einem eventuellen Zu-, Um- oder Neubau gesichert ist und wie sie aussehen wird.

Zu den Kindergärtnerinnen selbst wäre zu sagen, daß es wichtiger als je zuvor ist, daß auf die Aus- und Weiterbildung besonderes Augenmerk gelegt wird. Die Anhebung der Ausbildung auf fünf Jahre wäre sinnvoll und würde nur wieder den Kindern zugute kommen. Besonders wichtig bei der Ausbildung der Kindergärtnerinnen wäre die Persönlichkeitsbildung, aber auch eine Ausbildung für die so notwendig gewordene Elternberatung. Wichtig ist auch, daß Kindergärtnerinnen ständig Fortbildungskurse besuchen können, die aufeinander abgestimmt werden. Wir wollen ja – und das habe ich eingangs schon gesagt –, daß ein Kindergarten keine Aufbewahrungsstätte für unsere Kinder ist, sondern eine echte Ergänzung zur Erziehung im Elternhaus. Ist es nicht wert zu überlegen, ob wir nicht die Tätigkeit der Kindergärtnerinnen als pädagogische Tätigkeit anerkennen sollten? Wenn wir das tun, dann wäre es notwendig, ein entsprechendes einheitliches Dienstrecht, angelehnt an das der Volksschullehrer, für die Kindergärtnerinnen zu installieren. Das alles sind Dinge, mit denen wir uns im Interesse unserer Kinder und der zukünftigen Generationen sehr bald befassen sollten. Denn sicher muß es unser aller Bestreben sein, alles dazu beizutragen, daß die Kinder das bekommen, was sie ja am meisten brauchen: Das Gefühl des Angenommenwerdens, der Liebe, viel Verständnis und die bestmögliche pädagogische Betreuung. Die Kinder brauchen dies nicht nur im Elternhaus, sondern gerade auch in den Kindergärten, in denen sie ja so viele Stunden verbringen. Deshalb muß uns eine zeitgemäße Ausbildung der Kindergärtnerinnen – wie ich vorher schon sagte – besonders am Herzen liegen.

Professor Dr. Erwin Ringel, der Psychoanalytiker, bezeichnet den Kindergarten als große Chance, mögliche Erziehungsfehler der Eltern zu erkennen und noch rechtzeitig Dauerschäden zu verhindern. Deshalb glaube ich, daß es in der nächsten Zeit dringend notwendig sein wird, alles zu tun, um einerseits von der Förderung her den Kindergartenerhaltern die Möglichkeit zu geben, der heutigen Zeit gemäß entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen und andererseits den Kindergärtnerinnen von der Ausbildung und vom Dienstrecht her jene Bedeutung zukommen zu lassen, die sie als Pädagogen unserer Kinder haben. Unsere Aufgabe als Politiker muß es sein, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen und eine Novellierung des Kindergartengesetzes durchzuführen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ofner das Wort.

**Abg. Ofner:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Nachdem die Frau Kollegin Meyer über die Probleme des Kindergartens sehr ausführlich gesprochen hat, kann ich mich eigentlich sehr kurz halten, möchte jedoch einige Punkte hier aufzeigen, die mir besonders am Herzen liegen.

Im vorigen Jahr sind von den sozialistischen Abgeordneten mehrere Anträge, die den Kindergarten betreffen, eingebracht worden. Der erste Antrag war die Novellierung des Kindergartenförderungsgesetzes 1974. Der zweite Antrag beinhaltet, daß eine gerechte Zuteilung der Kindergartenbeihilfe erfolgen soll. Immer wieder wird mir von der Bevölkerung gesagt und Klage geführt, daß die Förderungen in keiner Weise dem Einkommen entsprechen. So sind vor allem Arbeitnehmer gegenüber Selbständigen und Großgrundbesitzern schwerstens benachteiligt.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich hier einige Beispiele anführe.

So bekommen fast alle landwirtschaftlichen Betriebe, egal in welcher Größenordnung, die volle Kindergartenbeihilfe, die derzeit pro Monat 380 Schilling beträgt, ausbezahlt. Nicht viel anders verhält es sich bei den Selbständigen. Auch hier geht es nach dem versteuerbaren Einkommen, nach dem versteuerbaren Reingewinn, nach dem Paragraph-2-Einkommen. Bei einer klugen Geschäftsführung ist auch hier die Möglichkeit einer Bezahlung in voller Höhe gegeben.

Wenn ein Unselbständiger aber mehr als 4000 Schilling verdient, muß er schon mit einem beachtlichen Abzug rechnen. (Abg. Schrammel: „Das stimmt nicht!“) Das stimmt sehr wohl! Bitte, erkundigen Sie sich!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man fördert Großgrundbesitzer mit Eigenjagden sowie landwirtschaftliche Betriebe mit weit mehr als 500.000 Schilling Einheitswert in voller Höhe und zieht Unselbständigen, die weit unter dem Mindesteinkommen liegen, noch einen beachtlichen Betrag ab. Wir alle wissen, daß das Mindesteinkommen für einen Zweipersonen-Haushalt derzeit 5954 Schilling beträgt. Man hätte zumindest diese Einkommensgruppe noch befreien müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 1974 hat man diese Förderungsrichtlinien nicht mehr verändert. Man hat es verabsäumt, sie zu valorisieren. Auf Grund dessen sind diese Ungerechtigkeiten auch in erster Linie zutage getreten. Auch der Förderungssatz von 380 Schilling ist in keiner Weise mehr zeitgerecht, da die meisten Kindergartenerhalter schon durchschnittlich etwa an die 500 Schilling pro Monat verrechnen. Im Vorjahr ist dieser Antrag schon von den sozialistischen Abgeordneten eingebracht worden. Bis jetzt wurde er nicht behandelt.

Ich bin überzeugt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in der Rechtsabteilung sicherlich genug fähige Leute hätten, die ein gerechtes Förderungssystem erarbeiten könnten, es müßte nur der politische Auftrag erteilt werden. Wir wissen, daß immer weniger Geld zur Verfügung steht, trotzdem kann man diese Ungerechtigkeit nicht belassen.

Herr Landesrat, es wäre wirklich an der Zeit, diese extreme Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen –

(Abg. Dr. Eichinger: „Wie war das mit dem Nulltarif?“) –, damit auch Eltern kleinerer Einkommen sich leichter einen Kindergartenplatz für ihre Kinder leisten können. Okay, Nulltarif für alle, aber nicht, daß man Großgrundbesitzer gegenüber dem Mindesteinkommen so bevorteilt. Das kann wirklich nicht gerecht sein, Herr Kollege. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Ihnen dieses Förderungssystem in dieser Art und Weise recht ist, dann sagt mir das alles, das möchte ich sagen. (Abg. Aichhofer: „Auch die Herren Generaldirektoren!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das nächste Thema, das mich persönlich sehr berührt, ist die ärztliche Versorgung in den Kindergärten.

Nach dem Distriktsärztegesetz ist jeder Distriktsarzt verpflichtet, die Kinder in den Pflichtschulen zu untersuchen. Genauso notwendig – ja noch viel notwendiger – wäre eine Untersuchung bei den Kindergartenkindern. Gerade in einem Alter von drei bis fünf Jahren wäre durch eine Früherkennung eine Krankheit sicherlich noch leichter heilbar als in späteren Jahren. Hier könnten Seh-, Hör- und Haltungsschäden sowie Sprachstörungen und so weiter sicher noch leichter ohne spätere Folgen korrigiert werden.

Ich fordere daher, daß die Untersuchung der Kindergartenkinder von den Distriktsärzten – ich würde sagen – kostenlos durchgeführt und dies in der Novelle des Kindergartengesetzes, so aber auch im Distriktsärztegesetz, verankert wird. Sollte dies aus gewissen Umständen nicht möglich sein, so könnte auch das Land fachlich geeignete Mediziner einstellen, die in den steirischen Kindergärten diese Untersuchung durchführen. Ich bin überzeugt, daß dadurch das Budget nur sehr, sehr gering belastet werden würde.

Denn über eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns immer klar sein und denken: Das höchste Gut, das wir besitzen, ist unsere Jugend, und da sollte uns nichts zu teuer sein. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer.

**Abg. Kohlhammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe mir auch vorgenommen, mich kurz zum Thema Wissenschaft und Forschung zu melden, und muß eingangs gleich feststellen, daß ich höchst erstaunt war über die Gefühle, die Kollege Dr. Schilcher hier ausgebreitet hat bezüglich unseres Engagements und unserer Einstellung zur Wissenschaft und Forschung. Ich werde versuchen, in meinem Beitrag doch einen anderen Eindruck zu erwecken, und wollte Sie eigentlich umgekehrt auf die Problematik, auf die rasche Entwicklung besonders hinweisen. Ich habe unlängst ein Papier einer Kommission der Europäischen Gemeinschaft vom 28. Mai 1982 in die Hand bekommen und muß sagen, das ist für mich so eindrucksvoll und komprimiert dargestellt, eine Entwicklung, die ich in aller Kürze und gerafft und nur einige Sätze daraus, es sind immerhin 14 Seiten, doch zur Kenntnis bringen möchte. Hier steht unter anderem:

Zusätzlich zu der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leidet Europa an einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie. Das Ergebnis: Märkte werden verloren, die Arbeitslosigkeit steigt. Der Wettbewerbsdruck seitens der großen industriellen Konkurrenten Europas ist besonders stark in den Sektoren mit hochentwickelter Technologie, die der Schlüssel für das künftige wirtschaftliche Wachstum Europas sind. Die Informationstechnologie beeinflusst das gesamte Wirtschaftsgefüge. Ihre rasche Anwendung ist die Voraussetzung für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit in praktisch allen wichtigen Sektoren der Fertigungsindustrie und des Dienstleistungsgewerbes. Die Informationstechnologie ist jedoch nicht nur der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern sie ist auch selbst ein Wachstumssektor. Der Weltmarkt für Produkte der Informationstechnologie expandiert trotz der gegenwärtigen Rezession um jährlich zehn Prozent. Ihr Umsatz dürfte sich weltweit auf 100 Milliarden ECU belaufen, wobei 30 Prozent dieses Marktes auf Europa selbst entfallen. Die Geschwindigkeit des technologischen Wandels ist so groß, daß rund die Hälfte der heutzutage auf dem Markt befindlichen Produkte vor drei Jahren noch nicht existierten. Im IT-Sektor ist die Technologie die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit. Es bestehen keine Anzeichen für eine Verlangsamung dieser Entwicklungsgeschwindigkeit. Sämtliche technologischen Indikatoren weisen darauf hin, daß dieser Trend auch über die unmittelbare Zukunft hinaus weiterbestehen wird. Neue Mikroelektroniktechnologien machen weitere Erhöhungen der Schaltgeschwindigkeit und der Packungsdichte möglich, die die Speicherkosten noch weiter senken und somit in den kommenden Jahren die Kosteneffektivität und Absatzfähigkeit der Produkte weiter steigern werden.

Noch einen Auszug, um den Anteil Staat-Wirtschaft in anderen Ländern zu zeigen. Hier heißt es: In den USA waren 15,7 Prozent des nationalen Forschungs- und Entwicklungshaushalts (10,8 Milliarden von 68,6 Milliarden) der Elektronik und verwandten Technologien gewidmet. Davon waren etwa 47 Prozent von der Industrie aufzuwenden und 49 Prozent von der Regierung. Es halbiert sich der Anteil öffentliche Hand-Wirtschaft. Auch bemerkenswert ist die Tatsache, daß, obwohl manche Firmen in den USA viel größere Forschungsprogramme haben als die europäischen Firmen, einige von ihnen (dazu gehört IBM!) sich jetzt zusammenschließen, um Forschung und Entwicklung in Schlüsselbereichen durchzuführen. Für uns stellt sich damit die Frage, welchen Umfang sollte dieses Entwicklungsprogramm, als gleichwertiges, auf europäischer Ebene haben. In diesem Papier führt man eben an, daß das naturgemäß mindestens gleichwertig sein müsse. Man erarbeitet jetzt Vorschläge und weist noch besonders darauf hin. Für nationale Behörden sollte das auch heißen, daß man sich nicht nur auf Fertigung und Entwicklung konzentrieren sollte, sondern auch größere Bemühungen auf dem Gebiet der Normen, Standards und öffentlicher Beschaffungspolitik anstellen müsse, um den größtmöglichen Markt in Europa sicherzustellen. Das Papier wird in diesem Jahr erarbeitet. Das Hauptprogramm soll im Jahre 1984 aufgenommen werden, um diesen Trend umzukehren, das heißt, um mit dabei zu sein bei diesem großen

zukünftigen Thema einerseits, besonders aber der Wertschöpfung auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, diese Auszüge zu zitieren, weil ich versuchen wollte, auf die Entwicklung aufmerksam zu machen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß man diese nicht in dem Ausmaß sehen will. Wenn beispielsweise der Sozialminister von der Arbeitszeitverkürzung spricht, dann ist das nicht nur eine Frage, ob man sich das heute leisten kann oder nicht, sondern geschieht dies natürlich an Hand von Informationen und Unterlagen, wo man eben erkennen muß, daß eine derart rasche Entwicklung auf uns zukommt, die wir nicht nach den üblichen Rezepten werden lösen können. Ich möchte mich jetzt hier nicht mit dem Thema auseinandersetzen, bezüglich der Beschäftigtenfrage, zum Thema Rationalisierung, sondern mehr in die Richtung, daß wir mit dabei sein müssen bei der Wertschöpfung. Wir müssen alles tun, zumindest Schwerpunkte zu setzen, weil wir kaum Gelegenheit haben werden, am gesamten Kuchen aller technischen Möglichkeiten mitzunaschen. Ich selbst habe die Erfahrungen aus dem eigenen Betrieb. Bei uns gibt es kaum Produkte, die älter als fünf Jahre sind. Bei uns werden jetzt Techniker eingestellt, obwohl wir gleichzeitig bei der Arbeitsmarktverwaltung ansuchen müssen um Kurzarbeit, weil es Beschäftigungsprobleme, Auftragslücken gibt, die nichts mit dem Strukturproblem der Firma an sich zu tun haben. Das heißt, die Problematik ist sehr vielschichtig.

Wenn ich jetzt doch zum Ausdruck bringen möchte, daß wir uns natürlich freuen über die Aufstockung im Landesbudget, so möchte ich doch auch hinweisen, daß der Bund nach meiner Information noch relativ viel für den Bereich Forschung und Entwicklung tut, und ich möchte den Kollegen Dr. Schilcher einladen, doch auch jene Sektoren und Maßnahmen mit zu beachten, die nicht direkt einer Statistik zuzuordnen sind, rein für Forschung und Entwicklung. Wir haben im Jahre 1982 insgesamt Ausgaben auf Bundesebene von 16,4 Milliarden Schilling zu erwarten. Das ist eine Steigerung von 370 Prozent gegenüber 1970. Von diesen Ausgaben werden 1982 47,7 Prozent von der öffentlichen Hand, das sind 34,8 Prozent Bund und 12,8 Prozent Länder, und 51,5 Prozent von der Wirtschaft finanziert. Für wirtschaftsbezogene Forschung werden vom Bund 1982, Aktion Bürges, 662 Millionen Schilling aufgewendet. Die Bundesregierung hat außerdem zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft eine Sonderaktion zur Förderung außenhandelsorientierter Forschungsfragen österreichischer Unternehmer ins Leben gerufen. Für diese Aktionen wurden 1980 bis 1982 wiederum je 100 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das Sonderbeschäftigungsprogramm im Jänner 1982 sieht zusätzlich jährlich 100 Millionen Schilling vor aus der österreichischen Nationalbank für wirtschaftsnahe Forschung. Indirekt finanziert der Bund, das habe ich vorhin gemeint, Forschung und Entwicklung durch Abgabenbegünstigung, die durch die Abgabenänderungsgesetze 1980 und 1981 eine wesentliche Erweiterung erfahren haben. Durch das Forschungsorganisationsgesetz 1981 erfolgte eine gesetzliche Neuregelung der Forschungsorganisation in Österreich. Es enthält die leitenden Grundsätze und Zielsetzungen für Förderung von Wissenschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist bewußt, daß ich durch diese geraffte Aufzählung der Bundesleistungen es sicher nicht geschafft habe, sie entsprechend zu würdigen; ich wollte es aber aus Zeitgründen all jenen überlassen, die sich damit beschäftigen, selbst näher einzusteigen. Vielleicht noch einen Satz dazu: Das Budget, das zur Verfügung steht, wird auch auf Bundesebene sicher teilweise für Feuerwehrmaßnahmen ausgegeben, was gar nicht so lustig ist, weil wir es auf Landesebene genauso bedauern, es nicht gezielter für zukünftige Projekte einsetzen zu können. Aber auf das vielfältige Bündel aller Förderungsmaßnahmen wollte ich doch hinweisen, und vielleicht noch eines, Herr Kollege Dr. Schülcher: Sie haben beklagt, daß die Förderung auf Bundesebene für Landeseinrichtungen nicht in dem Maße erfolgt. Mir ist gesagt worden, es könne daran liegen, daß man den Bundesrechnungshof nicht hineinschauen lassen will. Wenn das der Fall sein sollte, sollte man sich hier vielleicht ein anderes Verhalten überlegen.

Abschließend möchte ich meine Überzeugung aussprechen, daß es uns in guter Zusammenarbeit mit dem Bund, mit den Bundesstellen, und indem wir versuchen, alle zusätzlichen neuen Instrumente einzusetzen und auch noch neue zu entwickeln, doch gelingen müßte, im Zusammenwirken mit den anerkannten steirischen Bildungseinrichtungen zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, damit wir die Grundlage für neue Arbeitsgebiete eröffnen können. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hatte eigentlich ursprünglich vor, zum Thema „Sport“ einige Anmerkungen zu machen. Aber, nachdem man hier das Sprichwort verwenden kann: „Sport ist die wichtigste Nebensache der Welt!“, erlauben Sie mir, daß ich zu meinen Vorrednern kurz Stellung nehme.

Ich möchte der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Schwab, der schon voriges Jahr einige sehr richtige und bemerkenswerte Gedanken über die Jugendarbeit hier im Hohen Haus deponiert hat, einige Dinge hinzufügen, die mir auch persönlich am Herzen liegen und die heute in einigen Wortmeldungen schon durchgeklungen sind. Der Herr Kollege Freitag hat dieses Problem angeschnitten, und auch der Herr Kollege Hammerl. Sie haben in ihrem Referat, in ihrer Wortmeldung, erwähnt, daß die Jugend von heute sich zu einer gewissen Politikverdrossenheit entwickelt hat, das heißt, daß eine Politikverdrossenheit vorhanden ist, die mit einem Protest an den bestehenden Zuständen zu erklären ist. Ich möchte Ihnen einen Zusatz dazu machen: Es ist nicht nur Politikverdrossenheit, sondern – wie ich es jeden Tag und in vielen Gesprächen kennengelernt habe – es ist auch Verdrossenheit über gewisse Praktiken.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat heute von einer Pflichtübung gesprochen. Wir sprechen – ich bin ja erst das zweite Mal dabei – immer wieder von der Frage der Objektivierung der Aufnahme in den Landesdienst. Wir haben heute gehört,

daß der Herr Präsident Moser davon gesprochen hat, daß die Schulen endlich steirisch werden mögen und daß man damit aufhören möge, von roten oder schwarzen Schulen zu sprechen. Ich persönlich kann ihm nur recht geben, aber ich frage mich, warum diese Lösung, daß die Schulen endlich steirische Schulen werden mögen, nicht früher getroffen wurde, – (Abg. Ing. Turek: „Das ist noch lange keine Lösung!“) Das ist zumindest ein Vorschlag gewesen. Ich hielte es für verfehlt, daß wir wieder nach Hause gehen und alle wissen, wie es passiert. Wissen Sie, in Fürstenfeld – und, Herr Dr. Eichinger, gerade Sie erregen sich sehr über gewisse Erscheinungsformen, Parbeibuchwirtschaft; alles Dinge, die sicherlich unsere Jugend zur Verdrossenheit bringen. Aber, ich sage Ihnen eines, wie es auch in der Steiermark leider Gottes der Fall ist, und ich meine, daß wir hüben und drüben diese Probleme anpacken sollten, im Interesse der Demokratie, im Interesse der Parteien. Ich möchte nur ein Gespräch mit einer jungen Maturantin erwähnen, das ich einmal in Fürstenfeld geführt habe. Da frage ich sie, für welche Partei sie ist, welche Gesinnung sie hat, was sie wählen wird. Sie hat mir erklärt: „Wissen Sie, in der Steiermark – ich habe jetzt die Matura gemacht, ich will jetzt in den Landesdienst, ich will unter Umständen Lehrerin werden –, hier gehe ich zur ÖVP, weil nur dort gesichert ist, daß ich einen fixen Posten bekomme.“ Ich glaube einfach, daß wir hier endlich darangehen müßten, im Interesse einer echten Jugendarbeit, im Interesse einer Stärkung des Vertrauens der Jugend in unsere Demokratie, daß wir diese Vorschläge, die unsere Fraktion hier schon gemacht hat: „Einführung eines Beirates zur Objektivierung der Aufnahmen in den Landesdienst“, aufgreifen.

Und machen wir uns doch nichts vor – Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, Sie gehen zwar lächelnd darüber hinweg, wenn man Sie fragt, antworten Sie: „Es sind Tausende von Bewerbern, stellen Sie sich vor, Tausende von jungen Menschen kommen zu mir, Hunderte von Vorsprachen.“ Wie wählen Sie diese jungen Menschen aus, wie wählen Sie die Bewerber aus? Sie sagen: „Das ist fürchterlich schwierig, aber ich habe meine langjährige Erfahrung, und auf die kann ich zurückgreifen.“ Ich weiß, und ich will Ihnen das gar nicht verübeln, das ist halt die Machtausübung, der Gesinnungsdruck – verzeihen Sie mir diesen Ausdruck –, der hier im Spiel ist. (Abg. Schützenhöfer: „Hören Sie mit dem Gesinnungsdruck auf; nehmen Sie dieses Wort nicht in den Mund!“) Wir wissen eben, daß in der Steiermark bei der Aufnahme in den Landesdienst gewisse Präferenzen bestehen. Schauen Sie, ich halte nichts davon, daß man sich hier gegenseitig die Dinge aufrechnet, aber der Herr Kollege Prutsch hat noch vorher gesagt, es gibt – um hier den Schuldienst zu zitieren – im Bezirk Radkersburg 28 Schulen. Wissen Sie, wie viele Schulen einen sozialistischen Leiter haben? Wissen Sie das? Eine einzige Schule! Wissen Sie, wie es in Fürstenfeld aussieht? (Abg. Dr. Eichinger: „Er redet wie ein Buch!“) Wir haben 21 Schulen, und wir haben auch nur einen sozialistischen Leiter. Dort ist das Verhältnis sicherlich nicht so zuungunsten unserer Partei. (Abg. Schrammel: „Das hast du unterschrieben, daß es nur eine ist! Früher waren es zwei!“) Ich darf auf diesen Zwischenruf eines antworten: Ich finde es traurig genug, daß ich als Bezirksobmann einer schwächeren Partei im Bezirk

zum Schutz der Minderheit solche Vereinbarungen unterschreiben muß. Wir haben bisher immer zwei Schulen gehabt, wobei ich diesen Proporz, diese fixe Einteilung, langfristig sicherlich nicht akzeptiere, aber kurzfristig war es bisher ein Schutz für die Minderheit, um noch diese zwei Schulen zu erhalten; und diese Praxis sollten wir doch im Interesse der steirischen Schulen, im Interesse der steirischen Lehrer ablegen. Von einer Sache haben auch wir heute gesprochen, und auch der Herr Kollege Schwab: von einer Gesinnungstreue, von einer gewissen Ethik im Beruf, von einer gewissen Vorbildfunktion. Bitte, wie sollen diese Hunderte von Lehrern, die von der Pädagogischen Akademie hinausströmen, die dann den geliebten Beruf ergreifen wollen, Gesinnungstreue beweisen, wenn sie hier in eine gewisse Schablone – ich will hier nicht differenzieren –, in ein gewisses Maß, in eine gewisse Richtung gedrängt werden, und die dann nie mehr diese Gesinnungstreue, diese Zivilcourage beweisen können? Wie soll hier unsere Jugend und wie sollen hier unsere Schüler Zivilcourage und Gesinnungstreue lernen?

Ich sage Ihnen persönlich eines: Meine Tochter geht jetzt in die zweite Klasse Volksschule in Fürstenfeld. Sie wird – wobei ich das nicht als Kriterium einer schulischen Ausbildung ansehe, glauben Sie mir das –, wenn sie die Hauptschule macht, bis zur vierten Klasse nie mehr einen sozialistischen Lehrer zu Gesicht bekommen. Glauben Sie, daß das pluralistisch ist? Ich meine nur – das Kind soll es nicht wissen –, eines steht fest, daß an diesen Schulen in Fürstenfeld kein einziger sozialistischer Lehrer mehr unterrichtet. (Abg. Dr. Eichtinger: „Bis vor zwei Jahren sind alle angestellt worden!“) Schauen Sie, Herr Dr. Eichtinger, natürlich sind die Probleme durch die geringe Anzahl der freien Lehrerstellen größer geworden. Daher mein Appell: – (Abg. Schrammel: „Machen Sie den Bezirk nicht schlecht!“) Ich mache meinen Bezirk nicht schlecht, ich stelle die Dinge nur dar, wie sie sind. Wir sollten hier wirklich im Interesse der Schüler, aber auch nach dieser Anregung des Herrn Präsidenten Moser, von dem ich nicht hoffe, daß er auf Grund dieser Anregung dann Konsequenzen ziehen muß (Abg. Dr. Eichtinger: „Bei uns gibt es keinen Maulkorb!“), und auch auf Grund der zahlreichen Vorschläge, die hier im Hohen Haus schon gemacht worden sind, unserer Jugend beweisen, daß wir hier mit der Abrüstung beginnen – wie das Herr Kollege Ing. Turek einmal bezeichnet hat – und ihnen zeigen, daß hier keine Parteibuchwirtschaft besteht. Ich glaube nämlich eines, wir haben auch davon gesprochen, daß die Alternativen und die Grünen Ansatzpunkte zur Kritik haben und diese auch ausnützen. Ein Faktor neben einer gewissen Privilegienwirtschaft ist die Parteibuchwirtschaft, sind die Parteibuchzwänge. Hier sollten wir unsere Vorschläge im Bereich der Schulpolitik, auch die Vorschläge des Herrn Präsidenten Moser, steirische Schulen einzurichten, objektive Kommissionen, die die Aufnahmen nach objektiven Kriterien vornehmen, verwirklichen. So schwer das auch sein mag, das gebe ich gerne zu. Aber wir sollten gemeinsam versuchen, daß etwas weitergeht. Denn nur das damit bewenden zu lassen, indem man sagt, das ist eine Alibifunktion, das ist zu wenig, wir würden uns schaden, wir würden damit unserer Jugend schaden und ihr vor allem kein Beispiel geben. In diesem Sinne mein Appell, diese Weichenstellungen

hier nicht nur in der Steiermark sondern in allen Bereichen vorzunehmen. Unsere Jugend wird es uns danken. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem von zwei Rednern, von der Kollegin Meyer und vom Kollegen Ofner, zum Kindergarten gesprochen wurde, wobei ich mit vielem durchaus einverstanden bin, möchte ich doch zum Beitrag vom Kollegen Ofner einige Korrekturen anbringen, die mir notwendig erscheinen, weil sie nicht ganz stimmen. Erstens sagten Sie, Sie haben Anträge eingebracht, und es ist bis heute nicht darüber verhandelt worden. Das stimmt deswegen nicht, weil wir – Sie sind ja selbst Mitglied dieses Unterausschusses – über beide Anträge der sozialistischen Fraktion sehr wohl verhandeln und wir derzeit auf ein Papier warten, das wir von Ihnen bekommen, damit wir dann über diese Fragen weiterverhandeln können. Das stimmt eben nicht, das möchte ich klar festhalten. (Abg. Ofner: „Herr Kollege, da ist dieser Antrag. Sie können ihn sehen!“) Wir haben Parteienverhandlungen, und wir warten, bis wir ein entsprechendes Papier von Ihnen bekommen.

Zweitens: Was den Einkommensbegriff betrifft, den Sie recht klassenkämpferisch abgehandelt haben: Großgrundbauer und armer Arbeiter – (Abg. Loidl: „Das gibt es ja auch!“) – ich gebe Ihnen gerne eine Antwort darauf. Es ist dem Kindergartengesetz ein Einkommensbegriff zugrunde gelegt, wie er bei allen Förderungsmaßnahmen verwendet wird. Nämlich der Einkommensbegriff des Einkommensteuergesetzes. Der wird auch beim Schul- und Heimbeihilfengesetz angewandt, beim Studienbeihilfengesetz für Studenten. Wir haben hier ein generelles Problem vor uns, das einmal auf Bundesebene geregelt werden soll. (Abg. Hammer: „Herr Kollege, das sagt ja nicht, daß es dort auch so ist!“) Ich bin durchaus der Meinung, daß hier gewisse Korrekturen notwendig sind, weil dieser Einkommensbegriff etwa den Landwirt tatsächlich insoweit begünstigt, als er zur Einkommensteuer nicht verlangt wird. Daher fällt er in die günstige Kategorie. Aber wenn es einmal einen Großbauern tatsächlich erwischt, muß man eines sagen: Sehr viele kleine und mittlere Landwirte bekommen hier vielleicht einen Ausgleich für Dinge, die ihnen sonst vorenthalten werden. (Beifall bei der ÖVP.) Auch das ist ein Gesichtspunkt. (Abg. Ofner: „Ich sage dazu: Von kleinen Betrieben wurde nichts gesagt. Aber der Wert liegt unter dem Mindesteinkommen, das Mindesteinkommen unter 6000 Schilling. Ab 4000 Schilling wird ein beachtlicher Betrag von 75 Schilling abgezogen. Das ist nicht gerecht!“) Herr Kollege, ich habe mich deshalb gemeldet, weil der Eindruck erweckt wurde, daß wir hier Klassenpolitik machen in der Steiermark und mehr oder minder die Leute ungleich behandeln. Ich kann Ihnen noch einmal sagen, es gehört der Einkommensbegriff in der Weise geändert, daß solche Korrekturen möglich sind, aber das betrifft nicht nur dieses Gesetz, sondern manche andere.

Eines noch: Wenn Sie schon einen so starken Reformwillen haben, vielleicht wäre es ganz gut, den auch in

Richtung Bundesebene zu lenken, denn bei den Schülerfreifahrten und bei den Gratisschulbüchern bekommt auch der Generaldirektor und auch der Großgrundbesitzer das Gratisschulbuch. Das ist genau das, was wir immer kritisiert haben, weil wir der Meinung sind, man soll nach der Leistungsfähigkeit fördern. Ich gebe Ihnen in einem recht, daß eine Korrektur des Schemas notwendig wird, daß wir das Gesamtschema anheben werden müssen, weil es zu einer Zeit geschaffen ist, wo die Kindergartenbeiträge bei 380 Schilling lagen. Das ist eine Frage an den Finanzreferenten, ob er bereit ist, hier mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns sicherlich nicht dagegen wehren. Ich möchte aber eines dazu sagen, meine Damen und Herren: Vielleicht wäre es auch sehr sozial, wenn manche Gemeinden, die durchaus noch leistungsfähiger sind als das Land oder der Bund, auch den Kindergartenbeitrag nicht mit 550 oder 600 Schilling festsetzen und ihn dann kostendeckend führen, sondern vielleicht in der Form auch eine gewisse Hilfe stellen, als sie eben nicht mehr als 380 Schilling verlangen. Früher, bevor das Kindergartenbeihilfengesetz geschaffen wurde, hat es praktisch überhaupt nichts dazu gegeben, und der Kindergarten hat mit voller Wucht die Kindergartenerhalter, die Kirche oder die anderen getroffen. Ich möchte das auch zu bedenken geben. Im übrigen glaube ich, daß wir gut daran tun, wenn wir die Probleme, die bei uns beraten und behandelt werden, dann so darstellen, wie sie sind, und nicht manchmal doch einen starken klassenkämpferischen Akzent hineinbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Erhart.

**Abg. Erhart:** Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag!

Seit einigen Jahren melde ich mich in der Gruppe 2 zum Thema außerschulische Jugendberziehung und im speziellen zum Thema Jugendförderung. Habe ich bisher neben dem Hinweis auf die wertvolle Arbeit unserer Jugendverbände ständig die Forderung nach einem modernen Jugendförderungsgesetz aufgestellt und dabei ständig die Mittelkürzungen für die Jugendorganisationen kritisiert, so habe ich bis vor kurzem gedacht, diesmal wird es anders sein.

Ich habe gehofft – ich meine, wir alle, Kollege Schwab, haben gehofft –, diesmal können wir anlässlich der Budgetberatung stolz auf ein neues Jugendförderungsgesetz hinweisen, das den Jugendverbänden mehr Mitsprache sichert und die Angst vor weiteren Mittelkürzungen nimmt. Weit gefehlt, meine Damen und Herren! Es ist alles beim alten! Neu ist lediglich, daß ich hier einen Gesetzesentwurf in der Hand habe, der vom ursprünglichen Entwurf seitens des Landesjugendbeirates oder den Entwürfen der SPÖ und ÖVP nur insoweit abweicht, als es die Vertreter der vorhin genannten Parteien nach stundenlangen Beratungen im Rahmen von Parteienverhandlungen – es gab deren insgesamt vier – für notwendig hielten. Die erste im Mai, die letzte im Oktober.

Im Beisein des Landesjugendreferenten und juristischer Berater sind sich die Verhandler klar und einig geworden, und zwar in allen Punkten, auch in dem der Finanzierung. Und, Kollege Schwab, du weißt es, daß

eigentlich der Gesetzeswerdung dieses Entwurfes nichts mehr im Wege gestanden wäre, außer der Absegnung von oben. Ich meine hier keine überirdische Stelle, sondern eine sehr irdische im ÖVP-Bereich. Es ist einfach schade, daß wir noch nicht so weit sind. Schade, weil erstens dieses Gesetz es sich zur Zielsetzung gemacht hat, daß das Land die Jugend in ihrer geistigen, körperlichen, sozialen und religiösen Entwicklung fördern will, weil dieses Gesetz dem jungen Menschen in seiner Entwicklung zu eigenverantwortlichem, demokratischem Verhalten, verbunden mit dem Bekenntnis zur Republik Österreich, sowie bei der Hinführung zu ideellen Grundwerten, wie Toleranz, Humanität und Frieden, helfen und unterstützen will und Maßnahmen dazu eine gesetzliche Verankerung gefunden hätten. Schade aber auch, weil zweitens die Jugendverbände gerade in einer Zeit, wo immer mehr Jugendliche nicht gerade zu begeisterten Anhängern unser aller Politik zählen, es noch schwerer haben werden, ihre Arbeit im Sinne der vorgenannten Zielsetzung zu tun, und weil es ihnen nicht verständlich sein wird, daß allein wegen der vorgeschlagenen Budgetbindung der Förderungsmittel dieses Gesetz jetzt nicht zustande kam. Aber gerade eine solche Bindung, sehr verehrte Damen und Herren, würde in der Jugendförderung notwendig sein. Die vergangenen Jahre haben nur zu deutlich gezeigt, wie die Förderungsmittel für die Jugendverbände ständig gekürzt wurden.

Und, Herr Kollege Schwab, wenn Sie erwähnt haben, daß die Ansätze insgesamt hier in diesem Punkt erhöht wurden, so stimmt das schon, aber das trifft vor allem die Aktivitäten des Landesjugendreferates. So habe ich mir herausgeschrieben, daß zum Beispiel Arbeitsbehalte und Ehrenpreise eine Steigerung von 360.000 auf 400.000 Schilling erfahren haben, Entgelte und Honorare eine Steigerung von 940.000 auf über eine Million Schilling und so weiter, aber die Jugendverbände sind neuerlich gekürzt worden. (Abg. Schwab: „Eine Million bereits zugesagt!“) Bitte, wir diskutieren das Budget, und ich kann nur sagen, was in diesem Buch drinnen steht. Und in diesem Budget steht drinnen, daß für 1983 1,6 Millionen Schilling für die Jugendverbände vorgesehen sind, und voriges Jahr, auch schon gekürzt, waren es immerhin noch 1,8 Millionen Schilling. Das kann schon sein, daß nachbedeckt wurde, aber bitte, bekennen wir uns zu einer Budgetwahrheit oder nicht? Entweder stimmen diese Zahlen im Budget oder nicht!

Jedenfalls ist es sicherlich nicht richtig, wenn wir jedes Jahr diese Budgetansätze bei den Jugendverbänden tiefer ansetzen. Und dagegen möchte ich mich eben verwahren. Das wäre mit diesem Gesetz verhindert worden.

Und schließlich ist es schade, weil in diesem Gesetz auch Regelungen – ich kann dem Herrn Kollegen Ing. Turek nur zustimmen, jetzt hat er recht, einmal hat er recht –, betreffend die Bildung des Landesjugendbeirates und des Landesjugendreferatsausschusses, beinhaltet gewesen wären, die nicht zum Tragen gekommen sind.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich habe mich entschlossen, diesmal diesem Thema nichts mehr hinzuzufügen, weil ich es einfach für verfehlt halte, hier schöne, theoretische Feststellungen zur Jugendförderung zu treffen, wenn wir auf der anderen Seite einen



fertigen Gesetzesentwurf eines Jugendförderungs-gesetzes in der Schublade haben, den wir nicht einbringen und beschließen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser Wortmeldung – glaube ich – ist schon ein aufklärendes Wort nötig. Ich verstehe schon, daß das Budget nicht leicht lesbar ist, aber es gibt in jeder Fraktion Kundige, und ich nehme an, daß das jeweils in den Fraktionen auch dazu führt, daß das, wenn man wirklich daran interessiert ist, die Zahlen zu bekommen, auch gelingt. Der sozialistischen Fraktion ist sogar der Finanzreferent zuzuzählen, und der Herr Abgeordnete Ing. Turek ist per se ein exzellenter Budgetfachmann, und bei uns ist das auch nicht so schwierig. Da möchte ich Ihnen also bitte zur Steuer der Wahrheit, Herr Kollege Erhart, weil ich annehme, daß Sie daran interessiert sind, sagen (Abg. Erhart: „Sehr interessiert!“): Im Jahre 1981 – das erste Budget, für das ich auch als Landeshauptmann voll mitverantwortlich gezeichnet habe – stand in den Budgetansätzen für die Jugendförderung ein Betrag von 10,4 Millionen Schilling. Ich habe dann aus meinen Nachbedeckungsmitteln – Ressort Landeshauptmann – diese Mittel um eine Million Schilling aufgestockt. Ich frage Sie: Hätte ich das nicht tun sollen? (Abg. Erhart: „Herr Landeshauptmann, haben die Jugendverbände mehr bekommen?“) Jawohl! Selbstverständlich! Und zwar um 9,6 Prozent mehr. Im Jahre 1982 stand im Voranschlag ein Betrag von 12,5 Millionen Schilling. Das war von vornherein ein Plus um 9,6 Prozent – im Voranschlag –, zu einem Zeitpunkt, wo das Hohe Haus ein Budget beschlossen hat, das insgesamt minus 0,5 Prozent ausgewiesen hat. Im Jahre 1983 – und ich bitte, das wirklich nicht als eine Indiskretion zu betrachten, aber weil Sie von der Budgetwahrheit gesprochen haben; vielleicht ist es möglich, daß man den Herrn Landesfinanzreferenten sogar hereinbittet, weil wir in der Frage auch ein sehr faires Verhältnis pflegen – habe ich vorgeschlagen, 14,2 Millionen Schilling ins Budget zu nehmen. Das Budget insgesamt hat ein Wachstum von 6,2 Prozent; das wäre gerade auf Grund der Notwendigkeit, die Jugendarbeit besonders zu unterstützen und zu fördern, ein zusätzlicher Betrag von 13,6 Prozent gewesen, nicht zuletzt deshalb, weil ich die Verhandlungen über das Gesetz nicht präjudizieren wollte – von mir aus –, und weil ich, meine Damen und Herren, es für sehr problematisch halte – auch wenn das unpopulär sein sollte, sage ich das, weil ich es heute auch den Vertretern der Jugendverbände in einem Gespräch gesagt habe –, jetzt eine fixe Bindung einzugehen, in einer Zeit, in der mit Recht jeder kommen und sagen kann: „Warum ich nicht?“ Angesichts einer so positiven Einstellung der gesamten Landesregierung – wie ich meine, und zwar wirklich – ist eine solche Bindung ja nicht notwendig, sondern es ist selbstverständlich, daß wir jeweils wirklich alles tun werden, um einen Zuwachs zu ermöglichen, wenn die budgetären Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Und da sage ich jetzt, weil der Herr Finanzreferent Dr. Klauser inzwi-

schen noch nicht gekommen ist – ich kann meine Rede jetzt nicht sozusagen mit Füllmaterial verlängern –, daß der Herr Landesfinanzreferent redlicherweise gemeint hat, bitte schön, machen wir das mit einer Million Schilling Nachbedeckung, und ich bin auf seinen Vorschlag eingestiegen und bin davon heruntergestiegen, zu sagen, wir sagen gleich 14,2 Millionen Schilling. Weil er das jetzt noch nicht absehen kann, wie sich das wirklich alles entwickelt. Das ist die reine Wahrheit in der Sache, und ich möchte das fairerweise zugunsten des Kollegen Dr. Klauser sagen, aber dabei auch nicht verschweigen, daß ich einer solchen Lösung zugestimmt habe. Weil es mir darauf ankommt, daß man den Jugendverbänden hilft, und nicht darauf, daß man in dieser oder jener Weise einen budgetären Modus findet. Wahr ist es in jedem Fall. Die Budgetwahrheit ist in keiner Weise verletzt. Im Gegenteil, wir haben denen, denen wir helfen wollten, auch wirklich helfen können. Ich schlage also vor, Herr Kollege, da ich annehme, daß das wirklich von Ihnen ein wohlmeinender und fairer Auftritt gewesen ist, daß man Dinge dieser Art so außer Streit stellt, daß man sich wirklich auch vergewissert, wie die Zahlen faktisch aussehen. Das ist eine Wiedergabe der Verhandlungen, die wir geführt haben, bei denen ich völlig fair und offen und im Interesse der Jugendverbände, aber auch im Interesse der Budgetvollziehung, diesen Modus gewählt habe. (Abg. Ing. Turek: „Herr Landeshauptmann, aber wahr ist das Budget nicht! Wenn ich heute einen Ansatz habe, von dem ich weiß, daß er um eine Million erhöht werden muß, ist es nicht wahr!“) Die Sache ist ja bedeckt, lieber Freund, weil man mit Sicherheit nicht weiß, woher man sie nehmen wird, aber haben wird man sie! (Abg. Ing. Turek: „Warum gibt man den Ansatz dann nicht an?“) Natürlich, ist eine echte Nachbedeckung. (Abg. Ing. Turek: „Dann kann ich aber von einer Nachbedeckung nicht reden!“) Steht ja im Budget. Ich sage noch einmal: Ein Streit um des Kaisers Bart. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Als vorläufig letztem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

**Abg. Hammer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf Sie noch um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitten zu so später Stunde. Aber ich glaube, nicht hochmütig zu sein, wenn ich sage, daß ich ganz besonders auf diese Einrichtung stolz bin, und daß wir alle gemeinsam auf die Einrichtung der Lehrlingsförderung und der Sportförderung stolz sein können, und ich spreche hier von der Installierung des nordischen Ausbildungszentrums in Eisenerz. Mit der kräftigen Unterstützung des Bundes, insbesondere des Sozialministers Dallinger, und des Landes ist es uns gelungen, für die Jugend, für Lehrlinge, hier einen ganz neuen Weg zu beschreiten in der Lehrlings- und Sportausbildung. Wenn ich vor einem Jahr hier in diesem Hause ebenfalls zu diesem Thema gesprochen habe, war es doch noch sehr schwierig, überhaupt die entsprechenden Gesprächspartner zu finden und diesen Modellversuch, diese Idee, die vor einiger Zeit an mich herangetragen wurde, in die Tat umzusetzen, weil es kein vergleichbares Modell gegeben hat. Auf

dem schulischen Sektor waren alle Möglichkeiten unter dem Titel eines Schulversuches gegeben, daß diese Schilhauptschulen, -handelsschulen und -gymnasien installiert werden konnten. Nur auf der Lehrlingsausbildungsseite fehlte uns ein solches Instrument, und der Wunsch wurde von den Sportlern an uns herangetragen, daß es notwendig wäre, jungen Menschen, die im Aufbau ihrer sportlichen Laufbahn sind, auch die Möglichkeit zu geben, einen Beruf zu erlernen. Denn sie waren meist, wenn sie in die Lehre eintraten, für den Spitzensport verloren, weil es ganz unmöglich war, zu vereinbaren, die Lehrlingsausbildung und daneben noch den Spitzensport zu betreiben. Mit diesem Modell, das wir hier eingeführt haben, glauben wir, dieser Anforderung der sportbegeisterten Jugend gerecht geworden zu sein. Es haben sich bereits sieben Lehrlinge gemeldet, die sich in Ausbildung in Eisenerz befinden, ihre Berufsausbildung erhalten und daneben durch Reinhold Bachler und Gerhard Niederhammer in der sportlichen Tätigkeit betreut werden. Wir hoffen, und da bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, seitdem vor kurzem in der Presse das nordische Ausbildungszentrum vorgestellt wurde, ist ein erhöhter Andrang zu verzeichnen, daß immer mehr junge Menschen sich diesen Sport- und Ausbildungstyp wünschen, und ich hoffe nur, daß wir für das nächstjährige Budget Ansätze installieren können, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es besteht besonders hoher Bedarf von seiten der Langläufer, aber auch die Alpingruppe unter den Schifahrern hat sich bereits gemeldet und möchte von dieser Einrichtung Lehrlings- und Sportausbildung Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns gelingt, dieses Instrumentarium weiter auszubauen, dann können wir uns wahrlich mit Stolz auf die Schulter klopfen, daß wir Steirer hier einen vollkommen neuen Weg gegangen sind, der sich sicherlich im Interesse der Jugend und im Interesse der Sportausübung für die Zukunft bewähren wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Nun hat Herr Landesrat Prof. Jungwirth das Wort.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Debatten um die Gruppe 2, die die Schulen betreffen und die Kindergärten, sind eigentlich im Hintergrund auch irgendwie Debatten um Geburtenziffern. Denn manche unserer rein materiellen Probleme, die in den Schulklassen und Kindergärten auftauchen, haben natürlich auch damit zu tun, daß wir auf der einen Seite ausgebildete Lehrer und Kindergärtnerinnen haben und auf der anderen Seite die Zahlen der Kinder zurückgegangen sind. Es gibt allerdings Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Wir haben das ärgste Geburtentief in der Steiermark überstanden, das war im Jahre 1977 mit 13.500 Geburten. Seither ist die Kurve langsam angestiegen, und nach den Statistikern werden wir im Jahr 1982 wiederum am Ende bei etwa 15.000 Geburten landen, das heißt immerhin um 1500 mehr als im ungünstigsten Jahr. Ich glaube, man muß so etwas ganz pragmatisch voranschicken, wenn von Kindergärten, Schulen und von Zahlen in den Klassen und Gruppen die Rede ist.

Die Frau Abgeordnete Meyer hat darauf hingewiesen, daß das bestehende Kindergartengesetz die Möglichkeit hat, 30 bis 40 Kinder als Höchstzahl in einer Kindergartengruppe zu führen. De facto sieht es in der Steiermark in Ziffern so aus: Wir haben 490 in Betrieb befindliche Kindergärten mit 830 Gruppen, und in diesen Gruppen sind 20.300 Kinder versorgt. Das macht, wenn man das dividiert, eine Gruppengröße von 24 als Durchschnitt. Es gibt sicherlich einzelne Kindergärten, die wesentlich stärker besetzt sind, das ist klar. Aber die Durchschnittsgröße liegt bei nur 24, einer auch pädagogisch absolut zumutbaren Größe. Das ist das derzeitige Faktum auf diesem Gebiet in der Steiermark. Wir haben derzeit 980 Kindergärtnerinnen in privaten Kindergärten und solchen der Gemeinden und in einzelnen Betrieben und müssen dazu sagen, daß diese ausgezeichnet ausgebildeten Kräfte hervorragende Arbeit leisten. Ihre Ausbildung ist übrigens schon auf fünf Jahre verlängert worden mit der letzten SchOG-Novelle. Nur um der Wahrheit ganz die Ehre zu geben, muß man auch dazusagen, wir haben in der Steiermark bereits sechs Ausbildungsstätten. Diese Ausbildung ist also dezentralisiert worden, das ist grundsätzlich zu begrüßen und erfreulich.

Aber natürlich hat auch eine ausgebildete Kindergärtnerin derzeit mit diesen Ziffern nicht die Gewißheit, in einem Kindergarten unterzukommen. Vor drei bis vier Jahren war das noch so, leider ist das inzwischen nicht der Fall. Es beginnt also dann immer das Wettrennen um irgendeine erste Karenzvertretung und ein erstes Fußfassen in einem der bestehenden Kindergärten. Soweit also ein paar nüchterne Zahlen.

Die Leistungen des Landes können sich bei Gott sehen lassen. Meine Damen und Herren, als ich in mein Referat gekommen bin – im Jahr 1970 – und als wir diese Entwicklung noch nicht hatten, hat damals im Jahresbudget die Summe von 800.000 Schilling für sämtliche Kindergärten des Landes gestanden. Das war also nicht einmal eine Million Schilling. Man muß also wirklich zugeben, daß seither ein ungeheurer Boom eingesetzt hat, der ja bei Gott nicht leicht durchzusetzen war in diesem schwierigen und komplizierten Landesbudget. Und wenn man heute noch mehr verlangt, dann kann es dem zuständigen Referenten jederzeit recht sein, nur muß man schon, um ehrlich zu sein, im selben Moment sagen, wo kann man es denn noch wegnehmen, wo soll man es wegnehmen, um es umzuschichten.

Tatsache ist, daß die Kindergärten, die notwendig geworden sind, installiert sind, daß sie auch gut laufen und daß wir sehr behutsam weiterentwickeln müssen. Denn es darf uns nicht passieren, daß wir leerstehende Kindergärten produziert haben auf Grund der Geburtenentwicklung, von der ich bereits gesprochen habe. Diese behutsame Weiterentwicklung ist im Gange; es geht einerseits wirklich darum, Geschaffenes, Bestehendes abzusichern und auf der anderen Seite zu sehen, wo wirklich noch ein dringlicher Bedarf ist.

Was die Beihilfen betrifft, hat Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller bereits eine Aufklärung gegeben. Es hat wirklich nicht an dem politischen Willen gefehlt, diese Frage zu überprüfen, und die zuständige Rechtsabteilung 13 hat hier auch Beratungen und Verhandlungen geführt, auch mit den Finanzbehörden, und ist zu der Aussage gekommen, daß eben das Grundpro-



blem in unserer österreichischen Steuergesetzgebung der Einkommensbegriff ist und daß hier auch bei den Kindergartenbeihilfen eine ähnliche Situation ist wie beispielsweise bei den Stipendien des Bundes, bei denen mit dem gleichen Einkommensbegriff gearbeitet wird. Im großen und ganzen kann man sicherlich sagen, es trifft diese Beihilfe keine Reichen, sondern die große Menge von Einkommensbeziehern, die sich schwer tun, gleichgültig, ob sie Unselbständige sind oder kleine Landwirte.

Was die Schulen betrifft, meine Damen und Herren, sind die Entwicklungen der sogenannten Strukturen im großen und ganzen in der Steiermark abgeschlossen dort, wo wir zuständig sind; ich spreche von den Pflichtschulen: Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen und polytechnischen Lehrgängen. Wir haben diese Netze vervollkommen, wir haben gerade jetzt der Errichtung einer Hauptschule in Spielberg zugestimmt; das war ein letzter weißer Fleck auf der steirischen Karte der Hauptschulen.

Wir haben bei den polytechnischen Lehrgängen seit der letzten SchOG-Novelle gewisse Probleme, weil hier das ganze Lehrangebot eigentlich nur dort angeboten werden kann, wo man drei bis vier Klassen an einem Lehrgang hat. Das kann nicht überall der Fall sein, weil die Lehrgänge sehr verstreut sind, weil hier die Zentralisierung nicht vorangetrieben wurde – mit voller Absicht. Hier gibt es also in den kleinen angeschlossenen, nicht verselbständigten polytechnischen Lehrgängen gewisse Probleme. Es sind nicht sehr viele, wir werden mit ihnen fertig zu werden haben und haben diese Frage in der letzten Zeit wiederum in Angriff genommen.

Bei den Hauptschulen kommt natürlich ein Bauproblem heran. Ich habe darauf vor der Beschlußfassung der 7. Schulorganisationsgesetznovelle in Wien im letzten Jahr hier in diesem Hohen Haus hingewiesen. Wir haben eine neue Organisation der Hauptschule, die vor der Tür steht. Es werden Leistungsgruppen in gewissen Fächern eingerichtet. Das bedeutet mehr Aufteilung in gewissen Unterrichtsgegenständen, und das bedeutet neue Raumprobleme. Diese Organisation wird nach dieser Novelle im Schuljahr 1985/86 in Kraft treten, also im Herbst 1985 ist es so weit. Es ist noch eine kleine Frist bis dahin, aber wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß bei unseren Umfragen etwa ein Drittel der bestehenden steirischen Hauptschulen – also rund 60 oder 70 Schulen – angemeldet haben, daß mit dieser Reform, mit dieser neuen Entwicklung, bei ihnen Raumprobleme auftreten, so daß die Schulerhalter, sprich die Gemeinden, wiederum vor gewissen Forderungen stehen, und wir wissen ja, daß diese Forderungen zum Teil auch wiederum an das Land herangetragen werden.

Ansonsten, glaube ich, ist es jetzt an der Zeit, meine Damen und Herren, daß wir uns hauptsächlich – ich möchte sagen – um das Innenleben der Schulen kümmern. Wir haben jetzt sehr viel organisiert und reorganisiert und reformiert und neu gestaltet, und ich meine, es ist jetzt wirklich der Zeitpunkt gekommen, wo man Atem holen muß und sich sagt, na, wie steht es denn jetzt, wie schaut es denn in der Schulklasse aus, wie sieht es auf der einen Seite mit den Kindern, mit den Schülern und auf der anderen Seite mit dem Lehrer aus, mit ihrer Beziehung, und wie sieht es mit

den Beziehungen zu dem dritten Fuß, zu dem dritten Standbein, nämlich zu den Eltern, aus. Alle Organisation und alle Gesetze können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es immer wieder darauf ankommt, wie eine Lehrerpersönlichkeit ihren Stoff in einer Klasse vermittelt. Letzten Endes kommt es in der Schule darauf an. Wenn das so gelingt, daß sie in den Anforderungen bestimmt und zugleich gerecht und menschlich bleibt, dann werden die Dinge gut laufen und dann wird man auch nicht die wirklich nicht wünschenswerte Entwicklung des Nachhilfeunterrichtes – sie ist gerade in den letzten Tagen gesamtösterreichisch in Diskussion gekommen – haben und sie abbauen können. Denn daß hier eine Parallelindustrie zu den Schulen entstanden ist, ist wirklich nicht normal und ist wirklich jeder Kritik wert. Es wird vereinzelte Fälle geben, wo das immer wiederum zu Recht notwendig ist, aus gewissen Konstellationen heraus: Krankheit, besondere Benachteiligung, Probleme in der Familie und so fort, aber es darf ja nicht zum Normalfall werden. Manchesmal ist man vielleicht zu schnell zur Tagesordnung übergegangen, bei den Lehrern genauso wie bei den Eltern und natürlich auch bei den Schülern, die in der Schule schon gar nicht mehr aufgepaßt haben, weil sie ja gewußt haben, am Nachmittag lerne ich zu Hause noch einmal dasselbe bei meinem Instruktor, also brauche ich in der Schule gar nicht mehr hinzuhören. Das ist ein Zustand, der ganz einfach nicht wünschenswert ist.

Nun, meine Damen und Herren, in dieser Gruppe 2 gibt es auch das Thema „Erwachsenenbildung“, und gestatten Sie mir, hier auch ein kurzes Wort zu sagen. Ich fahre sehr viel über Land – und die Steiermark ist groß, sie ist größer als die Hälfte von Belgien – und ich habe eigentlich immer so eine imaginäre Steiermark-Karte im Kopf dabei und denke mir, na, wie schaut es denn jetzt mit der sogenannten Infrastruktur aus oder, um es einfacher zu sagen, mit den Räumen, mit den Häusern, die dort die Menschen brauchen, damit Kultur oder Bildung zu ihnen kommt. Wir sollten nicht nur von der Bürgernähe der Verwaltung sprechen, wir sollen auch von der Bürgernähe der Bildung und der Kultur sprechen. Man darf doch wirklich sagen, daß sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren sehr viel Positives entwickelt hat: Errichtung von Schulen, Einrichtung von Musikschulen, Errichtung von Kindergärten, Einrichtung von Schülerheimen, Jugendräumen, Musikhäusern und manches andere mehr und auch – und das wollte ich schlagwortartig sagen – Einrichtung von Büchereien. Man hat eine Zeitlang gedacht, der Mensch liest nichts mehr, er schaut nur mehr, er schaut nur mehr fern, und er hat ohnehin keine Zeit und keine Ruhe für ein Buch mehr. Aber das hat sich wirklich als Irrtum herausgestellt, allerdings unter einer Voraussetzung: daß es uns gelingt, das Buch, das die Menschen anspricht und interessiert, in ihre Nähe zu bringen. Das können wir nicht zentral von einer Landesbibliothek, die der gute Erzherzog Johann geschaffen hat, für die ganze Steiermark tun. Das geht einfach nicht, das braucht ein Netz, und dieses Netz ist weiter im Ausbau. Es ist sehr erfreulich, daß in vielen kleinen und kleinsten Gemeinden die Partner voll da sind. Wir sind jetzt bei etwa 230 gut funktionierenden öffentlichen Büchereien in der Steiermark. Wir haben im vergangenen Jahr wiederum 16 neu eröffnet, und ich muß eines gleich dazu sagen: Hier wird mit äußerst bescheidenen Mitteln sehr intensiv gearbeitet. Denn der Aufwand für

eine solche Bücherei hält sich wirklich in ganz überschaubaren Grenzen auch für eine Gemeinde, die das Geld nicht dick hat. Wir helfen ein wenig dazu, vom Bund kommt manches herein und so geht es gemeinsam. Die Büchereileiter, die dort tätig sind, sind fast ausnahmslos ehrenamtlich tätig und opfern gar nicht so wenig Freizeit für die Einrichtung der Bücherei und für die Ausleihstunden und sind ein immer stärker werdender Kulturfaktor geworden in unseren steirischen Bezirken.

Wir werden im nächsten Jahr im Juni einen großen steirischen Büchereitag organisieren. Die Vorbereitungen sind schon im Gange. Es soll gesprochen werden über das wichtige Thema Buch und andere Medien. Denn wir wollen keine Frontstellung haben zu den Printmedien und schon gar nicht zum Rundfunk und Fernsehen. Im letzten sind es gemeinsame Probleme, die hier vorliegen, und so soll auch dieser gesamtsteirische Büchereitag im Landesstudio des ORF in St. Peter stattfinden, und es werden selbstverständlich alle Medienvertreter, also speziell auch die Printmedien, eingeladen sein, am Programm mitzuwirken, um auch im Gedankenaustausch mit den Büchereileitern und -leiterinnen Rede und Antwort zu stehen und vielleicht zu einer guten weiteren Entwicklung beitragen zu können.

Es wurde in unserer Diskussion auch über die Jugendarbeit sehr intensiv gesprochen, und ich möchte unterstreichen, was mehrere Abgeordnete über die Jugend im allgemeinen gesagt haben. Wir müssen für die jungen Menschen als Erwachsene Zeit haben, sie leben manchmal in einer ganz anderen Welt als wir glauben, auch wenn wir in ihrer Nähe sind. Es gibt das vordergründige Problem einer drohenden Unterbeschäftigung, und es ist eine großartige Leistung des Landes, daß es hier auch im Rahmen seines Budgets den Kampf der Jugendarbeitslosigkeit angesagt hat, und wir dürfen darüber hinaus nicht die Tätigkeit übersehen, die in eine sogenannte freie Jugendarbeit hineinreicht, wo es auf der anderen Seite um das Freizeitproblem der jungen Menschen geht, um ihre sinnvolle Beschäftigung, um Ziele und um Gemeinschaft, wo sie menschliche Wärme suchen und finden. Dort, wo sie solche Netze finden, werden sie nicht abgleiten in Drogen verschiedenster Art, und ich unterstreiche nochmals, daß wir sagen dürfen, daß das Land Steiermark tätig hilft. Es gibt Jugendförderung über bestehende Verbände; es gibt immer wiederum freie und neue Initiativen und Gruppen, die auch um Hilfe kommen. Das Landesjugendreferat ist dafür eine Auskunfts- und Servicestelle. Nicht immer geht es dabei um Geld, sondern um Ratschläge, wie sollen wir einen Tanzkurs veranstalten, wie können wir Theater spielen, wo gibt es eine Theaterliteratur. Es geht um gute Tips für eine moderne Jugendarbeit. Über die Zahlen hat es bereits ein aufklärendes Hin und Her gegeben. Sie sind in den letzten Jahren steigend gewesen, obwohl die Ermessenskredite leider gekürzt werden mußten. Aber diese Steigerung ist nachlesbar, und sie wird auch im Jahre 1983 in der Form, wie sie auch schon der Herr Landeshauptmann angekündigt hat, voll zum Tragen kommen. Ich kann auch dem Herrn Abgeordneten Tschernitz, was das Schloß Trautenfels betrifft, sagen, daß unsere Stellung die ist, wie sie kürzlich auch in einer Anfragebeantwortung hier in

diesem Haus von mir skizziert wurde. Wir haben für dieses bedeutende Schloß als Land Steiermark bereits vieles geleistet. Einerseits für den Besitzer des Objektes, das steirische Jugendherbergswerk. Auf der anderen Seite auch indirekt, daß wir durch die Anmietung eines Geschosses für das Joanneum als Mieter aufgetreten sind, und zeitweise hat auch eine Berufsschule des Landes hier Platz gefunden. Der Verein hat seine finanziellen Probleme, die sind bekannt, und es besteht nach wie vor die feste Bereitschaft des Landes, hier entscheidend einzugreifen. Natürlich muß es eine gemeinsame Strategie sein. Es muß vom Verein her ein Entwurf kommen, der wirklich tragbar ist. Ich weiß, daß ein solcher in Ausarbeitung ist, und es wird auf der anderen Seite natürlich der Bund in Wien zur Kasse zu bitten sein. Hier sind auch bereits die Verhandlungen aufgenommen worden, wie ich das letzte Mal berichten konnte. Es ist auf der anderen Seite hoch erfreulich, daß sich eine echte Bürgerinitiative im Ennstal gebildet hat, ein Kuratorium, das bereits über Feste und verschiedene Veranstaltungen eine Viertelmillion Schilling eingespielt hat und hier an Ort und Stelle damit beweist, daß man an der Erhaltung dieses Schlosses wirklich interessiert ist.

Nun vielleicht noch eine beispielhafte Erwähnung aus dem Gebiet der Jugendarbeit. Es wird hier wirklich landauf, landab sehr vieles getan und geleistet, und nicht alles ist so sensationell, daß es ununterbrochen in der Öffentlichkeit steht, und hier sind auch viele ehrenamtliche Männer und Frauen tätig. Ich möchte mir daher gestatten, noch ein Beispiel zu bringen, das besonders erfreulich ist und das vielleicht heuer noch in das Rampenlicht der Öffentlichkeit kommen wird. Es ist eine obersteirische, keine Grazer Initiative, ein Verein in Leoben, der nennt sich „Jugend musiziert“. Dort sind ein paar Idealisten der Musik seit dem Jahre 1969 an der Arbeit. Sie veranstalten seit damals Jugendbewerbe unter dem Motto „Jugend musiziert“. Sie haben begonnen, das in der Steiermark auszusprechen, und nach ihren ersten Erfolgen hat sich das ausgeweitet. Es sind andere Bundesländer gekommen und haben gesagt, das interessiert uns auch, wir möchten miteinsteigen, und so ist daraus eine gesamtösterreichische Initiative geworden. Ich habe die Ehre, dem Kuratorium vorzustehen, in dem alle Bundesländer und auch Ministerien vertreten sind und in dem immer wieder die Arbeit des Vereines durchleuchtet wird. Beim letzten Bewerb 1981 waren einschließlich der Vorbewerbe in den Bundesländern nicht weniger als 1600 junge Menschen mitbeteiligt als Instrumentalmusiker und auch als junge Sänger und Sängerinnen, also eine ungeheure Streuung, und es ist auch soweit gekommen, daß aus dieser Initiative heraus sich eine gesamtösterreichische Jugendphilharmonie konstruiert hat, also ein großes symphonisches Jugendorchester in Österreich. Es gibt bereits einzelne Fälle, die man jetzt zitieren kann, die auf Grund dieser Initiative ihre Laufbahn gefunden haben. Es werden nicht immer Profis herauskommen, das ist nicht Sinn der Sache, sondern es sollen einfach talentierte junge Musiker zusammenfinden. Sie sollen Ziele bekommen, denn junge Menschen brauchen Ziele. Aber wenn von Zeit zu Zeit auch ein Profi herauskommt, dann freut es einen. Ich kenne bereits einige Fälle, ganz konkret einen jungen Mann aus Wies und einen aus Pinggau, die es bereits zu Mitgliedern der Wiener Philharmonie-

ker gebracht haben über diesen Weg „Jugend musiziert“ in Leoben. Ein Konzertmeister an der Deutschen Oper in Berlin und ein weiterer Konzertmeister der Hamburger Symphoniker waren ursprünglich auch junge kleine Konzertmeister in diesem österreichischen Bundesjugendorchester, das inzwischen eine Jugendphilharmonie geworden ist. Das sind erfreuliche Wege, das sind erfreuliche Erfolge einer sehr zähen und zielbewußten Arbeit, die tagaus, tagein geleistet wird und die nur zwischendurch einmal vielleicht an die Öffentlichkeit dringt, wenn es einen ganz besonderen Anlaß gibt. Diesen Anlaß gibt es in diesem Jahr noch. Sie wissen, wir haben anläßlich des 70. Geburtstages meines verehrten Amtsvorgängers, des Herrn Landtagspräsidenten, den Hanns-Koren-Kulturpreis für ganz besondere, beispielhafte Leistungen auf dem Gebiet von Kultur, Kunst, Wissenschaft und Bildung gestiftet. Wir haben ihn bisher an bedeutende Einzelpersonlichkeiten in der Steiermark verliehen: Erich Marckhl, Emil Breisach, Franz Maria Kapfhammer, Viktor Pöttler. Dieses Jahr aber hat die Jury vorgeschlagen, zum ersten Mal einen Verein mit diesem Preis auszuzeichnen, und zwar „Jugend musiziert“ in Leoben. Dieser Beschluß war einstimmig, und die Landesregierung hat den betreffenden Antrag dann auch einstimmig verabschiedet. So wird also dieser große, bedeutende steirische Preis dieser Idealistengruppe in Leoben, die wirklich bereits für ganz Österreich zu einem Begriff geworden ist, noch in diesem Jahr vor Weihnachten im Weißen Saal der Burg durch den Herrn Landeshauptmann verliehen werden. Ich glaube, das ist ein Beispiel für viele, viele andere, eine erfreuliche, eine großartige Leistung, und es sollte stellvertretend damit manche andere Jugendarbeit, die in der Steiermark geleistet wird, auch damit bedankt sein.

Gestatten Sie mir also, diesen Dank auch auszusprechen, ganz allgemein den Männern und Frauen, die bei uns in der Steiermark für die Jugend wirken, sei es an den Schulen, sei es in den Kindergärten, sei es in Jugendverbänden, im Landesjugendreferat, in der freien Jugendarbeit, sei es auch in der Erwachsenenbildung, als Organisatoren in Bildungshäusern und in Bildungseinrichtungen bis zur Steirischen Akademie hin, die dieses Jahr wiederum – es hat ein Abgeordneter von Orientierung gesprochen – unter dem Thema „Gott“, das vor zehn Jahren überhaupt nicht möglich gewesen wäre, einen ungeheuren Erfolg erzielt hat, nämlich an innerer und geistiger Bewegung. Allen diesen Männern und Frauen einen großen Dank, und nicht zuletzt den Damen und Herren, die als Beamte des Landes in den Rechtsabteilungen 13 und 6 sowie im Landesjugendreferat tätig sind. Einen herzlichen Dank und ein Glückauf für eine weitere gute Arbeit im Sinne der steirischen Jugend. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zur Gruppe 2 liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Frau Präsident, Hohes Haus!

In drei Stunden und 15 Minuten haben 14 Abgeordnete und zwei Regierungsmitglieder zur Gruppe 2 das Wort ergriffen. Ich darf meinen eingangs gestellten Antrag wiederholen, den Ansätzen der Gruppe 2 zuzustimmen.

**Präsident Zdarsky:** Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 2 ist somit einstimmig angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung für heute, sie wird morgen um 8.30 Uhr wieder aufgenommen. (Unterbrechung um 21.40 Uhr.)

**Präsident Feldgrill:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf (2. Dezember 1982, 8.30 Uhr) und kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete DDr. Gerd Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich den Antrag stellen, der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, mit den Ansätzen Einnahmen 9.135.000 Schilling und Ausgaben 298.724.000 Schilling zuzustimmen.

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Pfohl:** Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das oberste Prinzip der Kulturpolitik ist die Verbesserung des Zuganges der Bürger zur Kultur und ihre vermehrte Teilnahme an der Kultur in allen Bereichen, ob Museen, Theater im weitesten Sinn, Blasmusik und so weiter. Diesem Bemühen steht der steigende Finanzbedarf jeder einzelnen Sparte entgegen. Hier begegnen einander kulturpolitische und ökonomische Erwägungen. Im speziellen möchte ich zwei Institutionen herausgreifen, für die das im besonderen zutrifft: Die Museen – im konkreten unser Joanneum – und das Theater – im konkreten unsere Vereinigten Bühnen.

Die beiden Ansätze Joanneum und Vereinigte Bühnen, allerdings einschließlich Philharmonischem Orchester, machen zirka 43 Prozent des Budgetrahmens der Gruppe 3 aus. Meinen Ausführungen möchte ich eine grundsätzliche Feststellung voransetzen, die für die Betroffenen zwar sehr betrüblich ist, die Sie aber, meine Damen und Herren, als die Budgetverantwortlichen, sicher bestätigen werden.

In der allgemeinen wirtschaftlichen Krisenzeit, wie wir sie derzeit durchmachen, ist es völlig unrealistisch, eine nennenswerte höhere Dotierung dieser Budgetposten zu erwarten. Im Gegenteil, auch langfristig wird der finanzielle Spielraum kaum vorhanden sein, um die wünschenswerte Subvention erhalten zu können und damit alle tendenziellen Konstensteigerungen auszugleichen. So wird es notwendig sein, Wege zu suchen, die den Gegebenheiten Rechnung tragen, ohne dem Kulturauftrag Abbruch zu tun. Aufgabe der Museen ist es, das uns Überlieferte zu bewahren und die Kontinuität für die Zukunft zu sichern, also mit dem Heutigen zu ergänzen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Die Abteilung für Kunstgewerbe am Joanneum umfaßt etwa 42.000 Objekte verschiedenster Art, von wertvollen Einzelstücken bis zu x-fach vorhandenen gleichen

oder ähnlichen Sammelstücken. Nur zirka 6 Prozent, also etwa 2500 Objekte, können dauernd der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, also ausgestellt werden. Der Rest, etwa 94 Prozent, befindet sich aus Platzmangel in Studien, Sammlungen und in Depots. 40 Prozent aller Objekte müssen selbst bei günstigster Entwicklung für Interessierte unzugänglich an verschiedensten Stellen des Landes in Depots begraben bleiben. Von den zirka 42.000 Objekten sind zwei bis drei noch nicht inventarisiert. Seit 1945 ist es trotz großer Anstrengungen und Opferbereitschaft der Abteilungsleitungen und Mitarbeiter nicht gelungen, alle Objekte statistisch und wissenschaftlich zu erfassen. Die Mittel für dazu notwendiges zusätzliches Fachpersonal fehlen einfach. Von weiteren 2000 Stücken sind seit Kriegsende die Eigentumsverhältnisse ungeklärt. So ist weder eine effiziente Bestandskontrolle gewährleistet, noch eine klare Verantwortung der Abteilungsleitung im Hinblick auf die Haftung gegeben.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Sammlungen auf dem laufenden gehalten, also ausgeweitet werden müssen, dann sehe ich schon die derzeitige Situation als hoffnungslos an. Sie wird sich zwangsläufig von Jahr zu Jahr verschlechtern, und dem sollte man nicht tatenlos zusehen. Eine Änderung wird man nur durch unkonventionelle Maßnahmen erreichen, die wir aber nicht von den Beamten an den Museen erwarten können, weil solche Maßnahmen ihrer inneren Einstellung zuwiderlaufen und sie sich der Kritik der eigenen Fachwelt aussetzen würden. Der Impuls muß von der Politik kommen, die Politiker müssen auch die Verantwortung dafür tragen.

Im Fall der Abteilung für Kunstgewerbe am Joanneum – wahrscheinlich gilt das aber auch für andere Abteilungen – sollten die Bestände mehr als bisher selektiert und gleichartige Bestände, die vielfach vorhanden sind, reduziert werden, und zwar durch Verkauf. Ich bin mir bewußt, daß ich hier ein Sakrileg begehe. Die Erlöse sollten grundsätzlich wieder dem Joanneum zugute kommen, um die Schausammlungen besser präsentieren oder Ergänzungen anschaffen zu können.

Derzeit wird der Versuch gemacht, einen Teil der Möbelbestände als geschlossene Studiensammlung der Gemeinde Seckau leihweise zur Betreuung zu übergeben, die sie in der alten Volksschule den Besuchern zugänglich machen will. Ein ähnlicher Weg wurde schon vor Jahren mit Erfolg beschritten, das private Schloß- und Schlüsselmuseum der Firma Odörfner wurde durch Leihgaben des Joanneums ergänzt. Diese Dislozierung von ganzen Sammlungen oder Teilen von solchen sollte großzügiger gehandhabt werden, um diese bedeutenden Schätze nicht in finsternen und oft auch feuchten Depots zu lagern, sondern der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wertvolle alte Möbel an Dienststellen des Landes zu verleihen, scheint mir dagegen problematisch. Durch den Gebrauch tritt auch ein Verbrauch dieser wertvollen, oft einmaligen Gegenstände ein. Vielleicht wäre die Einsetzung eines eigenen Arbeitskreises zweckmäßig, der sich mit der realistischen Zukunft unserer Museen beschäftigt.

Eine Bemerkung zu einer Feststellung, die ich so nebenbei gemacht habe: Wird eine Stelle eines Abteilungsleiters im Joanneum vakant, so sind nur schwer

Bewerber dafür zu finden. Außer der großen Verantwortung und dem Ärger, der mit so einer Position verbunden ist, sowohl mit den vorgesetzten Dienststellen, als auch mit den Untergebenen, ist keine finanzielle Besserstellung verbunden. Ob das richtig ist, eine höhere Leistung nur um Gotteslohn zu verlangen? Ich bezweifle es!

Meine Damen und Herren, Sie kennen die finanzielle Situation des Landes und wissen, daß sie aber immer noch unvergleichlich besser ist als die der Stadt Graz. So leben die Vereinigten Bühnen auf Grund von Vereinbarungen zwischen diesen beiden Gebietskörperschaften sozusagen am Existenzminimum. Das Budget der Vereinigten Bühnen ist seit Jahren eingefroren, eine Valorisierung tritt nur bei den Personalkosten ein, und zwar im gleichen Ausmaß, wie die öffentlichen Gehälter steigen. Kollektivvertragliche Vorrückungen, Beförderungen, Anpassungen, Preiserhöhungen der Sachaufwände finden in dieser Valorisierung keine Deckung, gehen somit zu Lasten des Sachaufwandes als solchem oder müssen durch besseres Wirtschaften hereingebracht werden.

Der sich so ergebende Budgetrahmen ist – wie ich schon eingangs gesagt habe – eine absolute Fixgröße. Eine weitere, ebenfalls absolute fixe Größe ist die für den Neubau der Werkstätten und die Sanierung der Oper zur Verfügung stehende wertgesicherte Bau-summe von 230 Millionen. Die Protagonisten der Theatersanierung haben immer wieder erklärt, der Umbau dürfe und werde zu keiner teureren Art des Theaterspiels führen, im Gegenteil, durch bessere Werkstätten, bessere Bühnenverhältnisse und Kulissendepots würden sich bisher notwendige Überstunden beim bühnentechnischen Personal einsparen lassen.

In dem für die Planung und Durchführung zuständigen Bauausschuß der Vereinigten Bühnen haben wir bewußt vermieden, vorzeitig Diskussionen zu führen über die Größe von Proberäumen, die Notwendigkeit der Lagerung von Kulissen in der Girardigasse für eine ganze Spielzeit usw., um nicht jenen Auftrieb zu geben, die am liebsten nur die bau-, feuer- und sanitätspolizeilichen Aufträge sanieren wollten, ohne eine grundlegende Verbesserung der Gesamtsituation der Oper zu erreichen.

Nun aber – ich muß offen sagen – wider Erwarten hat sich die Jury für ein Projekt entschieden, das weitgehend den Wünschen und Vorstellungen nicht nur der Initiatoren der Sanierungsidee, sondern auch der Theaterleitung und nicht zuletzt dem bühnentechnischen Personal, das nicht mehr bei Schnee und Regen im Freien arbeiten muß, entspricht.

In ihrem letzten Bericht an den Theaterausschuß hat die Theaterleitung darauf aufmerksam gemacht, daß im Gefolge der Sanierung der Oper mit Kostensteigerungen zu rechnen sein wird – ich zitiere: „... daß eine qualitative und quantitative Verbesserung des Schauspieler- und Sängerpentials und die Gewinnung profilierterer Regisseure und Bühnenbildner genauso notwendig erscheint wie eine weitere Hebung des Ausstattungsniveaus, welche den besseren technischen Möglichkeiten entsprechen würde.“ Ende des Zitats. Das war das auslösende Signal, den Theaterausschuß und die Theaterleitung in die endgültigen Planungsentscheidungen des Bauausschusses einzubinden. Es ist verständlich und das legitime Recht der

Theaterleitung bei einer Jahrhundertsanierung, alle Wünsche eines Intendantenherzens erfüllt zu sehen. In unserem Fall aber sind diesen berechtigten Wünschen reale Grenzen gesetzt, nämlich durch die beiden Fixgrößen: jährlicher Budgetrahmen und Bausumme. Die höheren Energiekosten für das Werkstättengebäude und den Girardigassentrakt sind gegeben, ob aber statt des bisherigen Stromanschlusses von 225 kW die gewünschten 2700 kW in dem Budgetrahmen Platz finden würden, ist schon recht fraglich. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Folgekosten nach der Sanierung der Oper müssen in dem vorgegebenen Budgetrahmen untergebracht werden. Aus diesen Überlegungen wird sich endgültig ergeben, welche Konsequenzen sich für das Raumprogramm und die anzuschaffende Bühnentechnik ergeben, um – ich muß fast sagen – trotz der Opersanierung im bisherigen Budgetrahmen gut Theater zu spielen. Diese Entscheidungen aber werden weitgehend von der Theaterleitung im Rahmen des Bauausschusses zu treffen sein.

Ich möchte noch erwähnen, daß sich viele Theaterbesucher an mich wenden und sich über das Programm sowohl der Oper als auch insbesondere des Schauspielhauses beschweren, anderen Theaterausschußmitgliedern dürfte das ebenso gehen. Wenn es theoretisch auch zum Aufgabenkreis des Theaterausschusses gehört, das Programm der Theater zu bewilligen, so ist das eben nur eine theoretische Aufgabe, denn wir können nicht das Intendantenprinzip, zu dem wir uns alle bekennen, durchbrechen und dem Theater vorschreiben, was und wie es zu spielen hat. Dazu fehlen uns auch die notwendigen Kenntnisse. Sicher wäre es aber der Mühe wert und für die weiteren Planungen des Intendanten interessant, wenn festgestellt werden würde, wieviele Besucher die Pause benützen, um das Theater vorzeitig zu verlassen, und warum sie das tun – des Stückes oder der Qualität der Aufführung wegen. Vielleicht sollte mehr für das Grazer Publikum als zur eigenen internationalen Ehre der Theaterleitung gespielt werden.

Interessant ist ein Vergleich der Spielzeit 1966/67 mit der letzten 1981/82. Während 1966/67 der Anteil des technischen Personals an den Gesamtpersonalausgaben 27,7 Prozent betrug, war der des darstellenden Personals 40,4 Prozent. In der Spielzeit 1981/82 betrug der Anteil des technischen Personals 36,0 Prozent, dagegen der des darstellenden Personals lediglich 33,9 Prozent. Die Gründe muß man in der allgemeinen Entwicklung der Arbeitszeit suchen. Am Theater war es branchenüblich, im Bereich Technik mit einer Wochenarbeitszeit zu rechnen, wohingegen die derzeitige gesetzliche und kollektivvertragliche Regelung von einer 40-Stunden-Woche ausgeht, aufgeteilt in fünf achtstündige Arbeitstage. Das bedeutet, daß an Sonn- und Feiertagen, an denen wohl eine Vorstellung, aber keine Probe stattfinden kann, die tatsächlich in Anspruch genommene Arbeitszeit für das technische Personal unter Umständen nur vier bis sechs Stunden beträgt, trotzdem aber ein 8-Stunden-Tag bezahlt werden muß. An Tagen hingegen, an denen sowohl eine Haupt- oder Generalprobe als auch die normale Abendvorstellung stattfindet, und solche gibt es pro Spielzeit und Haus mindestens 40 bis 50, ist mit einem 8-Stunden-Tag unter keinen Umständen auszukom-

men, es kommt zu 10- bis 13stündigen oder noch längeren Arbeitszeiten.

Berücksichtigt man des weiteren, daß in Jahren des Aufschwunges die Theatererhalter, um gute Arbeitskräfte zu haben und halten zu können, gezwungen waren, sämtliche Besonderheiten des Theaterlebens, zum Beispiel Samstags- und Sonntagsarbeit, Abendbeschäftigung, keine Möglichkeit für Urlaub außerhalb der Spielzeit und so weiter, mit zusätzlichen Urlaubstagen abzugelten, dann ist es nicht verwunderlich, daß bei den Vereinigten Bühnen und auch bei anderen Theatern Urlaubsansprüche bis zu 66 Arbeitstagen nicht nur möglich, sondern sehr häufig sind.

Es ist keine Seltenheit, daß die künstlerische Probenarbeit beginnt, bevor noch wichtige Techniker, wie zum Beispiel Schneider oder Maskenbildner, im Hause sind. Oft ist die technische Besetzung erst zwei bis drei Tage vor der ersten Premiere komplett. Trotz dieser schwierigen Bedingungen kann ganz allgemein gesagt werden, daß das Budget 1981/82 genau eingehalten wurde. Eine Tatsache, die bei den Vereinigten Bühnen eine anerkanntswerte Besonderheit ist. Beigetragen dazu hat eine Prämie des Unterrichtsministeriums in der Höhe von 500.000 Schilling für die beste zeitgenössische Musiktheater-Uraufführung.

Die vor drei Jahren noch heftig umstrittene Reorganisation der Verwaltung und die Einführung einer Kostenstellenrechnung auf EDV-Basis hat sich in aller Ruhe vollzogen und wird weiter ausgebaut.

Auch vom Grazer Philharmonischen Orchester ist Gutes zu berichten; das Engagement des Herrn Nikša Bareza als Chefdirigent wirkt sich segensreich aus.

Nun von den Vereinigten Bühnen zum „steirischen herbst“: Der „steirische herbst“ ist keine aus kulturpolitischem Mutwillen erfolgte Gründung, sondern das nun seit 15 Jahren sichtbare Ergebnis einer für Graz und auch für die übrige Steiermark fortschrittlichen Geisteshaltung.

Gerade im heurigen Jahr ist es fast müßig, an die vielen bahnbrechenden Neuerungen zu erinnern, die die Steiermark Erzherzog Johann dankt. Auch nach seinem Tod ist Graz vor allem auf geistig-künstlerischem Gebiet eine Stadt geblieben, in der sich immer wieder Neues und weit über den regionalen Bereich hinaus Belangvolles vollzog. Ich erinnere an den Musiktheoretiker Sigmund von Haussegger, zu dem kein Geringerer als Hugo Wolf kam, um seine Kenntnisse zu vertiefen. An Joseph Marx, der, als er in den zwanziger Jahren mit seinen Liedern erstmals an die Öffentlichkeit trat, ebenfalls als Neuerer galt. Nicht unerwähnt möge in diesem Zusammenhang auch bleiben, daß die Stadt Graz und ihre Aufgeschlossenheit dem Neuen gegenüber schließlich auch in die Weltliteratur eingegangen ist:

Thomas Mann erwähnt in seinem „Doktor Faustus“, diesem umfassenden Epos der Gegenwartskunst, Graz als jene Stadt, in der die nach ihrer Uraufführung als Skandaloper geächtete „Salome“ von Richard Strauss im Jahre 1911 erstmals im Gebiet der damaligen österreichisch-ungarischen Monarchie aufgeführt wurde.

Die Reihe der Namen ließe sich selbstverständlich noch fortsetzen mit Wilhelm Thöny, dem Begründer der Grazer Sezession, mit Alexander Sacher-Masoch,

der ebenfalls in Graz lehrte und dessen Romane zur Zeit ihres Erscheinens mindestens ebenso heftig umstritten waren wie so manches, das in jüngerer Zeit beim „steirischen herbst“ präsentiert wurde und auf Widerstand stieß.

So erscheinen die Gründung des Forums Stadtpark im Jahre 1960 und die Gründung der „Trigon-Ausstellung“ vor nun auch schon bald 20 Jahren für die kulturpolitische Lage und Situation der Steiermark so wesentlich, weil sie über die Grenzen hinaus in die umliegenden Regionen hinausgreifen.

Ebenso führt auch die Gründung der „Steirischen Akademie“ auf dem auf künstlerischem Gebiet ständig begangenen Pfad von der Vergangenheit in die Gegenwart und mitunter sogar in die Zukunft. Spitzfindig formuliert könnte man sagen, daß die Moderne in Graz zur Tradition gehört.

Wenn es um Kunst geht, geht es immer auch um Geld, und die Frage, ob die fünf Millionen Schilling, die das Land Steiermark seit dem vergangenen Jahr für den „steirischen herbst“ auslegt, vor allem in Zeiten wie diesen, an anderer Stelle nicht besser und wirksamer investiert wären, scheint nun einmal legitim.

Versuchen wir anhand des vorjährigen „steirischen herbstes“, da der heurige statistisch noch nicht voll erfaßt ist, festzustellen, was so ein „herbst“ diesem Land und dieser Stadt zu nutzen vermag. Halten wir uns zunächst einmal an Ziffern. Was wurde um die schon erwähnten fünf Millionen Schilling des Landes, um die 3,5 Millionen Schilling, die der Bund zuschießt, was wurde um die 600.000 Schilling, die sich die Stadt Graz mühsam abringt, geleistet?

Immerhin wurden damit weit über dreihundert Veranstaltungen ermöglicht, die von insgesamt 71.500 Besuchern frequentiert wurden. Darunter gab es vor allem innerhalb des Musiktheater-Schwerpunktes Aufführungen, wie die österreichische Erstaufführung von Alban Bergs „Lulu“ unter der Leitung ihres Vollenders Friedrich Cerha und in der Inszenierung des international anerkannten, übrigens aus Graz stammenden, Regisseurs Hans Hollmann.

Darunter gab es weiters die Welturaufführung der Oper „Maddalena“ des ebenso wie Alban Berg schon längst in die Musikgeschichte eingegangenen Komponisten Sergej Prokofjew.

Darunter gab es schließlich die österreichische Erstaufführung von Györgi Ligetis Oper „Le Grand Macabre“ in einem Ensemble-Gastspiel der Nürnberger Oper.

Bei dem vor allem von der studentischen Jugend erfreulicherweise gestürmten Literatursymposium waren Autoren vom Rang eines Günther Grass, eines Max Frisch und einer Luise Rinser vertreten. Unbestrittene, international anerkannte Qualität also.

Abgesehen von der mit keiner anderen österreichischen Veranstaltungsreihe vergleichbaren Informationsmöglichkeit, die der „steirische herbst“ bietet, hat dieser „steirische herbst“ jedoch einen – man könnte fast sagen – berechenbaren Effekt, der nicht unterschätzt werden sollte.

So wurde über den vorjährigen „steirischen herbst“ in insgesamt 182 ausländischen Zeitungen und Rundfunkstationen berichtet. Zu diesem Zweck sind

126 Journalisten zu den verschiedensten Veranstaltungen in die Steiermark gekommen.

Unter den Zeitungen, in denen ausführlich über den „steirischen herbst“ berichtet wurde, befinden sich immerhin so bedeutende wie der „Daily Telegraph“, der dem „steirischen herbst“ vier Berichte widmete, die „Frankfurter Allgemeine“ mit zehn Berichten über den „steirischen herbst“, die „Süddeutsche Zeitung“, die fünfmal berichtete, weiters auch die „Welt“ und die „Zeit“. Ganz zu schweigen von diversen Fachzeitschriften und Rundfunkstationen.

Es braucht in diesem Zusammenhang nicht eigens erwähnt zu werden, daß der Tenor der Berichterstattung trotz mancher kritischer Einwände gegen das eine oder andere Detail insgesamt durchwegs positiv war. Und soweit sich absehen läßt, hat dieses Interesse am „steirischen herbst“ auch beim eben zu Ende gegangenen „herbst“ angehalten. Der Lateinamerika-Schwerpunkt der Vereinigten Bühnen, die unorthodoxe Veranstaltungsweise des Weltmusikfestes, das in sechs Tagen insgesamt fast 9000 Besucher anzog, aber auch das Literatursymposium haben starkes internationales Echo gefunden.

Nun läßt sich eine ganz einfache Rechnung anstellen: Sagen wir, die 182 Berichte, die im vergangenen Jahr in ausländischen Zeitungen erschienen sind, füllen ungefähr 150 Druckseiten. Ein ganzseitiges Inserat in einer großformatigen Zeitung kostet heute zwischen 100.000 und 150.000 Schilling. Bedenkt man nun, daß ein jeder dieser Berichte auch eine beträchtliche Werbung für unser Land und für diese Stadt bedeutet, so kommt man, rechnet man nach den offiziellen Tarifen, auf eine Gratiswerbung im Wert von zirka 20 Millionen Schilling. Das ist genau das Doppelte des gesamten „herbst“-Budgets.

In einer Zeit, in der es aus diesem Land und aus dieser Stadt von anderen Bereichen leider nicht ausschließlich stolze Erfolge zu vermelden gibt, in einer solchen Zeit scheint es da wohl ganz und gar nicht unwichtig, daß der Ruf dieses Landes und dieser Stadt als Stätten, in denen auf dem Gebiet der Kunst Neues versucht, Neues gewagt wird, weiterhin erhalten und gefestigt wird. Sollen die Schwierigkeiten, vor die wir uns auf so manchem Gebiet gestellt sehen, aus eigener Kraft überwunden werden, so wird es wohl auch nicht anders gehen, als auch hier Neues zu versuchen, Neues zu tun, wie es in der Steiermark eben Tradition ist. Der Bereich der Kunst könnte uns da, mit vielen persönlichen Vorbehalten gegenüber dem einen oder dem anderen Detail, insgesamt aber doch als Schule des Wagemutes dienen.

Meine Damen und Herren, ich kann meine Ausführungen nicht beenden, ohne auf ein kulturelles Großereignis des heurigen Jahres einzugehen: Die Erzherzog-Johann-Ausstellung in Stainz. Zu einem überragenden Erfolg, der von niemandem in diesem Ausmaß erwartet wurde, gestaltete sich die Erzherzog-Johann-Ausstellung in Stainz, die vom 8. Mai bis zum 31. Oktober dauerte.

Bei einem Gesamtbudget von zirka 8 Millionen Schilling konnten Einnahmen von nicht weniger als zirka 7.350.000 Schilling erzielt werden. Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus den Eintrittsgeldern, dem Verkaufserlös für den Katalog, den Junior-Kata-



log, Poster, Kleber, Musikkassetten, Langspielplatten, der Verpachtung der Kantine und der Vergabe von Sonderrechten im Zusammenhang mit der Landesausstellung. Mit einer Besucherzahl von genau 228.510 wurde unter den Landesausstellungen 1982 in Österreich hinter der Ausstellung „St. Peter“ in Salzburg der zweite Platz erreicht und im Vergleich mit allen bisherigen Landesausstellungen in der Steiermark ein ungewöhnlicher Rekord verbucht.

Zum Vergleich: Die Landesausstellung über die Gotik in der Steiermark in St. Lambrecht wurde von 107.000 Menschen und die Landesausstellung „Musik in der Steiermark“ in Admont im Jahre 1980 von 75.000 Menschen besucht. Die letzte Erzherzog-Johann-Ausstellung in Graz im Jahre 1959 wurde von 28.000 Besuchern frequentiert. Zu diesen überaus positiven Zahlen kommt noch, daß, nachdem die ersten 9000 Kataloge für die Ausstellung vergriffen waren, ein Nachdruck erforderlich war, von dem ebenfalls noch 3000 Stück verkauft werden konnten.

Über diese direkt meßbaren Ergebnisse im Zusammenhang mit der Ausstellung hinaus darf die Umwegrentabilität für den Fremdenverkehr der Region nicht vergessen werden. Sie ist, wie errechnet wurde, gleichzusetzen mit den Ergebnissen von Großveranstaltungen, wie etwa der Ski-WM in Schladming oder der Formel-1-Rennen auf dem Österreich-Ring. Wie die Gastronomiebetriebe aus der Region berichteten, haben ihre Umsatzsteigerungen während der Ausstellungs-dauer zwischen 40 und 200 Prozent betragen.

Zieht man eine erste Lehre aus der Ausstellung von Stainz und den daraus resultierenden so positiven Resultaten, ist festzuhalten, daß außer der sehr guten Gestaltung der Ausstellung die erstmalige profimäßige Organisation der Ausstellung ihre Früchte getragen hat. Es wäre also durchaus am Platze, an eine planmäßige Installierung des Managements für Landesausstellungen zu denken, um auf diese Weise die Kontinuität in der Abwicklung und auch fürderhin so positive Ergebnisse zu garantieren. Auch eine Intensivierung in der Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehr wäre wünschenswert, da die Verzahnung der Interessen der Ausstellungsveranstalter und dieses so wichtigen Wirtschaftszweiges für die Steiermark auf der Hand liegt.

All diese Überlegungen gelten bereits für die Landesausstellung 1984 in Eisenerz, die den Titel „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ tragen wird und mit deren Vorbereitung bereits begonnen wurde. Daß auch dieser Landesausstellung ein voller Erfolg beschieden sein möge, dazu wünsche ich ein kräftiges Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hammer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat vieles gesagt, was ich eigentlich nur bestätigen kann. Insbesondere seinen Schlußsatz möchte ich als Eisenerzer sehr gerne bestätigen und auch bekräftigen für die Zukunft. Kultur und Kunst haben es an sich, daß sie sich eigentlich in den Ballungszentren abspielen und etwas weit von der Gesamtbevölkerung unseres Landes entfernt sind.

Ich glaube, die Überlegungen, Landesausstellungen außerhalb unserer Landeshauptstadt durchzuführen, waren hier dem zugrunde gelegt, daß man Kunst und Kultur auch ins Land hinaustragen möchte, weil ja doch immer Schwierigkeiten bestehen, daß sich unsere Bürger hierher in das Zentrum von Kunst und Kultur begeben. Es wird sehr oft Kritik daran geübt, daß Vorstellungen der Vereinigten Bühnen gerade an den Wochenenden nicht immer diese leichte Muse, die sich eigentlich die Bevölkerung wünscht, auf dem Programm haben, aber das sind sicherlich organisatorische Umstände, die mit dazu beitragen, die aber doch von den Menschen draußen gewünscht werden, weil ein Kulturbesuch, ein Kunstgenuß in Graz, doch einen Aufwand an Freizeit erfordert und längere Anfahrtswege in Kauf genommen werden müssen, um das konsumieren zu können. Aber was ich gesagt habe, war sicherlich der Gedanke, Kunst hinauszutragen, und deshalb wurde 1968, als der Berg- und Hüttenmann als Landesausstellung organisiert wurde, hier in Graz eine Besucherzahl von 35.000 registriert, und zehn Jahre später, erst 1978, ist man mit der Gotik-Ausstellung nach St. Lambrecht gegangen, und man hat bereits dort gesehen, mit der Besucherzahl von 107.000, daß das ein Erfolg sein kann, wenn man damit hinausgeht. Die Ausstellung in Admont mit „Musik in der Steiermark“ war doch vom Thema her schon etwas schwieriger, und es zeigte sich dann auch im gesamten Ablauf der Ausstellung, daß eigentlich nicht ganz der Besucherstrom gekommen ist, den man sich vorgestellt hatte. Besonders spärlich besucht waren die vielen großartigen Konzerte, die dort gegeben wurden, die sicherlich von großem künstlerischem Wert waren, aber nicht so angenommen wurden von der Bevölkerung, wie man es sich hätte erwarten können. Der absolute Hit war natürlich dann Stainz, und man darf allen danken, die hier ihre Arbeitskraft, ihren Geist, ihre Ideen zur Verfügung gestellt haben, diese Landesausstellung in Stainz zu gestalten. Wie mein Kollege, der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl, bereits gesagt hat, damit hat eine Belebung für die gesamte Region eingesetzt, und wir in Eisenerz wünschen uns auch für 1984, daß diese Belebung in der Region einsetzen wird. Man darf zum Erzherzog-Johann-Jahr noch dazusagen, daß zirka 30 Sonderausstellungen im gesamten Bundesland noch gestaltet und auch besucht wurden. Diese Stainzer Ausstellung hatte nicht nur für das Umfeld von Stainz seine Wirkung, sondern darüber hinaus mit diesen 30 Ausstellungen, die in den verschiedensten Gemeinden der Steiermark organisiert wurden, waren diese Auswirkungen hinausgetragen und haben damit zu einer regen Besuchstätigkeit beigetragen. Bedauerlich ist allerdings in diesem Zusammenhang nur, daß es sich hier meist nur um einen sogenannten Tagesbesucher handelt, wenn man hier den Zusammenhang zum Fremdenverkehr herstellen will, und daß nach Ende dieser Ausstellung dann ein rapider Besucherrückgang in diesen Orten, wo diese Ausstellungen durchgeführt und veranstaltet wurden, leider Gottes festzustellen ist. Deshalb glauben wir in der Region um den steirischen Erzberg, daß wir mit dem Projekt „Steirische Eisenstraße“ auch nach 1984, dem Zeitpunkt der Landesausstellung in Eisenerz, vielleicht doch eine Basis bieten können, daß sich der Tourismus weiter fortsetzen möge, denn in dieser Region sind montanhistorische Denkmäler von großer

Sehenswürdigkeit vorhanden. Unser Motto kann für 1984 nur lauten: „Über die steirische Eisenstraße zur Landesausstellung nach Eisenerz“, und daß diese Ausstellung erfolgreich sein möge, das wünschen wir uns alle, und ich glaube, es gibt bereits gute Voraussetzungen dafür, da das wissenschaftliche Team bereits seine Arbeit aufgenommen und sich bereits voll engagiert hat um diese Ausstellung. Wenn sie besucherzahlenmäßig nicht 228.500 erreichen wird, so glauben wir trotzdem, daß sie ein großer Erfolg für diese Region werden und zur Belebung dieser Region beitragen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Aichhofer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es sind ein Monat und zwei Tage vergangen, da haben sich die Tore zur Ausstellung „Erzherzog von Österreich“ in Stainz geschlossen. Als Mandatar dieser Region fühle ich mich verpflichtet, einige Worte dazu zu sagen. Diese Ausstellung war ein voller Erfolg, ja, ich möchte sagen, diese Ausstellung war ein Magnet und hat Leute aus dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus aus dem süddeutschen Raum angezogen. Sie hat sicherlich sehr – und der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat es ja betont – viel zur wirtschaftlichen Belebung dieses Raumes beigetragen. Aber es wurde auch vielen Musikkapellen, Musikgruppen und Gesangsgruppen und auch Chören Gelegenheit geboten, ihr Können zu zeigen. Und ich glaube, viele Menschen haben auch das erste Mal zum Schilcher irgendwie Vertrauen gefunden. Viele haben ihn auch unterschätzt. Es war auch Erzherzog Johann, der den Weinanbau und besonders auch den Wildbacher, die blaue Schilchertraube, in diesem Gebiet eingeführt hat. Ich möchte sagen, Erzherzog Johanns Idee war ja, den Menschen nicht einen Fisch zu geben, sondern ihnen das Fischen beizubringen. Und ich glaube, daß diese Idee auf Sicht sicherlich die beste Förderung ist. Ich möchte als Stainzer allen zuständigen Regierungsstellen recht herzlich danken, daß wir diese Ausstellung bekommen haben. Es ist ja der Sitz Erzherzog Johanns gewesen, und er war ja auch Bürgermeister von Stainz. Ich möchte auch allen jenen danken, die geistig mitgewirkt haben, daß diese Ausstellung ein voller Erfolg wurde. Aber ganz besonders möchte ich jenen danken, die tagtäglich daran waren, die Räume zu säubern und sie wieder besuchergerecht herzustellen. Es war eine sehr guteingespielte Mannschaft, und man hat nirgends Beschwerden gehört.

Ich möchte aber besonders Johann dem Zweiten – so hat ihn ja der Herr Bundespräsident Dr. Kirchschräger im Landhaushof genannt –, unserem verehrten Herrn Präsidenten Dr. Koren, danken, der ja der Vater des Gedankens des Erzherzog-Johann-Jahres überhaupt war und der ein großer Förderer und Gönner der Weststeiermark und auch ein Liebhaber des Schilchers ist. (Allgemeiner Beifall.)

Möge der joanneische Geist, der 1982 geweckt wurde und in vielen Orten und Regionen Frucht zeigt, weiter wirken und nicht versanden. Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit der Peter-Rosegger-Ver-

anstaltung, die 1983 durchgeführt wird, einen vollen Erfolg und eine große Breitenwirkung wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kirner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kirner:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bei der vorjährigen Budgetdebatte in der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, versuchte ich in meinem Schlußwort, die jahrelange Forderung der sozialistischen Landtagsfraktion nach einem Kulturförderungsgesetz neuerlich in Erinnerung zu rufen. Leider ist bis heute noch keine Erledigung erfolgt, außer einigen Kontaktgesprächen. Ich stelle daher diese unsere wichtige Forderung nach einem Landeskulturbeirat – und ein solcher Antrag liegt ja bereits seit 27. April 1976 vor –, nach einem jährlich dem Landtag vorzulegenden detaillierten Kulturbericht und natürlich nach einem gesamtumfassenden Kulturförderungsgesetz heute an den Anfang meiner Ausführungen, da ich glaube, daß es wirklich höchste Zeit wäre, die vielen offenen Probleme um Kunst und Künstler in der Steiermark endlich einer Lösung zuzuführen, wobei andere Bundesländer wesentlich fortschrittlicher sind.

Hohes Haus, ein anderes Problem. Mir ist es einfach unverständlich, daß man vom letzten Arbeitsgespräch wegen eines zeitgerechten und demokratischen Lichtspielgesetzes am 3. Dezember 1981 bis zur Sitzung des Volksbildungs-Ausschusses am 9. November 1982 fast ein ganzes Jahr lang benötigte, um einen neuen, durchaus annehmbaren Gesetzesentwurf auszuarbeiten und man diesen neuerlich zurückstellte und dann in kurzfristigen Bemühungen diese heikle Materie zu bereinigen versucht. Wir bekennen uns zu einer schnellen und natürlich positiven Lösung, doch darf die Gewissenhaftigkeit des neuen Gesetzes nicht dem plötzlichen Zeitdruck zum Opfer fallen. Ich hoffe aber dennoch, daß es ehebaldigst zu einem erfolgreichen Abschluß kommt; die ersten Terminvorstellungen wurden ja gestern bereits abgesprochen.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch eine erfreuliche kulturelle Aussage, wie zum Beispiel über die Arbeit der Steirischen Kulturinitiative, die seit Jahren bemüht ist, eine aktive, selbstmitgestaltende Kulturarbeit in den steirischen Gemeinden anzuregen, die vom reinen Kulturkonsum wegführen soll und daneben ein Musterbeispiel dezentralisierter Kulturarbeit darstellt. Es wurde auch darüber bereits vorhin gesprochen. Diese nunmehr sechsjährigen Bemühungen haben auch heuer dahingehend Früchte getragen, daß jede fünfte Veranstaltung von rund 250 ein längerfristiges Animationsprojekt ist und heuer bei diesen Veranstaltungen rund 30.000 Besucher gezählt werden konnten. Ob es nun das musikanimatorische Langzeitprojekt im Grazer Frauenhaus oder die sechs Schulen in Graz und Gleisdorf waren, wo Jugendliche als Liedermacher im Rahmen des Projektes „Das Lied als Spiegel der Zeit“ ihre Auseinandersetzung mit der modernen Welt zu bewältigen versuchten, oder ob es der deutsche Komponist und praktizierende Musiker Nils Frédéric Hoffmann war, der sich im Rahmen einer Musikanimation gemeinsam mit ambitionierten Musikern aus dem Raum Deutschlandsberg auseinander-

setzte, oder die Mürzer Spiel-AG, die im Rahmen einer Theateranimation entstandene Texte, Szenen und Lieder gegen den Krieg mit viel Erfolg in einigen steirischen Gemeinden vorstellte, oder der Werkkreis „Literatur der Arbeitswelt“, der mit anderen Schriftstellern im Rahmen des Projektes „Literaturanimation“ mit einer Jugendgruppe in Mitterdorf/Mürz die Lust zum Lesen und zum Schreiben gleichermaßen zu entwickeln versuchte – überall war eine besondere Aktivität festzustellen. In Eisenerz versuchten Künstler und Eisenerzer gemeinsam eine Manifestation zu entwerfen, zu organisieren und durchzuführen, die auf der Geschichte der Menschen dieser Region beruht und sicherlich für die kommende Landesausstellung von ergänzender Bedeutung sein wird.

Lieboch, Zeltweg, Felzbach, Mürzzuschlag mit der Walter-Buchebner-Gemeinschaft, Preding, Graz-Andritz und viele andere Gemeinden mit vielen wertvollen Partnern haben mit Kunstschaaffenden und Künstlern aus den verschiedensten Bereichen wertvolle Kulturarbeit geleistet, wofür ihnen herzlich zu danken ist. Sie haben auch für die neue Saison mit einem reichhaltigen Programmangebot bereits ihr neuerliches Interesse bekundet, und neue Initiativen und Ideen aus der steirischen Landschaft bestätigen den richtigen Weg der steirischen Kulturinitiative.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bereits davon gehört, daß es heuer anlässlich des 200. Geburtstages des Erzherzog Johann von Österreich eine Reihe von Veranstaltungen, Ausstellungen und sonstigen Aktivitäten gegeben hat. Eine von den vielen, die ich am vorigen Sonntag selbst miterleben konnte, möchte ich hier nennen, denn die Volksverbundenheit des steirischen Prinzen findet unter anderem auch im Eisschießen seinen Ausdruck. Bilder der bekannten Maler Jakob Gauer mann und Matthäus Loder geben davon ein Zeugnis, wie etwa das Großeissschießen am Leopoldsteinersee mit Erzherzog Johann. Ein solches Großeissschießen zu Ehren Erzherzog Johanns hat am 27. und 28. November in den Kunsteisstadion Bruck, Kapfenberg, Leoben und Zeltweg mit über 600 Teilnehmern stattgefunden. Dr. Kurt Wernbacher aus Graz hat mit vielen begeisterten Mitarbeitern diesen 13. Internationalen Styria-Cup mit Teilnehmern aus den Bundesländern, aus Jugoslawien, der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und einer Mannschaft aus Meran wie schon die bisher vorangegangenen zwölf organisiert und wieder für alle Teilnehmer zu einem unvergeßlichen Erlebnis gestaltet. Landtagsabgeordneter Kollege Karrer, er ist im Augenblick nicht im Raum, war ja selbst Teilnehmer dieses Wettbewerbes und hat mit seiner Mannschaft im C-Wettbewerb in Bruck den ersten Platz errungen. Wie mir bei der eindrucksvollen Siegerehrung der Präsident des Steirischen Eisschützen-Landesverbandes, Florian Kappl aus Leoben, mitteilte, erfaßt dieser Sportzweig in der Steiermark 576 Vereine mit 25.323 Mitgliedern, die man in ihrer Bedeutung und im Stellenwert einer würdigen Förderung wirklich nicht übersehen sollte. Auch die steirischen Heimat- und Trachtenvereine, in denen mehr als 10.000 Mitglieder vereinigt sind, widmeten diesem festlichen Jahr besondere Aufmerksamkeit. Unter anderem trafen sie sich anlässlich einer großen Sternfahrt zum „Tag der Steirer“ in Stainz, wo sie ein prachtvolles Bild einer großen

Gemeinschaft boten. Dieser „Tag der Steirer“, dessen Idee 1957 von Leoben ausgegangen war, steht jährlich im Zeichen einer bedeutenden Persönlichkeit. So ist es 1983 unser großer steirischer Dichter Peter Rosegger. Es ist überaus erfreulich, daß trotz größter Sorgen um unsere Jugend und um ihre Probleme – es wurden ja gestern dazu wertvolle Aussagen gemacht – sich immer mehr junge Menschen auch um die Erhaltung des echten Volks- und Brauchtums, um Tradition und Erneuerung in den vielfältigsten Formen in Stadt und Land bemühen. Ganz bescheiden, aber mit ehrlicher Freude möchte ich sagen, daß das oberste gesamtösterreichische Präsidium für rund 130.000 Mitglieder der Brauchtumsvereine seinen Sitz in Leoben hat und mit Ferdinand Sams einen großen Idealisten besitzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte schon wiederholt die Ehre und Auszeichnung, hier vor dem Hohen Haus über die Bedeutung des in Leoben stattfindenden gesamtösterreichischen Instrumentalwettbewerb „Jugend musiziert“ und über die österreichische Jugendphilharmonie unter der künstlerischen Leitung von Professor Ernst Märzendorfer zu sprechen – auch darüber wurde gestern abend berichtet. Ich freue mich ebenfalls besonders, daß nun diesem Verein „Jugend musiziert“ für die erfolgreichen Bemühungen seit dem Jahre 1969 um die musikalische Jugend in Österreich am 20. Dezember dieses Jahres in der Grazer Burg der Hanns-Koren-Kulturpreis des Landes verliehen wird.

Hohes Haus! 1979 hat der Herr Finanzreferent Dr. Christoph Klausner in seiner Budgetrede auch von den Sehenswürdigkeiten und von einer Kunstreise durch die Steiermark gesprochen. Ich hatte damals ebenfalls auf eine solche mögliche und interessante Reise entlang der Eisenstraße von Leoben bis Großreifling hingewiesen und darf heute mit Freude feststellen – wie es auch bereits Kollege Hammer getan hat –, daß das Projekt steirische Eisenstraße nun nicht mehr als eine Wunschtraum im Raum steht, sondern durch den Arbeitskreis und viele andere Mitarbeiter des montanhistorischen Vereines Österreichs und viele Idealisten die Konstituierung einer Projektgruppe im Rahmen des regionalen Entwicklungsverbandes Eisenerz erfolgen konnte. In einer Gesprächsrunde mit wichtigen Persönlichkeiten, Institutionen und Bürgermeistern dieses Bereiches hat am 20. November dieses Jahres in der Marktgemeinde Vordernberg eine Runde stattgefunden, in der wesentliche Probleme besprochen und ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieser Zielsetzung und einer nachhaltigen Entwicklung des Montan- und Hüttenwesens als regionalspezifischem Fremdenverkehrsschwerpunkt in der Region zwischen Leoben und Großreifling mit der sinnvollen Ergänzung des österreichischen Forstmuseums festgelegt wurde. Dadurch soll gerade in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation ein entscheidender Beitrag zu einer Fremdenverkehrsentwicklung geleistet werden, der eine Verbreiterung der regionalen Wirtschaftsgrundlagen bewirkt und darüber hinaus zu dieser Region, das heißt zu ihren Menschen und deren Kultur in Beziehung steht. Mit dieser Zielsetzung soll auch den technisch-wissenschaftlichen Interessen an dieser montanhüttengeschichtlichen Entwicklung in dieser einzigartigen Region Rechnung getragen werden. Die Fachabteilung I der Steiermärkischen Landes-

regierung hat in koordinierender Absprache mit dem Bundeskanzleramt, Büro für Raumplanung, bereits ein interessantes und ausführliches Projektexposé „Steirische Eisenstraße“ erstellt. Es wäre verlockend, aber es würde zuweit führen, dieses wirklich gesamtösterreichisch, aber auch international bedeutsame montanhistorische Programmprojekt heute noch näher vorzustellen. Aber es wird hiezu noch reichlich Gelegenheit geben, vor allen Dingen, wenn es um finanzielle Hilfen von seiten des Landes, aber natürlich auch des Bundes, der Körperschaften, Institutionen und sonstiger Geldquellen gehen wird, wozu ich im Namen des Vorsitzenden, Kollegen Kurt Hammer, und aller Mitverantwortlichen schon heute bitte. Denn auf diese in wirtschaftlicher Not befindliche Region dürfen wir alle gemeinsam einfach nicht vergessen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind alle der festen Überzeugung, daß dieses Projekt „Steirische Eisenstraße“ eine einmalige Chance bietet, entlang einer wunderschönen Alpenlandschaft die Entwicklung der Montanindustrie studieren zu können und daß für einen Besichtigungs- und Bildungstourismus besonderer Art in Verbindung mit Erholungs- und Ausflugsmöglichkeiten die besten Voraussetzungen gegeben sind. Eine erste besondere Zielsetzung – sie wurde bereits erwähnt – ist das Jahr 1984. Ich sage ebenso wie mein Kollege Kurt Hammer: Auf der steirischen Eisenstraße wird uns, und ich hoffe, viele Besucher, der Weg zur steirischen Landesausstellung 1984 nach Eisenerz führen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gemeinden haben sich große Verdienste um die Kultur erworben, besonders mit den Musikschulen. Nur haben manche doch die Ausmaße der Kosten im vorhinein überhaupt nicht erkannt. So sind die Musikschulen heute zum Teil eine schwere Belastung für die Gemeinden. Kostet doch eine Schülerwochenstunde im Jahr zirka 12.000 Schilling. Obwohl das Land etwa die Hälfte fördert, ist das doch ein Betrag, der für eine Gemeinde relativ schwer aufzubringen ist. Der Nulltarif ist daher überhaupt nicht mehr möglich, so daß auch ein Elternbeitrag eingehoben werden muß. Dieser Elternbeitrag in der Höhe von zirka 350 Schilling im Monat, also zirka 3500 Schilling im Jahr, ist relativ hoch. Er ist unterschiedlich in den Gemeinden. Dort, wo die Gemeinden zahlungskräftiger sind, ist dieser Zuschuß eben größer, so daß die Elternbeiträge variabel sind. Ein Faktum ist, daß die Gemeinden diese Kosten oft nicht mehr tragen können. Es stellt sich die Frage, wie lange unsere Gemeindereferenten auf der ÖVP- und auf der SPÖ-Seite noch bereit oder auch in der Lage sind, diese Abgänge zu finanzieren. Gerade in den Gemeinden ist es heute so, daß verantwortliche Gemeindeglieder und Gemeindeväter Einsparungen im Budget verlangen, weil die Budgets der Gemeinden vor dem Explodieren sind. Gerade in den kleinen Gemeinden werden dann oft aus Unverständnis die Förderungen für die Kultur als erstes gestrichen. Nun hoffen wir doch, daß eine Möglichkeit aufrecht bleibt, die Musikschulen zu fördern.

Dazu hätte ich den Herrn Landesrat Prof. Jungwirth gebeten, zu folgenden Problemen Auskunft zu geben: In Wies soll eine neue Musikschule gegründet werden, und – wenn das wahr ist – was geschieht dann bitte mit der Expositur in Eibiswald? Wie sieht überhaupt die Situation in der Grenzlandregion aus? Es ist sicherlich richtig, daß im steirischen Grenzland eine Musikschule errichtet werden soll, damit eben unserer Grenzlandjugend bessere Ausbildungsmöglichkeiten und damit auch bessere Chancen für Freizeitbeschäftigung und -bewältigung eröffnet werden.

Schließlich, wenn man auf die gestrige Debatte zurückblickt, ist es ja so, daß die Musik und im besonderen die Blasmusik unserer Jugend eine Möglichkeit bietet, die Freizeit sinnvoll zu verbringen. Wenn man die Probleme der Jugend in der Stadt, in den Ballungszentren, kennt und weiß, daß das Problem des Rauschgiftkonsums immer gravierender wird, dann glaube ich, daß wir uns über die Lage am Land noch glücklich schätzen können. Die Landjugend trägt mit Sport und Musik entscheidend dazu bei, daß die Jugend am Land diese Probleme noch nicht oder nur in geringem Maße kennt.

Ich glaube, daß die Jugend am Land in den Vereinen, in der Landjugend im besonderen Maße die Möglichkeit hat, sich unter gleichen Bedingungen messen zu können, und mit dieser Persönlichkeitsbildung werden auch kulturelle Aufgaben verwirklicht. Die Brauchtumpflege, die Tracht, die Musik, der Gesang fördern die Tugenden, wie Toleranz, Gemeinschaftsgefühl, Heimatliebe, Verantwortungsgefühl und auch ehrliche Selbsteinschätzung, die meiner Meinung nach für alle Menschen wichtig sind und zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung befähigen.

Das Erzherzog-Johann-Jahr hat mit seinen verschiedenen Veranstaltungen Impulse ausgelöst, die ich gerade als weststeirischer Abgeordneter besonders gerne registriert habe. Die Leistungen und die verschiedenen Veranstaltungen wurden ja schon gerühmt und gelobt, aber neben diesen vielen Veranstaltungen war es gerade die Ausstellung in Stainz selbst, die den durchschlagenden Erfolg gebracht hat. An dieser Stelle ist sicherlich ein Dank an Frau Dr. Klingenstein und ihre Mannen angebracht.

Es wurde ja von der Kleintier-Zuchtausstellung über den Schilcher-Markt, von Konzerten des europareifen Hauptschulchores Stainz unter Roland Kemp bis zum Regional-Blasmusiker-Treffen und noch vieles mehr neben der Ausstellung geboten und belebte so das Bild des Fremdenverkehrs. Hier ist auch allen anderen, die sich darum bemüht haben, ein Dank zu sagen.

Das Ortsbildschutzgesetz hat in diesem Rahmen auch mehr Leben bekommen und leitete ein Umdenken in der gesamten Baugesinnung ein.

Eines möchte ich noch erwähnen: Das waren die Feiern in Schenna. Es war sehr eindrucksvoll. Nicht sehr eindrucksvoll aber war das oft zitierte und strapazierte „steirische Klima“. Es zeigte sich darin, daß ÖVP und SPÖ getrennt, je mit einem Autobus, nach Südtirol fuhren, so daß auch ich mehr oder minder gezwungen war, als Vertreter der Freiheitlichen getrennt zu fahren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sehr tragisch!“) Ehrlich gesagt, für mich allein hat sich ein Autobus nicht ausgezahlt. (Abg. Dr. Strenitz: „Kleinbus!“)

Zum Schluß möchte ich doch noch eine Bitte oder vielleicht auch eine kleine Warnung an die Verantwortlichen auf der Regierungsbank und im Blasmusikverband anbringen. Seien Sie, bitte, nicht so unüberlegt zu glauben, daß unbedingt eine eigene steirische Blasmusikzeitung entstehen müßte. Es wäre sicherlich sehr schön, wenn es eine steirische Blasmusikzeitung gäbe. Ich glaube aber, man muß dieses Projekt sehr genau durchrechnen. Die bestehende Zeitung „Österreichische Blasmusik“ kann man zudem auch mit guten Artikeln füttern und unter Umständen das eingesparte Geld jenen Blasmusikkapellen zukommen lassen, die finanzielle Probleme haben – und das haben so ziemlich alle Blasmusikkapellen!

Ich glaube, daß die Blasmusik ein wichtiger Kulturträger im steirischen Land ist, und daher glaube ich auch, daß ihr diese Förderung auch zusteht, denn die hat sie sich wirklich verdient. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Steiner. Ich erteile es ihm.

**Abg. DDr. Steiner:** Als Mann auch aus der Erwachsenenbildung kommend, ist es mir wirklich ein Bedürfnis, für die Leistungen des „steirischen Herbstes“ meine Anerkennung auszusprechen, besonders der Steirischen Akademie in ihrer Vielfalt, in ihrer Großzügigkeit, in ihrer Pluralität. Die Zahl der Besucher hat es gezeigt, daß die Gottesfrage angekommen ist und in vielfältiger Weise dieses Thema behandelt worden ist und von Jugendlichen in überfüllten Hörsälen äußerst gut besucht war. Meine Anerkennung wirklich dem zuständigen Referenten für diese Leistung Jahr für Jahr im Rahmen der Steirischen Akademie und des „steirischen Herbstes“.

Und, Herr Kollege Kirner, ich möchte dir völlig nachstoßen und die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes oder Kulturförderungsgesetzes auf steirischem Boden absolut unterstützen. Wir haben schon einen Entwurf da – der Herr Landesrat wird das bestätigen –, und ich würde dafür sein, daß es einen Beirat gibt, vielleicht nicht allzuvielen Beiräte, daß zeitökonomisch vorgegangen wird und nicht unbedingt die Junktimierung etwa an ein bestimmtes Budget erfolgt. Aber ich kann absolute Unterstützung von unserer Seite für die Verabschiedung eines Kulturförderungsgesetzes zusichern.

Dann möchte ich weiter sagen, daß es sehr begrüßenswert ist, daß es in der Steiermark diese Vielfalt von Kulturinitiativen gibt – von einer wurde schon gesprochen. Es gibt auf Bundesebene zehn Institutionen, die sich unter der „Konferenz für Erwachsenenbildung Österreichs“ vereinen. Es gibt auch in der Steiermark die Arbeitsgemeinschaft der vielen Institutionen der Erwachsenenbildung. Ich habe sie mir auch aus dem Budget herausgeschrieben, wie sie gefördert werden. Es sind die Leistungen unserer steirischen Bildungshäuser von Mariatrost über Sankt Martin, Raiffeisenhof, Retzhof, Vorau, Evangelisches Bildungswerk, Katholisches Bildungswerk, Steirisches Volksbildungswerk, Steirische Kulturinitiative, Pannoniahaus, die Volkshochschulen der Arbeiterkammern, die in 170 Einsatzorten in der Steiermark vertreten sind, die Urania, das große Büchereiwesen des Österreichischen Borromäuswerkes und dann auch noch die berufsbil-

denden Institute, Wirtschaftsförderungsinstitut, Berufsförderungsinstitut und das ländliche Fortbildungsinstitut. Eine Vielfalt von Initiativen und Aktivitäten auf steirischem Raum. Ralf Dahrendorf war es, Ing. Turek hat gestern von ihm gesprochen, der große Mann der Bildungspolitik, jetzt ist er Rektor in London, der sprach einmal von vier Bildungswegen. Der normale Bildungsweg: der Schulweg; der zweite Bildungsweg etwa über Gymnasium oder HTL für Berufstätige; dritter Bildungsweg im Rahmen des Berufes Werkmeisterkurse und der vierte Bildungsweg: Bildung um der Bildung willen, und daher gibt es eine permanente Bildung, und daher hört die Bildung nie mit der Schule auf, daher fügt sich die Kultur, alle Initiativen in einen gesamten Rhythmus der Erwachsenenbildung ein, und daher könnte man sagen, ich zitiere jetzt den berühmten Ralf Dahrendorf: „Alle zehn Jahre verdoppelt sich heute die Summe der Informationen, über welche die Wissenschaft insgesamt verfügt. Man hat berechnet, daß die Gesamtzahl aller Forscher, die in den Jahrtausenden vom Beginn unserer Kultur bis zum Anfang dieses Jahrhunderts den babylonischen Turm der europäischen Wissenschaft errichtet haben, nicht größer ist, als die Summe der in unserer Gegenwart gleichzeitig arbeitenden Wissenschaftler. Die Arbeitskraft dieser Armee von Forschern, ihr Einfallsreichtum und ihre Energie verändern alle Lebensbereiche in einem immer schnelleren Tempo. Sie verwandeln aber auch die Wissenschaft selbst so rasch, daß der Kenntnisstand, den man sich in einem Studium erworben hat, ununterbrochen weiter fortgesetzt werden muß. Das gilt nicht nur für Akademiker, das gilt für Hausfrauen, für Arbeiter, für Mitarbeiter aller Kategorien, und wer nicht mittut, kommt unter die Räder.“ Das sagt Dahrendorf, daher ist alles zu tun für die Erwachsenenbildung, für die Fortbildung.

Ein Schlußwort sei noch gesagt vom berühmten Wissenschaftler aus Wien, Ducher, der gesagt hat „Jeder braucht eine höhere Bildung, eine Gesellschaft, für die der Ausbildungsstand zum bestimmenden Faktor im internationalen Wettbewerb im Kampf ums Dasein wird. Ein reiches und immer noch wachsendes Angebot an Menschen mit hohem Bildungsstand ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zur unabdingbaren Voraussetzung geworden. Es wird jetzt rasch zu einer Bedingung der nationalen Daseinsbehauptung. Die Gesellschaft muß heute eine Bildungsgesellschaft werden, wenn sie Fortschritt machen, wachsen, wenn sie sich überhaupt behaupten will. Das wirklich Neue ist, daß eine entwickelte Gesellschaft und Wirtschaft nicht ihre volle Leistung entfalten kann, wenn nicht jeder eine Ausbildung erhält, die bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten führen. Der Ungebildete wird rasch unproduktiv und zu einer wirtschaftlichen Belastung. Produktive Arbeit in Gesellschaft und Wirtschaft von heute ist Arbeit, zu der Weitblick, Wissen und Ideen gehören, eine Arbeit, die mehr den Kopf als die Hände beansprucht.“ Ich möchte sagen, unser steirischer Wissenschaftler, Soziologe und Rektor, Professor Freisitzer, hat in einer Studie festgestellt, daß zur Zeit allerdings nur 16 Prozent der Erwachsenen von diesem Angebot der freien Erwachsenenbildung Gebrauch machen. Das heißt, daß die Leute sonst nicht etwa Erwachsenenbildung oder überhaupt Bildung konsumieren durch Bücher, durch Fernsehen, aber in die Institutionen gehen nur diese. Dabei meint er noch

in seiner Untersuchung, davon sind es nur 14 Prozent der Arbeiter. Er gibt dafür Gründe an und meint, daß eben die Leistungen der Erwachsenenbildung, oft in einer Zeit stattfinden, wo sich das der Arbeiter nicht leisten kann, er kommt müde nach Hause von der Schicht. Daher wäre es auch nicht unberechtigt, wie es etwa selbst von der katholischen Sozialakademie gekommen ist, zu überlegen, ob es so etwas gäbe wie einen Bildungsurlaub. Ich möchte nur wünschen, daß alle Anstrengungen zur Förderung der Bildung, zur Förderung der Erwachsenenbildung getan werden. Ich möchte aber auch danken für alle Unterstützung, die vom Land gekommen ist. Es sind über drei Millionen Schilling, die im Budget verankert sind, zur Unterstützung der Förderung der Erwachsenenbildung vorgesehen. Herzlichen Dank und weiterhin Glück auf für die Erwachsenenbildung! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Heidinger das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Jedes Jahr bietet sich uns in der Steiermark – Gott sei Dank, möchte ich sagen – die Gelegenheit, eines Großen der Vergangenheit zu gedenken. Wenn wir 1983 vornehmlich unserem Peter Rosegger gewidmet haben, so darf ich als Abgeordneter des Grenzlandes doch auf jemanden hinweisen, der auch weit über die Grenzen unserer Heimat, und vielleicht heute mehr woanders, bekannt ist. Es jähren sich nämlich 50 Jahre, daß Paul Ernst starb, ein großer Suchender der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg, der im Harz, in Vernigerode, als Sohn eines Bergmannes geboren wurde, dann lange in St. Georgen an der Stiefing als Schloßherr gelebt hat und dort auch begraben ist. Ich bitte, daß das Land auch diesem Gedenken den gebührenden Platz widmet. Es sind, und das ist vielleicht bezeichnend, örtliche Initiativen, die von der Landjugend ausgehen, obwohl das Werk Paul Ernst fast ins Mystische geht. Er ist ein Gottessucher gewesen, und ich darf sehr herzlich an den Herrn Landesrat Prof. Jungwirth die Bitte richten, auch dieses Gedenken vom Land aus entsprechend zu fördern. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

**Abg. Neuhold:** Verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Auch im Vorjahr habe ich zur Gruppe 3 über die Bedeutung der steirischen Blasmusikkapellen und der Volksmusikschulen gesprochen und deren Bedeutung hervorgehoben. Ich habe damals gesagt, daß sicherlich die steirischen Blasmusikkapellen und die Musikschulen ihren Beitrag zum steirischen Gedenkjahr leisten werden. Inzwischen haben wir dies in vielfältiger Weise erfahren und miterleben dürfen. Nun geht das Gedenkjahr langsam zu Ende, und was uns bleibt, ist die Erinnerung an viele Veranstaltungen, und man kann ruhig sagen, an alle unsere 381 Musikkapellen in der Steiermark mit rund 13.000 aktiven Blasmusikern. Es bleibt die Erinnerung an ungezählte musikalische Umrahmungen in diesem Gedenkjahr, und was weiter

auch für die Zukunft bleibt und was mir so bedeutungsvoll erscheint ist das, was neu dazugekommen ist, was neu einstudiert wurde und daß viele neue junge Musikgruppen entstanden sind und daß so manche Naturtalente ins Blickfeld des Volkes gekommen sind, so manche Naturtalente, die es sicher wie in der Vergangenheit noch bis zum Besuch des Konservatoriums in Graz bringen können. Ich glaube auch, aus den Vorrednern ist es schon herausgeklungen, daß gerade das Thema Blasmusik und Volksmusikschulen ein Thema ist, an dem sich die Geister in diesem Hause sicherlich nicht scheiden werden. Daher ist es wohl auch eine verdiente Förderung, die die Blasmusik in diesen Bereichen finden soll.

Vielleicht auch hier zur steirischen Landesförderung einige Zahlen. Im Landesvoranschlag 1982 war zunächst ein Beitrag von 1.130.000 Schilling enthalten. Durch eine Nachbedeckung von 1.870.000 Schilling, auch mit Hinsicht auf das steirische Gedenkjahr, wurden schließlich und endlich Förderungsmittel von 3 Millionen Schilling an die steirischen Blasmusikkapellen gegeben. Mit diesem Beitrag konnten im Jahre 1982 alle eingebrachten Förderungsansuchen, soweit die erforderlichen Unterlagen beigebracht wurden, positiv erledigt werden. Insgesamt waren es 125 Musikkapellen, die gefördert wurden. Und ich hoffe als einer der Bezirksobmänner des Steirischen Blaskapellenverbandes auch auf eine annehmbare Förderung für das nächste Jahr. Mit im Kreis des musikalischen Wirkens im städtischen wie auch besonders im ländlichen Raum sind unsere Musikschulen – 40 an der Zahl – mit 12.267 Schülern und 529 Lehrern. So weist es der Musikschulbericht 1981/82 aus.

Und man könnte – gleich meinen Vorrednern auch – die vielen Gesangsvereine, Chöre und Gruppen, Trachtenvereine miterwähnen, die es jedenfalls gerade in diesem vergangenen Jahr zu einer besonderen Repräsentativität gebracht haben. Ich bin auch fast der Meinung, daß es im Bereich der heutigen Jugend oft nicht die materiellen Probleme sind, die so manchen Menschen zur Verzweiflung bringen, sondern daß es die geistigen Probleme sind. Wenn dem so ist, so kann es nur gut sein, wenn es über 12.000 vorwiegend junge Menschen sind, die in den Musikschulen erfaßt sind, die auf ihre Art und in ihrem Sinn Ausgleich und einen Teil Sinngebung für ihr Leben finden. Musikschulen sind auch weiterhin, wie in der Vergangenheit, ein wertvolles Reservoir für unsere Blasmusikkapellen, weil ja gerade aus den Musikschulen jene Instrumentalisten und Blasmusiker hervorkommen, die die Musikkapellen immer wieder für die weitere Aufstockung benötigen. Für die Musikschulen sind im Haushaltsjahr 1983 61,5 Millionen Schilling vorgesehen, und diese werden an die Gemeinden mit Musikschulen an Förderung flüssiggemacht werden.

Ich danke in diesem Zusammenhang unserem Herrn Landeshauptmann und dem zuständigen Kulturlandesrat für das Einsehen und die Unterstützung bezüglich der Förderungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurde hier aber auch schon erwähnt, und ich möchte mich dem auch anschließen und darauf hinweisen, daß auch die Gemeinden und die Eltern große finanzielle Opfer für ihre Musikschule erbringen. Aber ich möchte auch hier ein offenes Wort sagen, daß es keine Modeerscheinung werden soll, wenn Kinder oder



junge Menschen eine Musikschule besuchen, und damit meine ich, wenn ein Kind keine musische Begabung aufweist, dann soll man das wirklich dem Kinde nach einem gewissen Besuch einer Musikschule auch sagen, wenn es das nicht selbst fühlt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Volk lebt mit diesen musischen Kräften, es zehrt in ernsten und heiteren Stunden vom Geist, der davon ausgeht. Es ist ein Teil unseres Volkslebens und ein Teil jener Freiheit, in der sich der musisch begabte junge Mensch entfalten kann. An uns liegt es, diese Entfaltung auch weiterhin mit allen Kräften zu fördern. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Als letztem Redner in der Gruppe 3 erteile ich dem Herrn Landesrat Professor Jungwirth das Wort.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Erzherzog Johann ist von Stainz wieder in das Grazer Landhaus zurückgekehrt. Sie haben es sicherlich schon bemerkt. Er hängt wieder oder er steht wieder in diesem Hohen Haus an seinem angestammten Platz über den Damen und Herren der Presse und sieht versunken auf die steirische Medienlandschaft herab. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er hängt etwas schief!“) Er hängt noch etwas schief, hat der Herr Landeshauptmann gerade bemerkt, wir werden ihn ins richtige Lot bringen, aber er gehört jedenfalls wieder in dieses Haus herein.

Zum Kapitel „Kunst, Kultur“ hat es eine Reihe von sehr kompetenten Beiträgen gegeben. Ich möchte noch ein paar Dinge anfügen oder herausstreichen und wende mich dabei zuerst dem „steirischen Herbst“ zu. Es ist gottlob nicht mehr nötig, das Prinzip dieses modernen Festivals zu verteidigen, wenngleich es immer wiederum legitim und durchaus berechtigt ist, über einzelne Inhalte zu diskutieren und bei Gott nicht immer mit allem einverstanden zu sein, was er bringt. Aber wir dürfen doch mit Stolz sagen – mit einem Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen“, der anlässlich des heurigen „Herbstes“ wörtlich geschrieben hat: „Der ‚steirische Herbst‘ ist vermutlich das bedeutendste, jedenfalls aber umfassendste und ausgedehnteste Avantgardefestival Europas.“

Wir konnten dieses Jahr wiederum beobachten, was eigentlich das Ausland besonders anzieht, denn auch ich habe immer gesagt, daß die Vorleistungen des „steirischen Herbstes“ nicht nur in Beziehung auf Kunst, sondern auch auf den Fremdenverkehr gewaltig sind. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl sehr dankbar dafür, daß er das aus seiner Sicht als Wirtschaftskenner auch bestätigt hat. Wir haben ganz einfach, wie jedes Jahr, auch dieses Jahr eine ganze Menge von Vertretern ausländischer Medien hier bei uns gehabt. Das geht in den deutschen Sprachraum hinein, alle großen und viele kleine Zeitungen aus der Bundesrepublik, aus Österreich, aus der Schweiz waren vertreten, von Hamburg über Frankfurt, München bis hinüber nach Zürich und Basel. Wir haben eine ganze Reihe von Rundfunkstationen hier gehabt, vom Sender „Freies Berlin“ über den Norddeutschen Rundfunk, den Nordwestdeutschen, Westdeutschen, Südwestdeutschen, den Saarländischen Rundfunk bis

zur „Deutschen Welle“ in Köln und zum Bayerischen Rundfunk. Aber nicht genug damit, es waren natürlich auch die Rundfunkstationen unserer Nachbarn hier vertreten: Budapest war hier, Agram war hier, Laibach war hier. Aber zu dem Weltmusikfest, das eine besondere Attraktion war, sind auch die Rundfunkstationen aus Dänemark, der Schwedische Rundfunk, der Norwegische Rundfunk, die BBC London und der Kanadische Rundfunk gekommen. Wir haben auch auf dem Gebiet der Printmedien nicht nur den deutschen Sprachraum anregen können, sondern es ist auch Daagens Nyheter aus Stockholm genauso gekommen wie „Il Giornale“ aus Mailand oder eine ganze Pressenkette aus der Türkei.

Die Hauptattraktionen waren dabei das Weltmusikfest, diese große Palette moderner Musik, veranstaltet von der Internationalen Gesellschaft neuer Musik, einer österreichischen Gründung aus dem Jahr 1923, wo sich die damaligen Avantgardisten zusammengefunden – in Salzburg übrigens – und diese Gesellschaft gegründet haben. Das gilt in ähnlicher Weise für das Literatursymposium, das auch ein Magnet gewesen ist, die Steirische Akademie, von der ich schon gestern gesprochen habe, und auch der Theater-schwerpunkt über Lateinamerika hat besonders viele Journalisten aus dem In- und Ausland angezogen.

Es geht aber nicht nur um die Medien, es geht auch um das Publikum, und gerade die erwähnten Schwerpunkte haben auch hier sehr stark bei uns gewirkt. Auch der ausländische Beobachter, wie etwa Klaus Henning Bachmann in der Baseler Zeitung, hat das bemerkt, wenn er wörtlich schreibt: „Einen Ansturm auf die neue Musik wie in den Grazer Tagen habe ich kaum je erlebt. Es war jedenfalls vergleichbar mit der Ausstrahlung des ‚Warschauer Herbstes‘ in den früheren Jahren.“

Nun, meine Damen und Herren, im Jahr 1983 ist eine neue Phase im „steirischen Herbst“ angebrochen. Wir haben vor einiger Zeit – es ist längst bekannt – einen Intendanten bestellt. Dr. Peter Vujica hat jetzt die Gelegenheit zu zeigen, was er kann. Er ist auf drei Jahre bestellt. Er wird zum ersten Mal für das Programm 1983 verantwortlich sein. Ein Hauptthema wird dabei sein: „Religion und Mythos“ im allgemeinen, und speziell auch das Religiöse in der Kunst, und wir sind gespannt, was es auf diesem Gebiet im nächsten Jahr Neues geben wird. Es wird einige Retrospektiven geben, eine Uraufführung eines Textes von Garcia Lorca, genauso wie ein Burgtheatergastspiel mit einem Kafka-Stück, ebenso wie auf der anderen Seite eine Uraufführung eines Textes von Samuel Becket. Wir werden also im Herbst 1983 hoffentlich wieder neue Akzente sehen und können uns schon jetzt mit Interesse auf dieses Festival wiederum – so meine ich – freuen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat sehr ausführlich und eindringlich über die Problematik unserer Theater gesprochen. Ich ziehe mich daher auf die Frage der Finanzen im Zusammenhang mit der Sanierung des Opernhauses zurück. Die Vorarbeiten, die äußerst schwierig waren über die Jurierung hinweg, die dieses Jahr im August stattgefunden hat, sind voll abgeschlossen. Das Haus sperrt im Juni 1983 zu, und dann kann die Bauphase beginnen. Wir warten noch, was die Finanzierung betrifft, auf die endgültige und schriftli-

che Zusage des Bundes. Schwarz auf weiß haben wir bisher nur von einer Zusage von 20 Millionen Schilling Kenntnis. Es ist bekannt, daß wir eine Drittelbeteiligung des Bundes anstreben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jetzt auch einmal Graz daran ist. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren große ähnliche Projekte in österreichischen Landeshauptstädten gefördert: Die Brucknerhalle in Linz, das Festspielhaus in Salzburg, das Kongreßzentrum in Innsbruck, das Festspielhaus in Bregenz. Darüber hinaus gibt es seit Jahr und Tag große Förderungen für die Theater in der Bundeshauptstadt, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß die steirische Forderung nach einer Drittelbeteiligung, nach einer kräftigen Beteiligung des Bundes an diesem so großen und wichtigen Projekt voll berechtigt ist. (Allgemeiner Beifall.) Spätestens seit Hanns Koren ist die steirische Kulturpolitik wie ein gotischer Flügelaltar. Auf der einen Seite Öffnung zur Moderne und zur Aktualität, auf der anderen Seite glaubwürdige Verwurzelung im Mutterboden der Heimat. Wir konnten das in diesem Jahr, wenn wir auf der einen Seite Erzherzog Johann sehen und auf der anderen Seite den „steirischen Herbst“, durchaus weiter entfalten und diesen Weg weitergehen. Stainz war ein großer Erfolg. Natürlich freut das alle, die sich darum bemüht haben. 230.000 Besucher! Aber nicht nur die Zahl soll davon sprechen, sondern auch die Qualität der Ausstellung, sie war einfach etwas ganz Besonderes. Es ist wirklich dem Ausstellungsteam, Frau Professor Klingenstein, Herrn Dr. Cordes und vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, sehr zu danken für das Konzept. Es hat uns den steirischen Prinzen ganz lebendig nahegebracht und durchaus gezeigt, daß Geschichte nicht langweilig sein muß, sondern ganz im Gegenteil spannend sein kann wie ein Krimi oder ein Abenteuerroman. Manchen Besuchern der Ausstellung ist es wirklich so ergangen. Ich möchte auch ganz besonders jenen danken, die sich handfest um das Materielle haben kümmern müssen, speziell im Rahmen der Rechtsabteilung 6, die ja in Wahrheit für eine solche Kraftanstrengung nicht gerade eingerichtet ist. Aber es war jedenfalls interessant zu beobachten, daß die Persönlichkeit Johanns weit über Österreich Interesse findet. Der Herr Landeshauptmann hat mir erzählt, daß ihn kürzlich bei seinem Parisbesuch ein französischer Geschichtestudent angesprochen und ihm mitgeteilt hat, daß er über Erzherzog Johann arbeitet; der junge Mann hat daraufhin sofort eine Einladung in die Steiermark bekommen. Wir wollen aber darüber hinaus die Aktivitäten im ganzen Land nicht vergessen. Ich möchte wirklich hier in aller Form sagen, wie dankbar und wie glücklich wir sein dürfen, daß so viele Gemeinden, Vereine, Verbände in der ganzen Steiermark die Anregung, sich in irgendeiner Form mitzubeteiligen, mitzutun, selbst zu gestalten, ohne unsere Befehle und Anordnungen befolgt haben. Wir haben, das Jahr ist ja noch nicht fertig, schon eine ganze Liste von Rückmeldungen. Wir haben gebeten uns mitzuteilen, was da und dort geschehen ist. Es haben uns schon über 130 steirische Gemeinden eine solche Rückmeldung geliefert, viele Vereine und Verbände, und das geht noch weiter. Da waren Ausstellungen, die sehr bemerkenswert waren, etwa in Bad Aussee oder in Vordernberg und Leoben, da waren viele Renovierungen von Kulturdenkmälern, von ganzen Ortsbildern, Färbelungsaktionen wurden

durchgeführt. Im Rahmen unseres steirischen Ortsbildgesetzes, das dieses Hohe Haus im Jahre 1977 beschlossen hat, wurden im Einvernehmen mit den betreffenden Gemeinden neue Ortsbildzonen festgelegt: in Weiz, in Bruck, in Vordernberg, in Admont. Es wurden Heimatmuseen gegründet, Büchereien, und eine ganze Reihe von anderen Aktivitäten könnte man aufzählen. Nicht zu vergessen die grüne Natur ganz im Sinne von Erzherzog Johann. Es konnten die ersten Prädikate für steirische Naturparke im Sinne des Naturschutzgesetzes auch bereits von der Landesregierung beschlossen werden. Eigeninitiativen, die entfaltet wurden im Pöllauer Tal, in der Sölk und in der Region Zirbitz-Grebenzen haben damit eine große offizielle Bestätigung gefunden.

Ich möchte auch der Jugend sehr danken. Eine ganze Reihe von Jugendverbänden hat sich in den Dienst einer Sache gestellt, stellvertretend für viele nenne ich die steirische Landjugend, die in einer Großaktion zusammen mit Raiffeisen im steirischen Land eine Unzahl von Wegkreuzen, Kapellen, Wegheiligtümern restauriert hat. Wir werden sicherlich in den kommenden Jahren noch Nachwirkungen der Ausstellung sehen. Die Forschung über Johann wird weitergehen. Wir brauchen ja noch die große wissenschaftliche Biographie über ihn, und wir werden ihn auch noch nach Südtirol hinübertragen, auf Anfrage und Wunsch unserer Südtiroler Freunde. Wir sind mit ihnen in Kontakt. Wir wissen nicht, ob es schon 1983 oder erst 1984 sein wird. Die Stimmen aus Südtirol plädieren eher für 1984. Auf jeden Fall wird eine solche Ausstellung aus der Steiermark in dem Haus stattfinden, in dem Erzherzog Johann gelebt und gewirkt hat, nämlich im Schloß Schenna bei Meran, das noch im Besitz seiner Familie ist und wo er auch begraben wurde.

Der Blick in die Zukunft wurde auch bereits von einigen Damen und Herren hier im Hohen Haus angepeilt. Eisenerz 1984 wirft kräftige Schatten voraus, auch in unserem Budget. Wir sind in der Lage, das Ausstellungshaus, den Kammerhof in Eisenerz, zu renovieren, die wissenschaftliche Arbeit ist bereits eingeleitet. Der bekannte Wissenschaftshistoriker Paul Werner Roth von der Universität Graz hat den Auftrag bekommen, diese Ausstellung zu gestalten, und ist bereits tief in der Vorbereitungsarbeit gemeinsam mit vielen Männern und Frauen, besonders auch in der Region Eisenerz und Eisenstraße, die sich mit größtem Engagement selbst um diese Ausstellung bemüht, und ich freue mich ob dieser glänzenden Kooperation zwischen der betroffenen Region und der Landeshauptstadt und unseren Stellen hier in Graz. Kulturpolitik und Regionalpolitik sind voneinander nicht zu trennen, und so greife ich auch die Anregungen auf, die hier im Hohen Haus heute ausgesprochen wurden. Paul Ernst, Herr Abgeordneter Dr. Heidinger, war einer der großen Literaten, die unserem Land aus der Ferne zugewandert sind und hier eine zweite Heimat gefunden haben; so ähnlich wie Franz Nabl und Hans Leifhelm. Wir werden uns um sein Grab, um seine Gedenkstätte in St. Georgen an der Stiefing im nächsten Jahr kümmern.

Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura hat über die Problematik der Musik und der Musikschulen gesprochen, genauso wie der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich weise darauf hin, daß die Zuwendungen für

die steirische Blasmusik in diesem Jahr kräftig aufgestockt wurden. Das ist ein deutliches Zeichen für die Wichtigkeit, die mit vollem Recht diesen Kapellen, die im ganzen Land oft mit sehr viel Jugend erfrischend wirken, beigemessen wird. Die Frage einer – ich möchte sagen – Neuzusammenfassung oder Neuordnung des Musikunterrichtes im Südwesten der Steiermark ist mir bekannt. Es gibt diese Anfrage aus Wies, und sie wird zugleich von benachbarten Gemeinden mitgetragen. Eibiswald, Gleinstätten, der Raum bis Schwanberg herauf, Pöfing-Brunn fühlen sich davon betroffen; dieser Raum wird ja von Exposituren der Musikschule Deutschlandsberg zum großen Teil betreut, und wir werden uns mit der Problematik einer eventuellen Neuordnung, Neuzusammenfassung zu beschäftigen haben.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein Blick in das Jahr 1983 – auch das ist bereits angedeutet worden. Wir haben in diesem Jahr einen runden Geburtstag und einen runden Todestag von Peter Rosegger zu verzeichnen, und wir wollen auch diesen Großen nicht vergessen. Erzherzog Johann und Peter Rosegger sind sicherlich die beiden überragenden Persönlichkeiten in der steirischen Geschichte des 19. Jahrhunderts gewesen. So wie Johann in der ersten Hälfte gewirkt hat, so hat Rosegger in der zweiten Hälfte bis herauf in das 20. Jahrhundert eine überragende Stellung bezogen. Wir werden uns um diese großartige Persönlichkeit auch in besonderer Weise umsehen und haben mit den Vorbereitungen dafür bereits begonnen. Sie werden ja wissen, daß auch der ORF zusammen mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen und dem Schweizer Fernsehen eine sehr große Serie dreht, die im nächsten Jahr ausgestrahlt wird. Bei Peter Rosegger wollen wir in erster Linie die Region sehen, in der er aufgewachsen ist: die Waldheimat. Er selbst hat diesen Begriff geprägt. Ein seltener Fall, daß ein Kunstwort, ein Schriftstellerwort sich so durchgesetzt hat, daß es nicht nur im Volk aufgenommen wurde, sondern auch auf den Landkarten verzeichnet ist. In dieser Waldheimat also, von Krieglach hinauf aufs Alpl, im Mürztal und auf der anderen Seite hinüber in das Feistritztal Richtung Rettenegg, Ratten, Fischbach und Sankt Kathrein am Hauenstein natürlich nicht zu vergessen, werden wir uns bewegen. Wir haben bereits einige vorbereitende Gespräche geführt, und ich kann auch hier sagen, das Interesse aus der Region ist ganz besonders stark. Es gibt ja schon jahraus, jahrein ungefähr 30.000 Roseggerpilger – könnte man sagen –, die in diese Waldheimat kommen, und viele davon kommen aus dem Ausland, besonders aus der Deutschen Bundesrepublik, wo unser steirischer Schriftsteller manchmal fast besser bekannt ist und jedenfalls sehr geschätzt wird. Hier und da gibt es einen ausländischen Gast, der uns Steirern Fragen stellt, die uns etwas verblüffen, und das sind nicht nur hohe Literaturspezialisten, das sind durchaus auch Alltagsleser, denen die Schriften Peter Roseggers noch heute sehr viel zu sagen haben. Er hat einerseits in dieser Heimat und für diese Heimat geschrieben, auf der anderen Seite aber als deutschsprachiger Schriftsteller weit draußen ein großes Echo gefunden, und Sie wissen ja, daß er auch in sehr viele Sprachen übersetzt worden ist. Eine seiner ersten Biographien kam in Paris heraus, noch zu seinen Lebzeiten anfangs dieses Jahrhunderts von Vulliod

verfaßt, eine heute noch interessante und gültige Biographie.

Es ist wohl auch bekannt, daß Peter Rosegger nobelpreisverdächtig war und im Jahr 1913 ganz knapp an dieser Verleihung, auf die er selber nie gehofft und die er selber in seiner bescheidenen Art überhaupt nie betrieben hatte, vorübergegangen ist. Es waren eigentlich innenpolitische Probleme in Österreich, das Sprachenproblem im Zusammenhang mit tschechischen Minderheiten in der alten Österreichisch-ungarischen Monarchie, die dazu geführt haben, daß es in Stockholm Interventionen gegen ihn gegeben hat, und so kam damals in diesem Jahr 1913 Indien zu seinem bisher einzigen Nobelpreisträger in Literatur. Rabindranath Tagore hat ihn bekommen, Peter Rosegger hätte er heißen können, es hat nicht wollen sein.

Wir werden ohne Krampf und Künstelei versuchen, ihn auch aus dem Schatten der Vergangenheit in unsere Zeit herüberzuholen. Und vielleicht eine Andeutung seiner Spannweite durch ein Zitat, das – wie viele andere – auch heute wiederum sehr aufregend klingt und ihn von einer Seite zeigt, die weniger bekannt ist. Er hat – wie Sie wissen – eine regelmäßige Publikation herausgegeben. Sie hieß „Der Heimgarten“, ein etwas biedermeierlicher Name, aber dahinter verbargen sich sehr offene und bisweilen sehr kritische Stellungnahmen zu den Fragen seiner Zeit. Das reicht von der Ökumene hin bis zu Krieg und Frieden und zu Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Zitat – nicht aus diesem „Heimgarten“, sondern aus einem Roman, der im nächsten Jahr 100 Jahre alt sein wird und der „Der Gottsucher“ heißt – soll Ihnen noch gebracht werden. Es ist dies eine Geschichte, die auf einer Bluttat basiert, die sich im Jahr 1493 in Tragöß abgespielt hat. Damals haben aufständische Bauern den Pfarrer von Tragöß in seiner Kirche ermordet. Und dieses dramatische Thema hat Rosegger in seinem Roman „Der Gottsucher“ behandelt und dabei aber die Problematik Religion – Umwelt – Mensch – Gesellschaft hereingeholt. Sein Zitat, das ich Ihnen bringen möchte, heißt so: „Die Zeit war damals eine andere, die Menschen waren befallen von ungeheuren Irrtümern“ – er spricht vom Mittelalter –. „Wer aber, der mitten in der Menschheit steht, hat das Recht, so zu sprechen? Sind wir heute im reinen? So wenig wie damals. Wir spotten jener Zeit, da die Leute sich abhetzten und peinigten vor dem Anblicke des leibhaftigen Teufels. Uns plagt nicht mehr der Teufel. Die Phantome, von denen wir besessen sind, haben andere Namen. Wir begreifen jene Weltordnung nicht, in welcher die damalige Kirche mit ihrem Fluche einzelne und Gemeinschaften zerschmettern konnte und zerschmettert hat, ohne daß ihr ein menschliches Gesetz in den Arm gefallen wäre. Sehen wir heute nach – und bei der aufgeklärten Zeit wird es nicht viel Mühe machen –, ob von jenen dämonischen Vorurteilen auch nur eines dahin ist. Religion, Forschung, Sozialismus, Politik haben noch immer ihre Pfaffen, ihre Irrlehrer und Henker, denen Hunderttausende von Menschen zum Opfer fallen. Die menschlichen Wünsche und Leidenschaften sind heute keine anderen als sie damals waren. Nur die Mittel, sie zu befriedigen, sind gewaltiger und raffinierter. Das ist unser Sieg! Aber Befriedigung der Wünsche ist nicht Befriedigung der Menschen. Ruhelos jagen wir der angeblichen Wahrheit

nach, unser Inhalt ist, daß wir unglücklich sind.“ Soweit Peter Rosegger mit einem kritischen oder ganz einfach besinnlichen Zitat, das vielleicht auch etwas in diese vorweihnachtliche Stunde paßt und das uns zeigen soll, es geht um einen umfassenden Geist. Und ich hoffe sehr, daß es uns im Jahr 1983 gelingt, ihn auch als solchen darzustellen. Ohne großen Aufwand, mit einigen Veranstaltungen droben in der Waldheimat, mit einem Symposium, mit einer Ausstellung im Grazer Ecksaal und mit hoffentlich – auch im nächsten Jahr – manchen Vereinen, Gemeinden, Initiativen, die sich in einer solchen gemeinsamen Sache wiederum neu zusammenfinden.

Und so, meine Damen und Herren, möchte ich wiederum mit einem Dank schließen an viele Männer und Frauen, die in diesem Jahr 1982 im ganzen Land Steiermark zusammengewirkt haben, daß sich dieses Land wiederum kulturell interessant gezeigt hat. An solche, die an der Vergangenheit hängen und Tradition pflegen genauso wie an andere, die lieber in die Zukunft schauen und meinen, ihre Suche wäre die einzig richtige. Sie sollen immer wieder unter einem großen gemeinsamen Dach Platz haben, in dem es um unser Land geht, um seine Menschen und um die Vielfalt dieser Steiermark. Einen Dank also an all diese Kräfte. Ich bin dazu verpflichtet, auch einen Dank meinen Mitarbeitern hier im Landhaus und speziell auch in der Rechtsabteilung 6 und in den zugeordneten Abteilungen, im Joanneum, im Landesarchiv, in der Landesbibliothek und in anderen Einrichtungen, die fest oder mehr aus der Ferne mit der Kulturabteilung des Landes verbunden sind, auszusprechen. In diesem Sinne also wollen wir hoffen, daß auch das Jahr 1983 für die steirische Kultur ein gutes Jahr wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Eine Wortmeldung ist nicht mehr eingetragen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Ich darf als Berichterstatter feststellen, daß alle Redner, die zu dieser Gruppe gesprochen haben, Beifall von allen Fraktionen erhielten. Der Antrag des Finanz-Ausschusses, den Ansätzen der Gruppe Kunst, Kultur und Kultus zuzustimmen, erscheint gerechtfertigt und unterstrichen. Ich darf ihn, Herr Präsident, wiederholen.

**Präsident:** Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Ich danke, die Gruppe 3 ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Erhart:** Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, umfaßt folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte

nach dem Opferfürsorgegesetz; die freie Wohlfahrt ist unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe sowie in sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Die Jugendwohlfahrt gliedert sich in Einnahmen, Ausgaben für Erziehungsheime, Jugendhilfe, Jugendfürsorgeerziehung. Weitere Ansätze: die Einrichtung zur Behebung von Notständen, Maßnahmen bei Katastrophenschäden und sozialpolitische Maßnahmen in der Altersvorsorge. Der Ansatz 48 umfaßt die Wohnbauförderung des Landes. Er ist gegliedert in die allgemeine Wohnbauförderung, in die Förderung nach dem Wohnungsförderungsgesetz, die Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und in die Förderung nach dem Gesetz betreffend die Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den Einnahmen von 2.952,949.000 Schilling Ausgaben von 4.026,182.000 Schilling gegenüber. Im Namen des Finanzausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme dieser Gruppe.

**Präsident:** Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?  
Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Zinkanell:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Wie aus den Unterlagen des Landesbudgets für 1983 ersichtlich ist, sind in der Gruppe 4 die eigentlichen Sozialausgaben mit 962 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt und mit weiteren 21 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt dotiert. Das sind um knapp 8 Prozent mehr, als für das laufende Jahr präliminiert war. Unter Bedachtnahme auf die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, vor denen auch das Land Steiermark nicht verschont geblieben ist, kann man diese Erhöhung als eine anerkennenswerte Leistung aller Verantwortlichen und Beteiligten bezeichnen, und ich hoffe auf Ihr Einverständnis, wenn ich im Zusammenhang mit dieser Feststellung in erster Linie dem ressortzuständigen Sozialreferenten Landesrat Josef Gruber für seine erfolgreichen Budgetverhandlungen, aber insbesondere für seine umfassende und fruchtbringende Tätigkeit im Sozialbereich aufrichtig danke.

Ich möchte es aber nicht verabsäumen, auch dem Finanzreferenten und der ganzen Landesregierung für das Verständnis gegenüber den Bedürfnissen und Anforderungen des Sozialressorts den Dank auszusprechen.

Seit 1976 sind die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt um rund 100 Prozent gestiegen. Das hängt damit zusammen, daß das fortschrittliche Steiermärkische

Sozialhilfegesetz – das am 9. November 1976 hier vom Hohen Haus beschlossen worden war – mit 1. Februar 1977 rechtswirksam und damit natürlich auch finanziell wirksam wurde. Die Erfahrungen der ersten fünf Jahre seit dem Inkrafttreten haben für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Gesetzes – auf das der Sozialreferent nach wie vor stolz sein kann – den vollen Beweis erbracht. Deine Wunsch- oder Sollformulierung im Geleitwort zu den von Frau Hofrat Dr. Pestemer herausgegebenen Erläuterungen zum Sozialhilfegesetz, Herr Landesrat Gruber, ist praktizierte Wirklichkeit – ich zitiere daher in der Ist-Form, wenn ich darf. „Die für die Würde und die freie Entwicklung der Einzelpersonlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sind gewährleistet.“ Die nun schon mehr als fünfjährige erfolgreiche Anwendung des Sozialhilfegesetzes ist gewiß eine der schönsten Anerkennungen dafür, daß du, lieber Herr Landesrat, nun schon seit 20 Jahren die nicht immer bedankte Funktion des Sozialreferenten der steirischen Landesregierung ausübst. (Beifall bei der SPÖ.) Daß du nicht die Absicht hast, dich mit dem Erreichten zufriedenzugeben, zeigt sich darin, daß auf deinen Antrag eine Studie in Auftrag gegeben wurde, deren inzwischen schon vorliegenden Daten und Feststellungen wertvolle Anregungen und Entscheidungshilfen für die Weiterentwicklung der vielfältigen Sozialarbeit sind. Wie sehr aber das Steiermärkische Sozialhilfegesetz von vornherein zukunftsorientiert konzipiert wurde, ergibt sich unter anderem daraus, daß die Träger der Sozialhilfe, insbesondere die Sozialhilfeverbände, noch viel vor sich haben, um über die erwähnten grundsätzlichen Rechte hinaus die in den Paragraphen 17 und 18 genannten 25 Punkte der sozialen Dienste und der besonderen Hilfen für die betagten Menschen auch in jenen Bereichen und Zielsetzungen zu realisieren, wo das noch nicht oder noch nicht ausreichend möglich gewesen ist. Im allgemeinen kann aus sozialen aber auch aus wirtschaftlichen Gründen eine verstärkte Tendenz zu diesen sozialen Diensten hin festgestellt werden. Daher ist es im besonderen Maße zu begrüßen, daß es in Ergänzung zu den diesbezüglichen Einrichtungen und Leistungen der öffentlichen Hand auch noch die wirklich Dank und Anerkennung verdienenden Organisationen, Einrichtungen und Leistungen der privaten Wohlfahrtsträger gibt. Es ist überaus erfreulich, daß sich so viele Menschen mit einem starken Engagement für die verschiedenen Gruppen von Hilfsbedürftigen einsetzen. Wenn ich von den über 30 Organisationen der freien Wohlfahrt beispielhaft nur die Caritas, die Volkshilfe, das Rote Kreuz, das Steirische Altenhilfswerk nenne, so soll das, bitte, nicht als eine Wertung mißverstanden werden, nur eben sind das die großen Organisationen, die daher auch sehr viel leisten. Ihren verantwortlichen Leitungsgremien sowie ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern, aber auch allen anderen Gemeinschaften, Vereinen und Organisationen der privaten Wohlfahrt, die sich der Behinderten, der Blinden, der gefährdeten Jugendlichen, der gebrechlichen oder sonst hilfebedürftigen Menschen annehmen, ihnen allen gebührt aufrichtiger und herzlicher Dank, verbunden mit der Bitte, auch weiterhin für ihre Schützlinge in gleicher bewährter Weise dazusein. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ohne den Kolleginnen und Kollegen, die auch zu Problemen der sozialen

Wohlfahrt und zu speziellen Sachgebieten sprechen werden, ihre Themen oder Zahlen wegnehmen zu wollen, darf ich, auf die Budgetansätze der Gruppe 4 zurückkommend, nur herausgreifen, daß zum Beispiel bei den Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe unter 411 die Pflegegebühren in eigenen Anstalten von 163,4 Millionen Schilling beim Erfolg 1981 auf 201,7 Millionen Schilling und bei den fremden Anstalten von 43 Millionen Schilling für 1981 auf 55,6 Millionen Schilling für 1983, also in diesen beiden Ansätzen allein um 50 Millionen Schilling, angehoben wurden.

Zwar nicht in absoluten Zahlen, jedoch im Prozentverhältnis stark erhöht sind die unter Ansatz 413 aufscheinenden Pflegegebühren bei der Behindertenhilfe, und zwar wurden insgesamt 96 Millionen Schilling beim Erfolg 1981 auf 120 Millionen Schilling für 1983 angehoben.

Hohes Haus, ich habe die Zahlen dieser Zweimalzwei-Ansätze nur deswegen besonders herausgehoben, um aufzuzeigen, welchen enormen Anteil an den gesamten Ausgaben des Landes allein die Pflegegebühren bei der allgemeinen Sozialhilfe und bei der Behindertenhilfe ausmachen, und daß auch in diesen Fällen die Heimpflege – ich möchte sagen die Daheimpflege –, soweit es der Zustand der Betreuten ermöglicht, die sowohl menschlichste als auch finanziell günstigste Hilfeleistung wäre, so wie das bei der vorjährigen Budgetdebatte bei der Gegenüberstellung der Kosten des Krankenhaus- beziehungsweise Heimaufenthaltes einerseits und der Kosten der Daheimpflege andererseits deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Allerdings läßt sich das – wie wir wissen – nicht ohne weiteres in die Tat umsetzen, weil dazu ein ausreichendes Angebot von entsprechend ausgebildeten Kräften und auch das für die Ausbildung erforderliche Geld benötigt werden. Da wir also noch nicht so weit sind und bekanntlich auch nicht alle hilfsbedürftigen alten Menschen schon auf Grund des verschiedenen Grades der Hilfsbedürftigkeit, durch eine Daheimpflege betreut werden können, sind wir sehr dankbar, daß sich nun in Graz, aber nicht nur für Graz allein, durch die Anmietung und Adaptierung des alten Unfallkrankenhauses die Möglichkeit eröffnet, wieder einem Teil der älteren Frauen und Männer, die einen Heim- oder Tagesheimplatz benötigen, helfen zu können.

Ich möchte ja nicht unbedingt einen Streit vom Zaun brechen über die Frage, wer den größten Anteil daran hat, daß das alte UKH nun doch für die alten Menschen, die es brauchen, zur Verfügung stehen wird. Aber vielleicht sind wir ohnehin einer Meinung und Sie stimmen mir alle zu, wenn ich sage, daß ich mich aufrichtig freue, daß es dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, dem Krankenhausreferenten Landesrat Gerhard Heidinger und dem Ersten Vizebürgermeister von Graz, Alfred Stingl, bei ihren Gesprächen mit den Verantwortlichen der mitkonkurrierenden Post gelungen ist, diese zu einem Verzicht und außerdem die Hauptfunktionäre der Unfallversicherungsanstalt zum Einschwenken auf eine tragbare Lösung zu bewegen (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Turek: „Ein bißchen in dich hineinlächeln muß du schon!“) Es kommt noch etwas! – so daß dann und dadurch – das waren jedenfalls die Voraussetzungen, meine Damen und Herren – einem Abschluß der

Vereinbarung kein ernstliches Hindernis mehr im Wege gestanden ist.

Durch diesen Vertragsabschluß, meine Damen und Herren, in den auch das Land Steiermark mit einer großen finanziellen Leistung einbezogen ist, wurde und wird neben den vielen gutgemeinten Worten, die aus Anlaß des für 1982 proklamierten Jahres der älteren Generation zu hören und zu lesen waren, nun auch eine sichtbare und spürbare, eine wirksame und bleibende Tat gesetzt. Sehr erfreulich ist, daß vor einigen Tagen dem Vizebürgermeister Stingl nun auch wieder vom Bund Zusagen gemacht wurden für die Förderung dieses wichtigen Projektes. Ich freue mich darüber sehr. (Allgemeiner Beifall.) Als Zugehöriger der älteren Generation und als einer ihrer Funktionäre danke ich gerne allen Mandataren und auch verantwortlichen Vertretern der betreffenden Institutionen, daß es zu diesem guten Abschluß gekommen ist, und ich schließe wohl auch gleich die Bitte ein, dafür zu sorgen, daß das alte UKH bald eine neue gute Heim- und Pflegestätte wird für jene Frauen und Männer, denen es zugehört ist. (Allgemeiner Beifall.)

Einige Zahlen, nur aus dem Bereich Graz, unterstreichen das Anliegen:

Im Geriatrischen Krankenhaus der Stadt Graz konnten im ersten Halbjahr 1982 90 Anmeldungen nicht berücksichtigt werden. In den privaten Altenheimen gibt es 224 Vormerkungen für Pflegebetten. Für die Pensionistenheime der Stadt Graz gibt es 700 Voranmeldungen und für die 13 privaten Pensionistenheime 638.

Auch wenn es bei diesen Anmeldungen zu Überschneidungen kommt, und ohne den Versuch, die hinter diesen Aufnahmewünschen verborgenen Einzelschicksale aufzuzeigen, bleibt es doch ein eindrucksvoller Bedarf, der natürlich noch höher wird, wenn man diese Ziffern auf die ganze Steiermark umrechnet.

Eine gute Möglichkeit, den hilfebedürftigen alten und insbesondere den alten alleinstehenden Menschen zu helfen, ist sicher die entweder von der öffentlichen Hand organisierte oder zumindest organisatorisch mitbeeinflusste subventionierte Nachbarschaftshilfe, wie man sie interessanterweise seit einiger Zeit und anscheinend auch mit gutem Erfolg im Burgenland durchführt.

Wenn man überlegt, daß in den in der Steiermark wirkenden Pensionisten- und Seniorenverbänden zirka 100.000 Menschen organisiert sind, unter ihnen ein großer Teil tatkräftiger, arbeitsfreudiger Frauen und Männer, die förmlich auf eine Aufgabe warten, dann müßte sich sehr wohl eine weitgestreute wirkungsvolle Nachbarschaftshilfe, die noch dazu nicht allzu viel kosten würde, aufbauen lassen. Der Pensionistenverband – das darf ich hier erklären – wird sicher gerne bei einem solchen Vorhaben mitwirken.

Nachdem im Steirischen Altenhilfswerk mit den großen Berufsgruppenvertretungen, den Kammern, und mit den großen Pensionisten- und Seniorenverbänden auch die großen privaten Wohlfahrtsträger, wie Caritas, Volkshilfe, Rotes Kreuz, aber auch einige weitere sehr wirkungsvolle Institutionen dieser Art zusammengefaßt sind, dürfte es meines Erachtens zweckmäßig sein, mit den im Steirischen Altenhilfswerk vertretenen Institutionen und Verbänden den

gemeinsamen Aufbau einer Nachbarschaftshilfe zu beraten, die sicher tausendfach helfen könnte, die alten Menschen in ihrer vertrauten Umgebung der eigenen Wohnung und mit ihren ihnen liebgewordenen, bedeutungsvollen Gegenständen verbleiben zu lassen.

Die hoffentlich gutgemeinte Fernsehsendung vom 23. November über das Leben in den verschiedenen Altersheimen hat sicher viele Menschen aufgeschreckt und nachdenklich gemacht. Sie hat aber fast ohne Bedachtnahme auf die vielen hervorragend geführten Heime den Menschen, die keinen anderen Weg als den ins Altenheim vor sich sehen, diese Entscheidung noch schwerer gemacht. Daher bitte ich abschließend noch einmal, die Anregung zu prüfen, ob es in gemeinsamer Arbeit möglich wäre, eine breite Nachbarschaftshilfe aufzubauen und außerdem zugleich darauf einzuwirken, dort, wo die Verhältnisse in einzelnen Altersheimen noch nicht so sind, wie sie sein sollten, bessere, menschenwürdigere Bedingungen zu schaffen. Die Sozialisten werden den Ansätzen der Gruppe 4, und insbesondere jenen des Sozialbereichs, selbstverständlich gerne zustimmen. Ich danke Ihnen! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Die Frau Abgeordnete Klasnic hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Klasnic:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Schlüssel des sozialen Fortschrittes liegt in geordneten Finanzen, in einem verantwortungsvollen Wirtschaften und dies gerade mit öffentlichen Geldern. Dies gilt besonders für Gemeinden, Land und Bund. Dann können wir auch denen helfen, die heute noch im Schatten des Wohlstandes stehen. Die Volkspartei will weiterhin sozialen Fortschritt, mehr Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir wollen im Sinne einer echten Sozialpolitik die drückende Last beseitigen, die heute auf den Menschen und der Wirtschaft liegt. Dazu sind folgende Voraussetzungen eine Notwendigkeit – und dies an die Adresse der Bundesregierung: Wir brauchen sichere Einkommen, einen Belastungsstopp und leistungsgerechte Steuern, mehr Eigentum, zum Beispiel Wohnungen, die man sich leisten kann, bessere Hilfe für chronisch Kranke, Ausgesteuerte und Pflegebedürftige, Anerkennung von Eigeninitiative, Pflege- und Selbsthilfe durch die öffentliche Hand, Gerechtigkeit für die Familien, zum Beispiel dynamisierte Beihilfen, eine großzügige Wohnstarthilfe für junge Menschen als zinsenbegünstigtes Darlehen, die Anerkennung der Frau im Haushalt und Beruf und die Anrechnung der Kindererziehung als Ersatzzeit für die Pension, eine Einkommensgerechtigkeit und gleichwertige soziale Sicherheit für die Landwirtschaft und die Anerkennung der Leistungen der Landwirtschaft für unser Leben und unsere Umwelt. Wir brauchen aber auch Hilfe für die Klein- und Mittelbetriebe, die Arbeit, Lehrstellen wahren und Dienstleistungen für unseren Wohlstand erarbeiten. Denn die Einkommen schrumpfen, und die Belastungen explodieren. Die Vollbeschäftigung ist gefährdeter denn je, die Arbeitslosenraten steigen. Die Pensionen bleiben hinter der Teuerung zurück, und schon drei Jahre ist der Inflationsverlust größer als die Anpassung. Ein Vorschlag: Gestern sprachen einige Redner von der sozialistischen Frak-



tion davon, daß man das Geld für Abfangjäger besser für Umweltschutz ausgeben soll. Ich habe nicht gewußt, daß der Herr Minister Rösch Mittel hat und diese umschichten will. Aber wenn, dann bitte so, daß er auch dem Herrn Finanzminister Salcher welche zur Verfügung stellt, damit er nicht die alten Menschen, die Ärmsten mit dem Mindesteinkommen zum Holzklauben in den Wald schicken muß. (Beifall bei der ÖVP.) Man könnte mit diesen Mitteln auch erreichen, daß vielleicht doch die Sozialistische Partei im Nationalrat dem Antrag der Österreichischen Volkspartei zustimmt und einen einmaligen Heizkostenzuschuß von 500 Schilling gewährt. (Beifall bei der ÖVP.) Ein Vorschlag und eine Bitte an den Herrn Landesrat Gruber: Wir haben gestern gehört: 210 geschützte Arbeitsplätze im Dienste der Steiermärkischen Landesregierung. Bitte, Herr Landesrat, verwenden Sie sich auch dafür, daß im Bundesdienst im Land Steiermark eine große Anzahl geschützter Arbeitsplätze erreicht wird, denn der Bund hat ja ein neunzehnmal so großes Budget wie das Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.) Eine wirksame Sozialpolitik hat sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Menschen zu richten. Deshalb muß man auch die sozialen Dienste in der Nähe des Bürgers ansiedeln. Dazu muß die Eigeninitiative gefördert und gefördert werden.

In der Studie Sozialarbeit für die Steiermark sind sehr viele Ansatzpunkte für unsere künftige Arbeit. Ich denke besonders auch an die Situation der pflegebedürftigen alten Menschen, wo heuer ein Schritt mit der Erweiterung des Altenpflegeheimes Bad Radkersburg gesetzt wurde. Eine breite Palette von privaten Initiativen in der Sozialpolitik kann man aufzählen. Stellvertretend für vieles, vorbildlich und unter großen persönlichen und auch finanziellen Opfern: die Leistung der Caritas im Steirischen Altenhilfswerk, im Mutterhilfswerk mit den Familienhelferinnen, bei der Polenhilfe, Entwicklungshilfe, bei Kindererholungsaktionen und besonders auch bei tätiger Nächsten- und Nachbarschaftshilfe. Hilfe, Beratung und Unterstützung brauchen aber vor allem auch die alleinstehenden Mütter und Väter mit ihren Kindern. Wohnungsprobleme, Sorge um den Arbeitsplatz, das Problem der Kinderbeaufsichtigung, Kontaktmangel, juristische Fragen, Erziehungsprobleme und Umgang mit Ämtern und Behörden sind gerade für diese Menschen ein wichtiges Anliegen. Im Haus Carnerigasse 34 leisten Frau Dr. Filipancic und ihr Team sehr viel für diese Gruppe. Wir haben in der Steiermark einen aktiven Pflegemütterverein. Man muß besonders der Frau Baumann danken. Aber die Pflegemütter haben auch viele Anliegen. Da müssen wir zupacken. Eines zum Beispiel ist die Legitimation des Pflegekindes. Wir haben einen Multiple-Sklerose-Klub, eine großartige Gemeinschaft Betroffener und Gesunder mit vielen Anliegen. Eines zum Beispiel wäre lösbar: mitzuhelfen, bei den Erkrankten Telefone mit Tasten und nicht mit Drehscheiben zu installieren beziehungsweise die alten Apparate auszutauschen. Ich habe vom Herrn Abgeordneten Zinkaneil gerade gehört, welche gute Verbindungen Ihre Vertreter zur Post haben. Ich würde bitten, das vordringlich zu unterstützen. Es ist eine Frage der Kosten, aber auch eine Frage des raschen Handelns. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Steirische Sozialdienst, eine neue Initiative, ausgehend vom Modell Steiermark, beschäftigt sich

vor allem mit der Errichtung von Sozialstationen. Zwei sind schon im Einsatz, eine in Hartberg und eine zweite in Leoben. Der Ausbau unter Einsatz der Nachbarschaftshilfe wird in dieser Organisation besonders groß geschrieben. Eine lange Liste könnte ich hier fortsetzen. Initiativen für Behinderte, für Kinder, für Familien, für Randgruppen wie Drogenabhängige und Alkoholiker. Ich möchte aber zusammenfassen und sagen: Das Sich-Kümmern um Bekümmerte, die Hilfsbereitschaft für Hilflöse ist auf viele solcher Gruppen meist ehrenamtlich aufgeteilt. Ein besonderes Beispiel im heurigen Jahr: Eine Arbeiterin in den Puchwerken, wurde mir gesagt, ist binnen einer halben Stunde gelähmt gewesen und brauchte rasche Hilfe. Ich habe sie in einem feuchten Keller gefunden mit 40 Grad Fieber. Ich habe gemeinsam mit dem Bürgermeister der Gemeinde und mit allen, die nur helfen konnten, eine Aktion gestartet. Sie hat in einem selbstgebauten Rohbau gelebt, der inzwischen mit Hilfe vieler Idealisten zu einem schmucken, behindertengerechten Häuschen fertiggestellt wurde. (Allgemeiner Beifall.) Eine Summe von ungefähr 800.000 Schilling konnte aufgebracht werden, und jetzt ist die Frau in Tobelbad, schon im Rollstuhl sitzend, und wird heuer zu Weihnachten erstmals in ihr Häuschen zurückkommen können. Das heißt, wenn man zusammensteht, und wenn man helfen will, dann kann man Enormes erreichen. All dies geschieht aber im Zusammenwirken zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Sozialarbeitern und Sozialhelfern. Die Einsatzfreude und das Wirken zum Wohle der Menschen sind in unserem Land sehr groß. Von dieser Stelle aus möchte ich allen im Sozialbereich Tätigen herzlich danken. Danke auch allen Idealisten, den vielen Frauen und Männern in unserem Heimatland, die mit Hingabe und Liebe soziales Verantwortungsgefühl zeigen, aktive Arbeit gegen Hoffnungslosigkeit auf sich nehmen, oft unbedankt bleiben und trotzdem bereit sind, Mut zu machen, Hoffnung zu geben und tatkräftig zu helfen. Gerade wir politisch Verantwortlichen wissen, vieles kann der Mensch ertragen, nur den Menschen nicht. Dies gilt vor allem für den Dienst am Mitmenschen in der Sozialarbeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Tschernitz hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernitz:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte eigentlich zu einem Kapitel Stellung nehmen, wo es - glaube ich - sehr deutlich zum Ausdruck kommt, wie wertvoll öffentliche Gelder verwendet werden und wie spontan eigentlich immer wieder die Hilfestellung des zuständigen Sozialreferenten, des Herrn Landesrates Gruber, erfolgt ist. In vielen, vielen Fällen, die unvorhergesehen auftreten, ist es gerade das Sozialreferat, das immer und sofort bereit ist, eine Hilfestellung jenen in Not Geratenen angedeihen zu lassen.

Aber ich möchte vielleicht besonders auf die Budgetansätze im Rahmen der Behindertenfürsorge eingehen, weil sie ja doch eine besondere Bedeutung haben, da ja gerade diese Positionen in den letzten Jahren eine sehr bedeutende Ausweitung erfahren haben. Ich glaube,

wir alle können doch darüber sehr froh sein, da dies eine Verbesserung für jene Menschen bedeutet, die vom Schicksal schwer getroffen sind. Wir können diese Ausweitung deutlich an der Steigerung der Ausgaben des Landes und der Sozialhilfeverbände ersehen, die im letzten Zeitraum – in den letzten zehn Jahren – von 1971 bis 1981 fast 600 Prozent betrug. Ich glaube, daß gerade hier diese Ausgabensteigerung einerseits auf die Vermehrung und Verbesserung von Hilfsmöglichkeiten durch die Novellen vor allen Dingen des Behindertengesetzes, andererseits aber auch auf jene Entwicklung zurückzuführen ist, die die Betreuung der Behindertenhilfe darstellt. Diese Entwicklung ist sicherlich für alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr erfreulich, da sie doch aufzeigt, daß der Integrationsgedanke weiterhin fortgeschritten ist. Eltern mit ihren behinderten Kindern und Behinderte selbst haben ihre Scheu vor der Öffentlichkeit weiter abgelegt, und die Öffentlichkeit ist heute – so glaube ich – den Behinderten und ihren Problemen gegenüber doch wesentlich aufgeschlossener, als sie es vor zehn Jahren gewesen ist. Wir müssen uns jedoch sicherlich bewußt sein, daß es sehr großer Anstrengungen bedarf, diesen Bewußtseinsbildungsprozeß immer wieder weiter voranzutreiben. Der heutige Stand in der Behindertenhilfe wäre sicher ohne das große Zusammenwirken zwischen privaten und öffentlichen Trägern der Behindertenhilfe nicht möglich gewesen. Viele dieser privaten Initiativen sind vielfach von Eltern behinderter Kinder ins Leben gerufen worden, vor allem aus der Sorge um das Schicksal ihrer Kinder, wenn sie selbst einmal nicht mehr am Leben sind, und mit Hilfe der öffentlichen Hand Einrichtungen für Behinderte geschaffen haben. Ich denke hier an die Lebenshilfe Steiermark mit ihren zahlreichen Sektionen in unserem Land, wo eigentlich seitens unseres Sozialreferenten, des Herrn Landesrates Josef Gruber, immer diese Initiativen wirklich von Anfang an sehr begrüßt und natürlicherweise auch bestmöglich unterstützt wurden, was dazu geführt hat, daß heute eigentlich in 20 privaten Behinderteneinrichtungen in der Steiermark ungefähr 750 Behinderte betreut und gefördert werden können. Es handelt sich dabei um Schulen, Wohnheime, Ausbildungseinrichtungen, vor allem aber um Beschäftigungstherapieeinrichtungen.

Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen doch diese Entwicklung, weil sie uns als eine gute Form der Lösung der Probleme unserer Behinderten im Rahmen einer gedeihlichen Zusammenarbeit auf der einen Seite zwischen privater und auf der anderen Seite öffentlicher Hand erscheint.

Die laufenden Kosten für alle Behinderteneinrichtungen, von öffentlichen oder privaten Einrichtungen, werden vom Land beziehungsweise von Sozialhilfeverbänden zur Gänze durch die Bezahlung eines Tagsatzes für den Unterbrachten getragen. Allein für die interne Unterbringung steirischer Behinderter sind für das Jahr 1983 – und das ist hier ja schon aufgezeigt worden – 120 Millionen Schilling im Landesvoranschlag 1983 vorgesehen. 75 Millionen Schilling davon entfallen auf private Einrichtungen. Ich glaube, Einsparungen, die sich auf Grund der heutigen wirtschaftlichen Situation fast überall als notwendig erweisen, sollten sicherlich für den Bereich der Behindertenhilfe überhaupt erst zuletzt in Frage kommen.

Ich glaube jedoch, daß wir uns zeitgerecht Gedanken machen sollten, wo im Falle notwendiger Einschränkungen Einsparungen möglich sein könnten, ohne dabei – und das möchte ich hier ausdrücklich feststellen – die Effektivität der Hilfeleistung zu verringern.

Ein weiteres großes Problem zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eben die schwierige Arbeitsmarktsituation der Steiermark, und vor allem hier sind auch unsere Behinderten betroffen und vielleicht sogar oder überhaupt schwerer als andere.

Aber gerade die Steiermark hat von allen Bundesländern – ich glaube, das darf hier auch mit Stolz festgestellt werden – von Anfang an durch die Eingliederung von Behinderten in das Erwerbsleben, durch Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen, diese am intensivsten unterstützt. Dies hat doch dazu geführt, daß heute in der Steiermark fast 1200 Behinderte auf geschützten Arbeitsplätzen arbeiten können; 210 davon allein im Landesdienst, wie es ja gestern schon vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart hier aufgezeigt wurde. Mit dieser Zahl sind wir im Bundesländervergleich weitaus führend und werden durch die geschützte Werkstätte, die derzeit in Puntigam errichtet wird, weitere Arbeitsplätze in dieser so schwierigen Zeit für Behinderte in nächster Zeit bekommen.

Ich glaube, daß wir gerade auf diesen Bereich der Behindertenhilfe ein besonderes Augenmerk legen müssen, da sich unsere Bemühungen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, selbstverständlich besonders eben auf Behinderte erstrecken müssen.

Die Entstehung einer Behinderteneinrichtung über private Initiativen, die selbstverständlich ohne Unterstützung der öffentlichen Hand – ich meine damit eben immer wieder das Land und auch den Bund – nicht möglich gewesen wäre, habe ich persönlich im Laufe einiger Jahre erleben können. Mit besonderer Freude konnte ich diese Arbeit in unserem Bezirk miterleben. Es sind nämlich Eltern im Rahmen der Lebenshilfe der Sektion Liezen darangegangen, eine für den Bezirk unbedingt erforderliche und für uns alle sehr erfreuliche Behinderteneinrichtung zu schaffen. Konnten wir doch am 1. Oktober dieses Jahres die Therapiewerkstätte mit Wohnheim im Beisein unseres Sozialreferenten, des Herrn Landesrates Josef Gruber, der Bestimmung übergeben. Die Marktgemeinde Stainach hat das ehemalige Gebäude, in dem das Bundesrealgymnasium untergebracht war, für diese Zwecke zur Verfügung gestellt, sowie auch Land und Bund haben entsprechende Subventionen für die Errichtung dieser Therapiewerkstätte gewährt. Ein Großteil der benötigten Mittel – und das ist das Erfreuliche an dieser Entwicklung – konnte durch Spendenaktionen, die der Verein selbst durchgeführt hat, aufgebracht werden. Es wurde immerhin diese Therapiewerkstätte mit einem Kostenaufwand von 4,4 Millionen Schilling errichtet. Fast 1,9 Millionen Schilling wurden durch Eigenmittel und Spenden für dieses Behindertenheim aufgebracht, wobei eine Schulsammlung – und das ist ja ebenfalls besonders zu erwähnen – im Bezirk Liezen den ansehnlichen Betrag von über 300.000 Schilling eingebracht hat. Aber auch das Land hat wiederum sehr unterstützend mit einem Betrag von 250.000 Schilling seinen Anteil bei dieser Errichtung geleistet,

und auch der Bund hat hier Mittel für die Errichtung zur Verfügung gestellt. Gerade in dieser Therapiewerkstätte können 30 Behinderte betreut werden, und im angeschlossenen Wohnheim ist eine interne Aufnahme von 18 Behinderten möglich. Es bedeutet dies eine wirklich wirksame Hilfe für die Eltern in diesem Bereich, da gerade für den Bezirk Liezen auf Grund der Größenverhältnisse, der großen Entfernungen, das angeschlossene Wohnheim eine ebenso große Bedeutung hat. Auf Grund der Ausstattung und der Raumsituierung ist die Aufnahme von Burschen und Mädchen in diesem Internat möglich. Es ist gerade den Initiatoren der Lebenshilfe der Sektion Liezen, allen Eltern, dem Land Steiermark, vor allem den Eltern, die die treibende Kraft für die Errichtung dieser Therapiewerkstätten mit dem angeschlossenen Wohnheim gewesen sind, besonders zu danken. Ich glaube, wenn wir weiterhin auch im Rahmen des Landesbudgets jene Mittel zur Förderung von Behinderten und zur Erhaltung der geschaffenen Einrichtungen sowie zur Sicherung und Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen, dann können auch die Behinderten in unserer steirischen Heimat mit einem gewissen Optimismus der Zukunft entgegensehen. Ich persönlich möchte allen danken, die mitgeholfen haben, jene Stätten für diese Menschen zu errichten, vor allem dem Sozialreferenten des Landes Steiermark, dem Herrn Landesrat Josef Gruber, weil ich glaube, daß wir unter diesen Voraussetzungen in dieser gemeinsamen Arbeit der Menschen des Landes und des Bundes wirklich optimistisch in die Zukunft sehen können. Ihnen allen ein herzliches Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Grazer Odilien-Blindeninstitut wird noch im heurigen Schuljahr ein Kind aufgenommen werden, das nicht nur blind, sondern auch zerebralgeschädigt ist, das einen eigenen Lehrer brauchen wird. Es wird ab nun in der Steiermark eine Schulklassen mit einem Kind geben. Ich sage das einleitend, weil das so drastisch demonstriert, wie schwierig es ist, den Anforderungen auf diesem Gebiet nachzukommen. Ich darf in diesem Zusammenhang nur einige ergänzende Bemerkungen machen zu dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Es hat der Herr Professor Rosemeier, ein bekannter Wiener Soziologe, beim vorjährigen Kongreß der EURAG, den der Herr Bundesrat Pumpernig veranstaltet hat und der ein dankenswerter Erfolg gewesen ist, erklärt, daß 93 Prozent der alten Menschen zu Hause bleiben können, auch zu Hause sterben können und auch betreut werden. Auch das darf man, bitte, feststellen. Wir sollen uns nicht schlechter machen und unsere Gesellschaft nicht schlechter machen, als sie ist. Aber immerhin, die sieben Prozent, um die man sich kümmern muß, sind eine große Zahl, und es bleibt Arbeit genug übrig. Es gibt eine Menge von privaten Altersheimen, die ohne Subvention arbeiten und die auch der Allgemeinheit auf diese Art wohl gute Dienste erweisen. Ich darf in dem Zusammenhang in etwa das Haus der Barmherzigkeit mit über 200 Betten nennen, das kostendeckend ohne Förderung arbeitet und das

Land weitgehend entlastet. Wir müssen überhaupt daran denken, daß wir auf dem Gebiet der Betreuung der alten Menschen subsidiär vorgehen müssen, und es soll die Öffentlichkeit erst dann eingreifen, wenn es unbedingt notwendig ist, und sie soll vor allem jene Mittel einsetzen, die nicht nur die billigsten Mittel sind, sondern die auch den Menschen gleichzeitig am meisten helfen, wie etwa die Betreuung zu Hause. Ich darf meinen Dank betreffend den Altenhilfsdienst, den Herrn Landesrat Gruber betreut, wiederholen. Ich darf nur hier wieder einmal den Wunsch wiederholen, daß sich auch das Sozialreferat der Stadt Graz daran finanziell beteiligt. Es ist mir einfach unverständlich, warum das bisher nicht geschehen ist.

Ich darf feststellen, daß es darüber hinaus noch sehr viele Selbsthilfeorganisationen gibt, die gefördert werden und die uns auch weitgehend entlasten. Ich darf noch auf die Verhältnisse in der Stadt Graz eingehen. Es hat lange Diskussionen über das zur Verfügung stehende UKH gegeben. Einleitend dazu darf ich sagen, daß es sehr erfreulich ist, daß es ein Aufschrei in der Bevölkerung war: Hier ist ein Haus, und macht damit etwas für die alten Menschen! Dieser Ruf ist von unten gekommen, von Altenhilfsverbänden. Herr Abgeordneter Zinkanell, wir haben uns sehr eingehend und sachlich darüber unterhalten, und ich glaube nicht, daß es jetzt einen Sinn hat, festzustellen, wer an diesem und an jenem Zipfel gezogen hat. Der alte Mensch und die Bevölkerung von Graz sind froh, daß dieses Heim da ist. Gemeinsam ist es erstanden beziehungsweise angemietet worden, und es steht uns zur Verfügung. Die Frage ist nur, was geschieht dort. Ich war selbst dabei, wie wir erhoben haben, wie die Verhältnisse in der Stadt Graz nun eigentlich liegen. Wir haben festgestellt, daß noch ein großer Bedarf an Pflegebetten besteht. Wir haben aber auch festgestellt, das war überraschend, daß im Krankenhaus der Stadt Graz am Griesplatz, das an und für sich ausgezeichnet geführt ist und sich in einem guten Zustand befindet, etwa 50 bis 60 Leute aufgenommen sind, die eigentlich in ein Altersheim gehören würden, und wir haben gleichzeitig festgestellt, daß im Altersheim am gleichen Platz, in der Albert-Schweitzer-Gasse, mit 140 Betten 30 bis 40 Betten unbelegt sind. Der Grund ist ein unverständlicher. Dieses Altersheim ist ein Armenhaus im mittelalterlichen Sinn. Es ist unzumutbar, Menschen dort zwangsweise einzuweisen. (Landesrat Heidinger: „Denkmalschutz nicht zu vergessen!“) Es steht auch unter Denkmalschutz und ist deshalb nicht umzubauen, das meinen Sie damit. Es ist jedenfalls völlig unbrauchbar. Wenn wir nun die Stadt Graz dazu bringen, daß sie im Gebäude des UKH ein modernes und sozial zumutbares Altersheim einrichtet – und das ist das, was wir alle wollen –, dann könnte das Städtische Krankenhaus etwa 50 bis 60 Patienten dort billiger unterbringen. Aus dem Krankenhaus Graz könnte man – wir haben das genau statistisch erhoben – 50 bis 60 Patienten ins Städtische Krankenhaus überweisen und dort wieder billiger pflegen. Es könnte also auch wieder eine Entlastung des Krankenhauses Graz mit zur Folge haben. Das ist etwas, was wir anstreben müssen, weil leider die Mittel begrenzt sind und es sehr wenig Sinn hat, wenn ein Referat das andere ausspielt, wobei ich überhaupt anmerken darf, daß ich glaube, daß diese referatsmäßige Trennung von Krankenhaus und Altersheim nicht immer der

Weisheit letzter Schluß ist. Ich weiß schon, daß wir das nicht ändern wollen, aber wir haben beispielsweise im Krankenhaus Feldhof etwa 800 Patienten, die eigentlich nicht in ein Krankenhaus gehören, sondern in ein Pflegeheim, wo sie noch entsprechend betreut werden, und wir kämen dann auch gleich den Bestrebungen der offenen Pflege dieser etwas geistig Behinderten entgegen. Wir können hier ökonomischer arbeiten, wenn wir entsprechende referatsmäßige Trennungen nicht allzu ernst nehmen würden.

Wir werden in Graz demnächst ein neues Haus haben, von den Kreuzschwestern am Leonhardplatz mit 40 Pflegebetten errichtet. Ich würde meinen – Statistiken und Annahmen sind da sehr schwierig –, daß mit der Fertigstellung dieser 40 Betten und mit der Inbetriebnahme eines modernen Altersheimes im Bereich des UKH die Versorgung der alten Menschen nicht nur im Raum Graz, sondern auch in der Umgebung weitgehend gesichert ist.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs von diesem Kind gesprochen. Dieses Kind würde sterben, wenn man sich nicht seiner annimmt. Wenn es nun von einem eigenen Lehrer herangezogen wird, wird es wahrscheinlich nicht sterben, wird vielleicht sogar ein menschenwürdiges Leben hinter sich bringen können, aber es wird auch einmal alt werden. Da bin ich wieder bei meinem Thema. Wir müssen uns auch um die behinderten alten Menschen kümmern. Das ist etwas, was wahnsinnig viel kostet, was das Budget weitgehend belastet, aber es muß doch wirklich eine ureigene Aufgabe der Vertretung eines Landes sein, die Mittel bereitzustellen für jene Menschen, die am meisten Hilfe bedürfen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich bitte, ihn von seinem Sitz als Berichterstatter abzulösen.

**Abg. Erhart:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident!

Ein Teilbereich der Sozialen Wohlfahrt ist die Jugendwohlfahrt. Im Budget 1983 stehen unter diesem Titel für Erziehungsheime rund 57 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite, und auf der Einnahmenseite stehen hier rund 40 Millionen Schilling, aber letztlich sind für Sachausgaben und Leistungen für das Personal sowie Ausgaben zur Erhaltung der Heime immerhin noch 17 Millionen Schilling vom Land direkt aufzuwenden.

Für weitere Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe werden 40 Millionen Schilling eingesetzt.

Gewaltige Beträge also, die alle dem alleinigen Ziele dienen, eine gedeihliche Entwicklung der Jugend, die persönliche Wohlfahrt des einzelnen Kindes und seine Anpassung an die Gesellschaft zu erreichen! Und das ist der oberste Grundsatz der Jugendwohlfahrt!

Nun haben diese Aufgaben wohl in erster Linie die Eltern zu erfüllen, und sie tun das, Gott sei Dank, auch in übergroßem Teil, so daß nur dort, wo Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte diesen Aufgaben nicht nachkommen können oder manchmal auch nicht wollen, die Jugendfürsorge eingreifen muß.

Dieses Eingreifen beginnt aber nun logischerweise nicht mit der Einweisung in ein Landesfürsorgeheim,

sondern es gibt vorher eine ganze Kette von Maßnahmen, die eine Heimerziehung oftmals nicht notwendig machen.

So möchte ich stichwortartig erwähnen, daß im Rahmen der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge eine Betreuung der schwangeren Frauen und der Kleinkinder bis zum schulpflichtigen Alter über die Mütterberatungsstellen bei den Bezirkshauptmannschaften zu einer längst selbstverständlichen und bis heute gut funktionierenden Einrichtung geworden ist.

Unser aller Wunsch wäre es zweifellos, daß mit der eben erwähnten Einrichtung zum Beispiel eigentlich schon das Auslangen gefunden werden könnte, daß Erziehungsberatung allein im Vordergrund stünde, daß alle Kinder in geordneten Verhältnissen in ihrer Familie aufwachsen könnten.

Leider sieht die Wirklichkeit aus verschiedensten Gründen anders aus: 4000 Kinder bei Pflegeeltern, 150 Kinder in Kinderdörfern, einige hundert Jugendliche in den Landesjugendheimen, und das allein in der Steiermark. Diese Anzahl Kinder und Jugendliche wachsen eben nicht in geordneten Verhältnissen im elterlichen Haushalt auf.

Es ist daher notwendig, sich im Rahmen der Jugendwohlfahrt und Jugendfürsorge mit diesem Problem auseinanderzusetzen, bisher eingeschlagene Wege auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen und Alternativen, welche eine qualitative Verbesserung der Jugendwohlfahrt erwarten lassen, vermehrt zu fördern.

Lassen Sie mich, werte Damen und Herren, mit der häufigsten Form des Ersatzes der elterlichen Erziehung, nämlich bei der Erziehung durch Pflegeeltern beziehungsweise Pflegemüttern, beginnen:

Wie schon vorhin erwähnt, werden also derzeit rund 4000 Pflegekinder in der Steiermark von zirka 2000 Pflegeeltern beziehungsweise Pflegemüttern betreut. Das sind Tausende Pflegekinder, die durchwegs in gute Hände gekommen sind und oftmals einen besten Ersatz ihres Elternhauses gefunden haben, wenn wir zum Beispiel an Kinder aus zerrütteten Verhältnissen denken. Das sind Tausende Pflegekinder, die die Schule ordentlich besuchen, einen Beruf lernen und schließlich der Gesellschaft wieder vollwertig eingegliedert werden.

Nun, ich bin überzeugt, werte Damen und Herren, daß es in diesem Hause viele gibt, die vom Ausmaß dieser Pflegekinderanzahl keine Ahnung hatten, und daß die steirische Öffentlichkeit dieses Ausmaß erst recht nicht kennt.

Pflegefamilien – und damit Pflegekinder – führen eine Art Schattendasein! Man vergleiche etwa, wie präsent die 150 Kinderdörferkinder im öffentlichen Bewußtsein vorhanden sind im Gegensatz zu diesen 4000 Pflegekindern. Man muß sich fragen, wo liegt hier der Grund?

Nun, ein Konzept für die Arbeit mit Pflegefamilien, erarbeitet im Rahmen der Steirischen Jugendwohlfahrtsenquete 1980/81, gibt darauf in der Einleitung eine Antwort, welche ich nur sinngemäß gekürzt zitieren will:

1. Die Pflegemutter wird in der Gesellschaft als „Nur“-Hausfrau angesehen. Die Erziehung gilt nicht als Arbeit, sondern sie passiert so nebenbei.

2. Mutterliebe und Freude zum Kind werden in Frage gestellt in dem Moment, wo zu Ideellem das Materielle kommt.
3. Bei den Pflegeeltern handelt es sich um eine nicht-organisierte, eine „sprachlose“ und verstreute Gruppe, deren mangelnde gesellschaftliche Beachtung – im Vergleich zum Beispiel zum Heim – sich in folgenden Punkten manifestiert: geringe Bezahlung, schlechte Rechtsstellung, mangelhaftes Betreuungs-, Beratungs- und Schulungsangebot und die daraus oftmals resultierende Überforderung.

Nun, ich glaube, diese paar Punkte zeigen eigentlich schon auf, warum es zur Diskrepanz zwischen verbaler Hochschätzung der Pflegefamilie einerseits und einer gesellschaftlichen Minderschätzung andererseits kommt.

Dabei wurden viele Fragen noch nicht einmal ange-rissen, so zum Beispiel die Frage: „Pflegeeltern, ein Berufsstand?“, „Muß Erziehung nicht auch als Beruf und Leistung anerkannt werden?“

Oder wie steht es mit der Altersvorsorge für altgewordene Pflegemütter? Ich kenne zum Beispiel aus meiner unmittelbaren Umgebung eine Frau, die 23 Pflegekinder aufgezogen hat, und nur eines von diesen 23 Pflegekindern ist etwas auf die schiefe Bahn gekommen. Alle anderen 22 haben einen Beruf erlernt, sind anständige Menschen geworden, doch der Dank der Öffentlichkeit bestand nur – ich meine das nicht minderschätzend – in Form von Landes- und Bundesauszeichnungen, aber materiell gesehen hat diese Frau in Zukunft mit einer Mindestpension zu rechnen. Aber das paßt ja bestens in das Bild des vorhin Gesagten.

Um so begrüßenswerter ist es demnach, daß sich inzwischen – und eigentlich ausgehend von der schon erwähnten Jugendwohlfahrtsenquete – ein Steirischer Pflegeelternverein mit der Zielrichtung gebildet hat, Pflegeelterngruppen in allen Bezirken aufzubauen, um ein Betreuungs- und Beratungsangebot für Pflegeeltern anzubieten, aber auch die Stellung der Pflegeeltern zu vertreten.

Vor wenigen Wochen hat sich dieser neue Pflegeelternverein vorgestellt, und ich darf hier auf die Worte des Sozialreferenten Landesrat Gruber, die er anlässlich dieser Vorstellung gesagt hat, zurückkommen, wo er die Pflegefamilie als eine Alternativform bezeichnet, die sowohl quantitativ als auch qualitativ im Vordergrund steht, und daher die Bestrebungen der Pflegeeltern als Sozialreferent des Landes besonders unterstützen wird.

Abschließend noch ein Wort zu einem anderen, aber damit verbundenen Thema, ein Wort zu den Erziehungsheimen:

Wir wissen sehr wohl, daß die Heimerziehung nicht die Idealform darstellt. Der Erziehungserfolg in den Großheimen ist und wird begrenzt bleiben. Der Heimerziehung ist die Erziehung in einer funktionierenden Pflegefamilie sicherlich vorzuziehen. Aber aus Erfahrung wissen wir auch, daß ein sozialgeschädigter junger Mensch, der aus schwierigem Milieu kommt, in eine Pflegefamilie kaum mehr integriert werden kann. Dann bleibt nur mehr das Erziehungsheim. Und nicht der Heimleiter oder die Erzieher, welche sich alle redlich bemühen, sind dann schuld, wenn in solchen Einzelfällen oftmals keine Wunder zu erwirken sind.

Erfreulicherweise hat sich in dieser Situation mittlerweile einiges auch zum Besseren gewendet. Neue Wege in der Heimerziehung wurden gegangen. So wurde der Weg von der einstigen überfüllten Bewah-rungsanstalt zur heutigen aufgelockerten Form mit Schwergewicht auf Berufsausbildung, offenes Heim als Begegnungsstätte, bereits von Erfolgen begleitet.

Sehr verehrte Damen und Herren! Alle Alternativen der Erziehungsformen in der Jugendfürsorge dienen letztlich dem eingangs erwähnten Ziel, den Problemen der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen noch besser gerecht zu werden, damit eine ursprünglich geistig und körperlich gefährdete Jugend wieder gesund in die Gesellschaft zurückgeführt werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile es ihr.

**Abg. Meyer:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, möchte ich sagen, daß ich es nicht ganz richtig finde, wenn die Kollegin Klasnic bei der Aufzählung der vielen Initiativen der Sozialhilfe nur jene der ÖVP aufzählt und so tut, als ob sich im Bund nur die Österreichische Volkspartei für sozial Bedürftige und Behinderte einsetzen würde. Ich darf darauf hinweisen, daß Familienpolitik, Hilfe für die sozial Benachteiligten und Bedürftigen, seit Anbeginn der sozialdemokratischen Bewegung immer im Mittelpunkt stand und viele Verbesserungen für die Arbeiterschaft in früheren Jahren oft schwer gegen den Widerstand der konservativen Partei in diesem Lande von den Sozialisten durchgesetzt wurden. (Beifall bei der SPÖ.) Auch das kann man in vielen Protokollen, Schriften und Zeitungen nachlesen. Nun zum eigentlichen Thema.

Die steirischen Initiativen des Landesrates Josef Gruber in der Seniorenpolitik haben die Anerkennung der Menschen in unserem Lande gefunden. Die beispielhaften sozialen Einrichtungen werden Stück für Stück ausgebaut und den Erkenntnissen und den Notwendigkeiten der heutigen Zeit angepaßt. Durch die verschiedenen wirtschaftlichen Sicherungs- und Ausgleichsmaßnahmen, die sich von der Sozialversicherung über die Arbeitslosenversicherung bis zum Beihilfensystem erstrecken, erscheint der größte Teil der Bevölkerung in wirtschaftlichen Existenzfragen abgesichert. Die Menschen konnten von der drückenden Sorge um das tägliche Brot befreit und der Lebensabend gesichert werden. Trotzdem gibt es noch immer persönliche und soziale Notstände, die weder durch Geld noch durch Gesetze allein behoben werden können. Das Problem des Alters beschäftigt heute viele Gremien. Die körperliche, seelische und geistige Verfassung ist bei den alten Menschen sehr unterschiedlich. Neben rüstigen und leistungsfähigen Pensionisten stehen gebrechliche, leidende und pflegebedürftige. Herr Landesrat Gruber hat sich durch den Ausbau und Umbau der sogenannten „Siechenheime“ zu modernen und wohnlichen Pflegeheimen, besonders in Kind-berg, große Verdienste erworben. Die Menschen in diesen Heimen werden bestens gepflegt und betreut. Ich selbst kann mich immer wieder bei meinen Besuchen in diesen Heimen davon überzeugen. Die dort beschäftigten Schwestern und Pflegerinnen tun alles,

um den Pfinglingen den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu machen. Doch leider ist das Personal hoffnungslos überlastet. Es ist daher für das derzeit in den Heimen beschäftigte Personal ganz unmöglich, sich mit jedem einzelnen noch von Mensch zu Mensch zu befassen. Ich meine daher, daß eine soziale Betreuung für die Menschen in den Pflegeheimen unbedingt notwendig wäre. Es gibt viele, die ganz alleinstehend sind und die genauso Sehnsucht nach persönlicher Ansprache, nach ein wenig Unterhaltung und ein bißchen Aufmerksamkeit haben; aber es gibt auch viele, die umsonst Woche für Woche auf den Besuch ihrer Kinder oder anderer Verwandten warten.

Wir Gemeinderäte von Bruck an der Mur besuchen anlässlich der Oster- und Weihnachtsfeiertage unsere Bruckerinnen und Brucker in den diversen Pflegeheimen und müssen oft feststellen, daß wir die einzigen sind, die sich um diese sehr einsamen alten Menschen ein wenig kümmern. Wie dankbar sind sie immer, wenn wir uns eine halbe Stunde Zeit nehmen, um mit ihnen zu plaudern und ihnen aus ihrer Heimatstadt zu erzählen. Aus diesem Wissen und dieser Beobachtung heraus glaube ich, daß es sehr sehr wichtig für die Zukunft wäre, für jedes dieser Heime wenigstens einen Sozialarbeiter oder eine Fürsorgerin zu Verfügung zu haben – ein diesbezüglicher Antrag wurde von unserer Fraktion ja eingebracht –, um eine Verbesserung der sozialen Betreuung in Form von Beschäftigungstherapie, Gesprächstherapie und Anbahnung und Erhaltung von Kontakten der Pfinglinge zu Verwandten, Bekannten, aber auch untereinander herstellen zu können. Derzeit steht nur eine einzige Fürsorgerin für diese spezielle Betreuung für alle vier Landespflegeheime zur Verfügung. Wir wissen aus vielen Studien, daß der Verlust von Beziehungen und Kontakten gerade im steigenden Lebensalter oft zur völligen Vereinsamung der Menschen führt. Schon das Wegziehen der Kinder aus der elterlichen Wohnung, oft der Tod des Ehepartners, naher Verwandter der gleichen Generation, der Jugendfreunde und Nachbarn verkleinert den Kreis persönlicher Nahbeziehungen und führt zu einer Verarmung der Kontakte. Dies wirkt um so nachhaltiger, weil die Fähigkeit zu neuen Kontakten beim alten Menschen wesentlich abnimmt. Diese fortschreitende Isolierung ist ein soziales Problem ersten Ranges. Wenn dann noch die Einweisung in ein Pflegeheim kommt, so wird diese Umstellung auf die neue Lebenssituation und Lebensrolle von vielen Betroffenen nicht allein bewältigt. Es ist daher notwendig, die seelischen Nöte zu lindern und den alten Menschen bei der Bewältigung speziell der vorgenannten Probleme zu helfen. Die in den Bezirkshauptmannschaften eingesetzten Fürsorgerinnen sind alle ausgelastet und können die Aufgabe einer intensiven sozialen Betreuung in den Landesaltenpflegeheimen auch nicht übernehmen. Laut einer Statistik des Europarates sollten auf eine Fürsorgerin nicht mehr als 5000 Betreuungspersonen fallen. In der Steiermark liegt dieses Verhältnis 1 : 10.000. Das beweist, daß die zur Zeit in Beschäftigung stehenden Fürsorgerinnen sicher nicht in der Lage sind, die Pfinglinge in den Landespflegeheimen noch zusätzlich zu betreuen. Ich weiß zwar, daß Veranstaltungen und Filme, aber auch Ausflüge mit den Pfinglingen durchgeführt werden, doch meine ich, daß es trotzdem notwendig wäre, auch die Menschen, die nicht mehr aus dem Zimmer herauskommen, in den

Heimen ständig und regelmäßig durch einen Sozialarbeiter zu betreuen. Aus diesem Grunde wäre die Einstellung einer Fürsorgerin für jedes Pflegeheim sicher ein Beitrag dazu, den Bedürfnissen der alten Menschen nach Kontakten Rechnung zu tragen und der neuen Form von Armut, nämlich der Vereinsamung und seelischer Not, durch diese Maßnahmen entgegenzutreten. (Beifall bei der SPÖ)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schützenhöfer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Es ist üblich, eine Rede – oder eine Wortmeldung – zur Entwicklungspolitik und zur Entwicklungshilfe mit Horrorzahlen zu beginnen, wieviel 100 Millionen Menschen unterernährt sind oder wie viele Kinder in der dritten Welt täglich an Hunger sterben. Aber diese Zahlen, so furchtbar sie sind, sagen an sich noch nichts über die Ursachen der ungleichen Verteilung der Güter dieser Erde. Deshalb möchte ich zwei andere Zahlen nennen: 98 Prozent aller Forschungsausgaben werden von den Industrienationen getätigt und ebenso 91 Prozent der Exporte.

Was sagen diese Zahlen aus? Ist es wirklich mangelnde Investition in den wissenschaftlich-technischen Bereich, die die Entwicklungsländer ihre Probleme nicht lösen läßt? Was ist dann mit Indien, das einerseits etwa auf dem Gebiet der friedlichen Atomforschung viel weiter ist als Österreich, wo aber andererseits jährlich Millionen von Menschen verhungern? Wenn es mangelnde Exportfähigkeit der Entwicklungsländer ist, wodurch deren Bevölkerung außerhalb des Wohlstandes lebt, wie erklärt man sich dann die ökonomischen Sozialstrukturen Brasiliens, wo sich einerseits die Situation der Kleinbauern und Arbeiter zusehends verschlechtert, andererseits das Land aber in den vergangenen Jahren auf Wirtschaftswachstumsraten von 10 bis 15 Prozent zurückblicken kann, jetzt jedoch vor den Trümmerhaufen dieser Politik steht und täglich 540 Millionen Schilling an Schuldendienst zurückzahlen hätte.

Die Verschuldung, meine Damen und Herren – und das ist eine Zahl, die einem bewußt sein sollte –, der dritten Welt ist auf die gigantische Summe von 10.800 Milliarden Schilling angewachsen. Allein an Schuldentilgung müßten von den Entwicklungsländern in diesem Jahr 2340 Milliarden Schilling aufgewendet werden.

Nahezu alle der verschiedenen Kategorien der Entwicklungsländer sind von Wachstumseinbrüchen betroffen. Übernimmt man die Rechnung der Ökonomen, daß etwa drei Prozent Wirtschaftswachstum nötig sei, um einen Beschäftigtenstand zu halten, dann verschlimmert sich in all den Kategorien der Entwicklungsländer die Situation, da sowohl bei den erdölimportierenden Ländern, bei den Fertigwarenproduzenten als auch in den am wenigsten entwickelten Ländern die Wachstumsraten unter drei Prozent liegen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es muß gesagt werden, daß alle bisherigen Strategien, die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern, letztlich gescheitert sind. Die Strategie



etwa der schnellen Industrialisierung konnte der Verelendung weiter Bevölkerungsschichten, vor allem der Landbevölkerung, keinen Einhalt gebieten, hat zu kaum mehr bewältigbaren Verschuldungen geführt und sieht sich zusehends mit protektionistischen Maßnahmen jener Länder konfrontiert, in die man Güter zu exportieren wünscht.

Auch ist kein planwirtschaftliches Modell in der dritten Welt existent, welches substantiell Probleme gelöst hat, die in marktwirtschaftlich orientierten Modellen nicht gelöst werden konnten. Das hoffnungsvorbelastete Modell einer eigenständigen Entwicklung, wie es etwa, zumindest verbal, von Tansania versucht wurde, ist heruntergekommen, und man wird wohl ganz offen darüber diskutieren müssen, daß nicht allein die internationalen Austauschbeziehungen an diesem Niedergang Ursache sind, sondern eine überproportional wuchernde innovationsfeindliche Bürokratie den Reputationsverlust dieses sogenannten „dritten Weges“ mitverursacht hat. Programme der Produktionsmaximierung im landwirtschaftlichen Bereich, besser bekannt unter dem Titel „Grüne Revolution“, haben zur Nahrungsmittellandsversorgung so gut wie nichts beigetragen.

Es ist außerordentlich bedeutsam zu bemerken, daß das ökonomische Problem der Entwicklungsländer nicht auf der Ebene der Entwicklungshilfe lösbar ist. Ein kleines Rechenexempel soll das verdeutlichen:

Wie allgemein bekannt ist, verfolgen die USA seit einiger Zeit eine Politik des knappen Geldes, was in der Folge die Kredite erheblich verteuert hat. Durch diese Kreditvertuierung wächst natürlich für die Entwicklungsländer der Anteil der zurückzuzahlenden Zinsen für aufgenommene Kredite.

Setzt man nun jene Summe, die von den Industrienationen an offizieller Entwicklungshilfe etwa im Jahre 1981 geleistet wurde, in der Relation zur Vertuierung der Kredite, meine Damen und Herren, dann hätten 60 Prozent der offiziellen Entwicklungshilfe gerade ausgereicht, um die Wirkungen dieses Zinsanstieges abzudecken. Man sieht also sogleich, daß weltweit gesehen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe strukturell das Problem der Entwicklungsländer nicht zu lösen vermag.

Die österreichische Entwicklungshilfe hat sich zwar qualitativ zweifellos verbessert, dennoch ist der sogenannte Geschenkannteil von 55 Prozent der geringste aller Industrienationen. Der empfohlene Wert beträgt 86 Prozent. Von der ihm selbst auferlegten Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, ist Österreich noch weit entfernt, und der Herr Finanzminister hat gemeint, daß wir etwa im Jahre 1990 diesen Satz erreichen werden.

1981 hat Österreich 0,48 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe bereitgestellt, was gegenüber 1979, wo nur 0,19 Prozent als Entwicklungshilfe budgetiert waren, zweifellos einen Fortschritt darstellt.

Die dramatische Rezession in den Entwicklungsländern hat selbstverständlich deutliche Rückwirkung auf die wirtschaftliche Situation vieler Industrieländer. Eines der Hauptcharakteristika der rezessiven Entwicklung in vielen Industrieländern ist, daß die Produk-

tionskapazität nicht durch eine entsprechende Nachfrage absorbiert werden kann. Durch die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern vermindert sich die Kaufkraft dieser Länder und forciert so auch die Rezession in den Industrienationen.

Auf der Basis dieser angenommen globalen Verflechtung der Interessen der Industrienationen mit den Entwicklungsländern muß der sogenannte Marshall-Plan für Entwicklungsländer des Bundeskanzlers verstanden werden, der auch davon ausgeht, daß Entwicklungshilfe ein Instrument zur Rezessionsbekämpfung in den Industrienationen sein kann, und ich möchte mich zu diesem Plan des Bundeskanzlers durchaus bekennen.

Was nun die Entwicklungshilfeleistungen der Steiermark betrifft, so könnte man natürlich sagen, daß sie nicht viel zu einer allgemeinen Lösung beitragen können - ebenso wie eine Betriebsansiedlung in einem Grenzbezirk kaum etwas in bezug auf die Wirtschaftssituation in ganz Österreich bewirken wird.

Aber, meine Damen und Herren - und ich glaube, wir sind uns hier einig -, die Hände in den Schoß zu legen und zu sagen, weil man nicht alles lösen kann, braucht man auch das Wenige nicht zu tun, das zu leisten man imstande ist, muß als billige Ausrede qualifiziert werden.

Und einige soziale Gruppen vor den Auswirkungen ökonomischer Depression bewahrt zu haben, ja, das ist doch etwas, dessen Stellenwert man nicht herabqualifizieren sollte.

Was war es nun, was durch die Steiermark in diesem Jahr an Entwicklungshilfemaßnahmen gesetzt wurde?

Mit den Kapverdischen Inseln bestehen schon seit 1981 gute Kontakte, und es ist sogar nicht unrealistisch, daß eine Städtepartnerschaft zwischen einer Stadt auf den Kapverden und einer steirischen Stadt, nämlich vermutlich Leibnitz, entstehen wird. Es ist hier dem Bürgermeister und Präsidenten, Abgeordneten Ing. Hans Stoisser, zu danken, daß er Verhandlungen führt und diese Partnerschaft herbeiführen will. Seit 1981 ist die Steiermärkische Landesregierung bemüht, durch die Errichtung einer Biogasanlage einen Beitrag zur Lösung des Energieproblems auf dieser Inselgruppe zu liefern. Um nun den Weiterverbleib einer Biogasgroßanlage und die Herstellung vieler Biogaskleinanlagen sicherzustellen, hat die Steiermärkische Landesregierung zum Ankauf diverser Sachmittel und Meßgeräte einen Betrag von mehr als 100.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Es ist zu erwarten, daß das Gelingen dieses Vorhabens eine gewaltige Multiplikatorwirkung haben wird, da die Energiekonferenz in Nairobi beschlossen hat, auf den Kapverden das Forschungsinstitut für diese Art von Energiegewinnung zu errichten.

Die evangelische Kirche betreibt seit 1968 in Kamerun ein Lepraspital mit 50 Betten. Inzwischen ist man von der ursprünglich zentralen Organisation abgekommen und hat in ländlichen Gebieten sehr viele dezentrale Ambulatorien errichtet, um einerseits diese furchtbare Krankheit wirksam bekämpfen zu können, andererseits aber diese Kranken nicht aus ihrer gewohnten sozialen Umgebung zu reißen. Auch dafür hat die Steiermärkische Landesregierung einen Betrag zur Verfügung gestellt.

In Simbabwe wurde für ein landwirtschaftliches Zentrum, in welchem nach einem ausgewogenen Theorie-Praxis-Verhältnis bislang Arbeitslose in den Techniken landwirtschaftlicher Produktion unterrichtet werden, ein Betrag von 100.000 Schilling zur Verfügung gestellt.

In Nicaragua sind nach dem Sturz Somozas mehr als 20 österreichische Entwicklungshelfer tätig. Die Qualität ihrer Arbeit hängt natürlich weitgehend davon ab, ob ihre Vorhaben finanziell durch Spenden aus Österreich realisiert werden können. Auch hierfür hat die Landesregierung einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt.

Im Norden Kolumbiens leben im Urwald noch verschiedene Gruppen von Indianern in insgesamt 127 Gemeinschaften. Durch einen Fluß war eine der Indianergruppen völlig von ihrem natürlichen Lebens- und Wirtschaftsraum abgeschnitten. Die Steiermärkische Landesregierung hat mit vielen anderen Institutionen zusammen zur Errichtung einer Brücke einen Betrag von insgesamt 50.000 Schilling zur Verfügung gestellt.

In Indien wurde dortigen Bauern durch die Steiermärkische Landesregierung ein Betrag von 100.000 Schilling zur Verfügung gestellt, damit sie durch den Ankauf von Kühen über eine zusätzliche Einnahmequelle verfügen. Ferner wurden noch 150.000 Schilling zur Finanzierung von Anlageteilen der Biogasgroßanlage auf den Kapverden bereitgestellt, auch zur Brunnenanierung auf den Kapverden, und zum Ankauf dort nicht erhältlichere Medikamente wurde ein Betrag überwiesen.

Das Spezifische an den steirischen Entwicklungshilfemaßnahmen ist der Versuch, die Projektfinanzierung mit einer Partnerschaft zu koppeln. Verschiedene soziale Einheiten, wie etwa die Hauptschule Seckau, die Jugendorganisation der Volkspartei, die Stadt Mürrzuschlag, das Bundesrealgymnasium Hasnerplatz, die evangelische Kirche, die Arbeitsgemeinschaft südliches Afrika, haben Partnerschaft zu solchen Projekten übernommen.

Im Versuch dieser partnerschaftlichen Organisation ist der eigentliche Wert der durch die Steiermark gesetzten Entwicklungshilfemaßnahmen zu sehen.

Zum Schluß kommend, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtages, möchte ich etwas erzählen von einem Gespräch mit Herrn Garaba, einem Zivilingenieur und Geschäftsmann aus Simbabwe, den ich zusammen mit anderen Kollegen kennengelernt habe und der uns folgendes gesagt hat: „Ich habe in Österreich so viel gesehen, was wir bei uns brauchen könnten. Aber bei uns zu Hause in Simbabwe da gibt es nur amerikanische und russische Firmen, und die begnügen sich nicht damit, mit uns Geschäfte zu machen, sondern wollen ihren Einfluß immer auf unsere inneren Verhältnisse ausdehnen. Warum engagiert sich nicht ein kleines, neutrales Land wie Österreich, vor dem wir diese Ängste nicht zu haben brauchen, stärker im Geschäft mit den Entwicklungsländern, wo Ihr doch so viel habt, was für uns zum Vorteil ist?“

Wenn wir, wie ich versucht habe darzulegen, erkannt haben, daß es nicht nur Entwicklungshilfe ist, auf deren Basis sich die wirklich relevanten Beziehungen zwi-

schen uns und der dritten Welt abspielen, sondern die ganz normalen Handels- und Geschäftsbeziehungen sind, dann müssen wir die Frage erheben, ob von uns aus wirklich alle Maßnahmen ergriffen wurden, um auf normaler Geschäftsbasis miteinander in Kooperation zu kommen, die zu gegenseitigem Nutzen sind.

Man hört jetzt viel vom Standortvorteil. Ein kleines neutrales Land wie Österreich hat international in den Entwicklungsländern einen Standortvorteil, eben weil es klein ist, von keiner kollonialen Vergangenheit belastet und neutral ist. Es gibt einzelne Firmen, die es längst erkannt haben und international durch die angebotene Technologie eine ganz hohe Reputation haben, wie etwa Pumpen-Bauer aus Voitsberg. Die Assoziation in Tunesien etwa mit Österreich ist Pumpen-Bauer.

Da gibt es aber noch eine ganze Reihe von anderen Firmen, die ebenfalls kompetent für Technologien sind, die es aber aus irgendwelchen Gründen nicht geschafft haben, eigenständig Kontakte zu Ländern der dritten Welt aufzunehmen. Und hier muß überlegt werden, wie man diesen Transmissionsriemen von Bedürfnis in der dritten Welt zur Kompetenz in der Steiermark herstellt. Wenn wir bewirken könnten, daß durch die damit gegebene Beschäftigung mit der Situation und mit den Bedürfnissen in der dritten Welt unsere Handelsbeziehungen derart gestaltet werden könnten, daß die Partner hier im Industriebundesland Steiermark und irgendwo in der dritten Welt normale Geschäftsbeziehungen aufnehmen könnten, die beide Teile befriedigen, dann sind wir in Richtung auf eine tragfähige Basis der Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern unterwegs. Diese Beziehungen werden, das ist uns allen bewußt, langfristig nur dann tragfähig sein, wenn sie von gegenseitigem Nutzen bestimmt sind. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Halper das Wort.

**Abg. Halper:** Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Von den Vorrednern wurden bereits viele Maßnahmen der sozialen Wohlfahrt unserer Heimat, des Landes Steiermark, für die alten Mitbürger, für die Behinderten, für die jungen Menschen erwähnt und der Stellenwert dieser Leistungen entsprechend betont. Ich glaube, die wohl wichtigsten sozial- und familienpolitischen Maßnahmen der Republik Österreich – damit auch für die Länder – sind die Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds. Seit dem Jahr 1949 werden Kinderbeihilfen an Lohn- und Gehaltsempfänger gezahlt. Daraus hat sich im Jahre 1954 das am 15. Dezember beschlossene Familienlastenausgleichsgesetz entwickelt, das durch Beiträge der Dienstgeber, der Länder und des Bundes finanziert wird. Viele Kapitel, geschätzte Damen und Herren, wurden seit der Einführung der Kinderbeihilfe im Jahre 1949 bis zum Datum 1970 auf dem Gebiete der Familienpolitik nicht geschrieben, wohl in den letzten zwölf Jahren der SPÖ-Alleinregierung Dr. Bruno Kreisky. Hier wurde echt ein neues Kapitel erfolgreicher Familienpolitik aufgeschlagen, ein Kapitel und ein sichtbares Beispiel, wie eine Regierung zum Wohle der Familien handeln kann. (Abg. Dr. Schilcher: „Der Familienlastenaus-

gleichs fonds wurde bis zum letzten Schilling ausgeräumt!“) Die Familie ist die Urzelle – und da werden Sie mir recht geben – der menschlichen Gemeinschaft. Sie hat eine wichtige gesellschaftliche und soziale Funktion; das Ziel sozialistischer Familienpolitik ist es eben, dieser Familie zu helfen und sie in ihrem Bestand zu fördern. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur ein Bild über die Familie, das im Jungbürgerbuch „Die Heimat läßt Dich ein“ vom Landesjugendreferat im Jahre 1965 herausgegeben worden ist, um die Lage der Familie zu illustrieren: Der Verfasser F. M. Kapfhammer zitiert und hält fest: „Die wirtschaftliche Benachteiligung und Verarmung der kinderreichen und jungen kinderwilligen Familien; der höhere Lebensstandard in der industriellen Gesellschaft kommt den Ledigen, den Kinderlosen und den doppelt berufstätigen Eltern zugute. (1965!) Die Familien mit zwei und mehr Kindern haben den geringsten Anteil am steigenden Wohlstand des Volkes. Wird Familien nicht geholfen, so ist die Gesundheit der Familie in Frage gestellt. Am meisten bedroht ist das Familienglück in Österreich auch heute noch durch vielfach unerträgliches Wohnungselend. Verzweiflungsvoll ist die Lage für viele Menschen, die sich aus der quälenden Wohnungsenge nicht mit eigener Kraft befreien können, weil sie den letzten Groschen für ihre Kinder brauchen. Es ist bitter, wenn man gleichzeitig beobachten muß, wie vielfach kinderlose, oft doppelt verdienende Eheleute moderne Wohnungen erhalten, die zum Teil mit öffentlichen Mitteln gebaut worden sind.“ So Kapfhammer vor 17 Jahren. Und heute, geschätzte Damen und Herren? Nach wie vor suchen 53.000 Steirer Wohnraum, suchen Zehntausende Familien Wohnraum – (Abg. Dr. Eichinger: „Zwölf Jahre SPÖ-Wohnbau!“) – menschlichen und finanzierbaren Wohnraum – und Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP-Mehrheit dieses Landtages, verzichten angesichts einer solchen tristen Situation auf das angebotene Bundessonderwohnbauprogramm der SPÖ. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kröll: „12.000 Wohnungen!“) Aber Sie haben Ihre Meinung schnell geändert, denn noch vor einiger Zeit waren es Abfangjäger, Ihre Haltung hat sich schnell geändert, nicht?

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist k. und k. Wohnbau- und Familienpolitik. Sie brauchen nicht annehmen kaiserlich-königlich, sondern Familienpolitik in der Steiermark à la Krainer und Koiner. So handeln Sie für die Familien dieses Landes.

Wie anders handeln da die Sozialisten in diesem Lande. Wir haben die Leistungen für die Familien in diesem Lande von 1970 9 Milliarden Schilling im Jahr 1982 auf 33 Milliarden Schilling erhöht. Das sind sichtbare Leistungen für die Familien dieser Heimat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Die Sozialversicherungsbeiträge sind dafür gestiegen, das müssen Sie auch dazusagen!“) Und an Sie gerichtet, Herr Abgeordneter Ing. Stoisser: Auch im gleichen Zeitraum von 1978 bis zum Jahre 1982 haben wir die Dienstgeberbeiträge von sechs Prozent auf 4,5 Prozent reduziert. Das hat der Wirtschaft 3 Milliarden Schilling gebracht. Na bitte, wenn das keine Leistungen sind!

Wir reden nicht von Familienpolitik, geschätzte Damen und Herren, wir handeln! Und ich glaube, daß vor allem die ländliche Bevölkerung ungleich mehr

profitiert hat aus der erfolgreichen sozialistischen Familienpolitik.

Die Abschaffung der diskriminierenden Kinderabsetzbeträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Familienbeihilfen war eine wichtige Leistung, die vor allem 120.000 bäuerlichen Familien zugute gekommen ist. (Abg. Dr. Schilcher: „Warum habt Ihr den Finanzminister hingeschmissen, der das gemacht hat? War das nicht gut?“) Sehen Sie, wir handeln viel länger und viel gründlicher. Bei Ihnen hat man in kurzer Zeit wesentlich mehr Finanzminister gebraucht. So lange, wie der von Ihnen zitierte Finanzminister sehr erfolgreich für die Arbeitsplatzpolitik dieses Landes gearbeitet hat, so lange hat es bei Ihnen keiner ausgehalten!

Ich möchte hier für die bäuerlichen Familien die besondere Leistung für die Bäuerin, Frau Kollegin Klasnic, erwähnen, die ab 1. Juli dieses Jahres doch die Betriebshilfe beanspruchen kann. (Abg. Klasnic: „Siebzehnmal von Ihrer Fraktion abgelehnt!“) Das sind auch 250 Schilling je Tag für die Zeit vor und nach der Entbindung. Insgesamt 47.250 Schilling mehr für die Bäuerin, wenn sie Mutter wird. Das ist doch eine sichtbare Leistung! (Beifall bei der SPÖ.) Die Familienbeihilfe stellt heute zweifellos – (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Die Pensionisten müssen auf Empfehlung des Finanzministers Holz klauben gehen!“) – Der Herr Finanzminister hat zum Unterschied Ihres Generalsekretärs seine Aussage – (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist Bekämpfung der Armut in Österreich!“ – Abg. Brandl: „Müssen tun sie nicht!“) Nein, nein! Wir haben eine genau Unterscheidung, wir haben zwei verschiedene Namen. Der Herr Finanzminister Salcher hat zum Unterschied des Herrn Generalsekretärs Dr. Graff – (Abg. Dr. Eichinger: „– zum Holz sammeln aufgerufen!“) Nein! – seine Aussage dementiert und klargestellt! Nur, ein Herr Graff ist uns die Dementierung seiner Aussage bis heute schuldig geblieben! Das sind die Tatsachen! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Holzklauberpartei!“ – Abg. Dr. Eichinger: „Armes Österreich!“ – Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Zdarsky: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Halper!“)

Die Möglichkeit, im Wald Holz zu klauben, ist erst denkbar, seit sich die Sozialisten dafür eingesetzt haben, daß es einen offenen Wald gibt. Vorher sind wir ja aus diesem Wald vertrieben worden!

Die Leistungen der Sozialistischen Partei für die Familien dieses Landes können sich sehen lassen, und ich meine, daß die Familienbeihilfe hier einen wichtigen Bestandteil darstellt. Allein im Jahre 1982 wurden für zwei Millionen Kinder 25 Milliarden Schilling an Familienbeihilfen ausbezahlt. Sie haben in vier Jahren ÖVP-Regierung die Familienbeihilfe um 20 Schilling erhöht (Beifall bei der SPÖ.), die Sozialisten von 1970 bis 1982 von 200 auf 1000 Schilling, und wenn ein Kind über zehn Jahre alt ist, auf 1200 Schilling. Wir haben für die behinderten Kinder etwas getan und im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit in Europa Vorbildliches geleistet durch die Einführung des Mutter-Kind-Passes, der Geburtenbeihilfe, und hier sind uns beachtenswerte Leistungen gelungen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Um 40 Prozent weniger Kinder!“) Eine Reihe von Maßnahmen des Familienlastenausgleichs dienen vor allem dazu, jedem Kind die gleiche Chance zu geben, seiner Begabung entspre-

chend Bildung zu erwerben. Wir wollen dabei soziale, aber auch geographische Nachteile möglichst ausgleichen. Dazu zählen vor allem die Schulfreifahrt, die freien Schulbücher; dafür wurden 1982 insgesamt 3,8 Milliarden Schilling ausgegeben. Bei zwei Schulkindern bringt der Staat heute Leistungen von mehr als 7500 Schilling monatlich für Familienbeihilfe, freie Schulfahrt, freie Schulbücher sowie für die Schulkosten. Das sind beachtenswerte Leistungen. Noch zu erwähnen: Karenzurlaub, Unterhaltsbevorschussung, viele wertvolle Leistungen für unsere Familien. (Abg. Ing. Turek: „Wie lange noch?“) All dies sind Leistungen für die österreichischen Familien, für unsere Kinder, für die Zukunft dieses Landes. So handeln Sozialisten, wenn sie Familienpolitik betreiben! (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte nicht erwähnen, wie Konservative handeln, ein Herr Kohl hat als erste Maßnahme die Rückstellung der Pensionsdynamik auf sechs Monate vorgesehen und ist sofort in bester Gesellschaft mit einer Frau Thatcher und Präsident Reagan gewesen, die Kindergelder zu kürzen, die Familiengelder zu kürzen, die Wohnungsgelder zu kürzen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die halbe Wahrheit!“ – Abg. Brandl: „Konservative Familienpolitik!“) Das ist der Kurswechsel, den Sie anstreben! Den brauchen wir in Österreich nicht, deshalb sind wir weiter für den sozialistischen Weg, für erfolgreiche Familienpolitik in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hammer:** Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Frau Präsident!

Ich hoffe, daß sich jetzt die Gemüter wieder etwas beruhigen. (Abg. Aichhofer: „Sonst fahren wir nicht nach Eisenerz!“) Du kommst sicher gerne, denn das haben wir schon ausgedet.

Die Situation im Sozialwesen, in der Hilfestellung, in der Hilfeleistung ist sehr differenziert. Es gibt viele gesetzliche Voraussetzungen, Einrichtungen, Institutionen, und trotzdem passiert es immer wieder, daß es Bevölkerungsschichten gibt, Einzelpersonen, Gruppen, die nicht in den Genuß dieser Einrichtungen kommen, weil sie von sich aus glauben, daß diese Einrichtungen für sie gar nicht geschaffen seien, weil es Unwissenheit ist, weil es Schüchternheit, Zurückhaltung ist, diese Leistungen, die ihnen auch zustehen und für die sie ja gemacht wurden, in Anspruch zu nehmen. Auf Initiative der Stadtgemeinde Eisenerz und des regionalen Entwicklungsverbandes war es möglich, ein Gemeinwesenarbeitsprojektmodell in Eisenerz zu installieren, das vom Bundeskanzleramt, vom Sozialministerium finanziert wird in dankenswerter Weise – das war die Voraussetzung dieser Zusage durch Landesrat Gruber. Hier wird versucht, diese Menschen zu motivieren, um ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen und zu versuchen, es zu lösen. Es wird Hilfestellung geboten bei der Altenbetreuung, damit die Alten sich selbst nicht fallen lassen und eben sagen: Wir sind alt, und mit uns ist nichts anzufangen. Es gibt auf Grund einer IFES-Erhebung in der Stadt Eisenerz 72 Vereine, und trotzdem gibt es noch immer eine Reihe von Personen, die nicht in diesen Vereinen integriert sind, die auch wesentliche gesellschaftspolitische Arbeit leisten. Deshalb wurde dieser Modellversuch in Eisenerz gestartet.

Er ist der einzige dieser Größenordnung in einer Gemeinde in Österreich. Es wird versucht, auch die Jugend, die durchaus integrationsbereit ist, aber in den bestehenden Formen der Vereinigungen, der Organisationen bisher kein Zuhause gefunden hat, zu motivieren, sich selbst zu gestalten, ihre Freizeit, ihren Tagesablauf, und dabei wird auch große Hilfe von der Stadtgemeinde Eisenerz geleistet. Es wird in Kürze ein Jugendzentrum eingerichtet werden, das die Jugend von sich aus – unter Betreuung natürlich – verwalten soll. Auch hier wird versucht, für Behinderte Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen, die sie dann selbst tragen sollen, wo sie den Wert ihrer eigenen Persönlichkeit, der durch Behindertsein eingeschränkt ist, aber trotzdem noch immer so groß ist, daß sie etwas produzieren können, wieder entdecken. Dieser Modellversuch hat eine Laufzeit von vorerst einmal drei Jahren. Hier soll der Versuch unternommen werden, daß diese Personen so weit kommen, daß sie nach drei Jahren selbst weiterbestehen können, daß sie selbst ihre Probleme in die Hand nehmen können. Ich glaube, hier ist das Geld sicher sehr gut angelegt im Interesse dieser Personen, die man versucht, zu erfassen. Es gibt einen ständigen Beirat mit Wissenschaftlern und Vertretern öffentlicher Körperschaften, die diese Arbeit und Aufgabenstellung kontrollieren. Wir wußten von vornherein, als wir diesen Modellversuch starteten, daß es sehr schwierig sein wird, hier entsprechend Fuß zu fassen. Aber nunmehr, nach einem Jahr Laufzeit, können wir sicherlich feststellen, daß es ein sehr sinnvoller Versuch ist, daß hier das Geld gut angelegt ist im Interesse dieser Personen und daß er diesen Personenkreis anspricht. Wir hoffen, daß sich die ersten Erfolge weiter fortsetzen, um diesen Leuten eine entsprechende Hilfestellung geben zu können.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch noch ein Wort zu einem anderen Problem. Wir haben in diesem Kapitel auch die Maßnahmen zur Katastrophenhilfe. Hier möchte ich besonders darauf verweisen, daß die caritativen Organisationen Großartiges geleistet haben im heurigen Sommer zur Zeit der großen Unwetterkatastrophen, die über Parschlug, Oberaich, Vornau hereingebrochen sind. Es wurden Spendenaktionen ins Leben gerufen, die sehr wesentliche Mittel bereitgestellt haben. Die Caritas hat eine Spendenaktion mit über 900.000 Schilling gebracht, und es wurden insgesamt von der Caritas etwa 1,3 Millionen Schilling an die Geschädigten ausbezahlt. Es hat die Soziale Volkshilfe ebenfalls eine Spendenaktion ins Leben gerufen und hat 300.000 Schilling an Betroffene ausbezahlt. Dazu kommen noch 500.000 Schilling an Sach- und Materialwerten, die diesen Leuten für die Abwendung der ersten Unweterschäden zur Verfügung gestellt wurden. Dazu kommen noch eine Reihe von Direkthilfen an betroffene Familien. Das Rote Kreuz stand im Einsatz und hat die Betreuungs- und Hilfsmannschaften dort verpflegt, hat mitgeholfen, diese Schäden zu beseitigen und den Betroffenen den Mut zum Weitermachen gegeben. Sicherlich kann durch diese finanziellen Zuwendungen der große Schaden einstweilen abgewendet oder ersetzt werden, aber der immaterielle Schaden, der entstanden ist, der ideelle Schaden, den die Leute durch diese schweren Unwetterkatastrophen erlitten haben, ist nur damit zu ermessen, wenn man wirklich diese Katastrophen sieht.

Viele haben sich ja selbst davon überzeugt. Wenn man das sieht, wie einem Häuslbauer, der sich das Haus aufgebaut hat, mit seiner eigenen Arbeitskraft geschuftet hat, in wenigen Minuten dieses Werk, das sein Lebenswerk war, zerstört wurde, diesen Damen und Herren unseres Landes gebührt unsere Aufmerksamkeit und unsere Anteilnahme.

Meine Damen und Herren, aber auch das Land hat wesentliche Mittel zur Verfügung gestellt und mit dem Land der Bund genauso. Es wurden bisher 45 Millionen Schilling der Katastrophenhilfe flüssiggestellt, und der Bund hat ebenfalls 45 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, und bis zum 30. November 1982 wurden über 63 Millionen Schilling an die Betroffenen ausbezahlt. Diese Mittel flossen in der Hauptsache jenen Geschädigten zu, die in der Obersteiermark besonders hart betroffen wurden. In der gesamten Steiermark wurden 243 Gemeinden betroffen, denen insgesamt an Brücken, Straßen und Wegen ein Schaden von über 58 Millionen Schilling entstanden ist.

Meine Damen und Herren, wir können vom Gesetzgeber her nur die Voraussetzungen schaffen, damit solche Unwetter nicht wieder passieren. Wir können das nicht verhindern, sondern wir können nur Abhilfe durch gesetzliche Hilfsmaßnahmen schaffen. Und da darf ich wohl den Appell anbringen, daß wir in Zukunft versuchen, von vornherein zu schauen, daß solche Unwetterschäden sich in möglichst geregelten Bahnen bewegen können – soweit man das überhaupt beeinflussen kann. Aber ich glaube doch, daß der Schutzwasserbau hier eine besondere Bedeutung und Wirkung haben kann, und ich darf nur hoffen, wenn man das alles sieht, wer betroffen war, was das an Allgemeingut kostet, daß man im Schutzwasserbau rasch und vernünftig reagiert und sich nicht durch irgendwelche Emotionen leiten läßt und die Dinge verzögert und auf die lange Bank schiebt, sondern daß man hier wirklich rasch und entschlossen eingreift, um diese Dinge in den Griff zu bekommen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich deshalb gemeldet, um in aller Kürze, aber auch mit ganzer Deutlichkeit zwei Dinge anzubringen. Zuerst ein ernstes Wort zum Herrn Kollegen Halper. Er hat Professor Kapfhammer zitiert. Ich würde ihn bitten, auch das zu lesen oder zu zitieren, was dieser im nächsten Teil seiner Rede beziehungsweise in seinem Artikel gesagt hat, nämlich, daß Familien ab dem dritten Kind innerhalb der letzten zehn Jahre in Österreich mit ihrem Familieneinkommen unter die Armutsgrenze gekommen sind. Und zwar, wenn ich ein Durchschnittseinkommen von 12.000 bis 13.000 Schilling rechne, ab dem dritten Kind – für fünf Personen also – kommt pro Person ein Einkommen von nicht einmal 2500 Schilling heraus, und der Ausgleichszulagenrichtsatz liegt, wie Sie alle wissen, zur Zeit bei 3900 Schilling für eine alleinstehende Person und bei 5800 Schilling oder so etwas für ein Ehepaar. Das heißt, die Situation der Familie hat sich an diesem ganz konkreten Beispiel nicht verbessert, sondern ver-

schlechtert, und dann bitte ich Sie, noch ein Zweites dazuzusagen: Immer, wenn Sie von der Erhöhung der Familienbeihilfe reden, bitte, sagen Sie auch dazu, daß mit Einführung der erhöhten Familienbeihilfe, die durchaus positiv ist, zur selben Zeit die Steuererleichterungen für die Familie abgeschafft wurden. (Abg. Ileschitz: „Das ist ja nicht wahr!“ – Abg. Brandl: „Verstehen Sie doch endlich: Steuererleichterung!“) Das heißt, es zahlt jeder gleich viel Steuer, ob er allein ist oder fünf Kinder hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Viele tausend Familien haben durch die neue erhöhte Familienbeihilfe jenen Teil nicht hereinbekommen, den sie in der Steuererleichterung vorher hatten. Es ist also nicht ganz so einfach, schwarz und weiß zu malen, sondern man muß dazwischen schon auch die Grautöne sehen. (Abg. Dr. Horvatek: „Richtig, Herr Kollege, Sie machen es aber doch!“)

Das Zweite, was ich in aller Kürze sagen wollte: Bitte, teilen Sie nicht Zensuren aus, Herr Kollege Dr. Horvatek. (Abg. Dr. Horvatek: „Sie tun es ja auch dauernd!“) Nein, überhaupt nicht! Ich habe ihn gebeten, in seiner Argumentation die zweite Seite auch zu berücksichtigen. Das ist eine andere Art, als wenn Sie mir dauernd vorwerfen, wie dumm oder wie ungeschickt man hier agiert. Das ist nicht der Stil dieses Hauses. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Horvatek: „Das habe ich nicht gesagt! Werfen Sie mir nicht etwas vor, was ich nicht gesagt habe!“) Was ist da noch der Unterschied? (Abg. Dr. Horvatek: „Das Wort dumm habe ich nicht gesagt!“)

Darf ich in aller Kürze noch eine Sache anbringen, bei der ich glaube, daß sie uns in diesem Haus doch wieder eine gemeinsame Meinung bringen kann. Wir haben vom Land Steiermark eine Sozialgruppe unterstützt, die großartige Arbeit leistet. Es ist hier darüber schon viel gesprochen worden, ich möchte nur einige Ziffern nennen. Die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder hat im Hirtenkloster, wie Sie wissen, ein Heim – einen Sonderkindergarten – errichtet und hat insgesamt in den Jahren seines Bestehens – und das wollte ich zur Plastizität der Sache hier sagen – 30 Millionen Schilling investiert.

Und jetzt wird es interessant: Die Hälfte davon, also 15 Millionen Schilling, aller bisherigen Investitionen dieser Vereinigung – ich rede nicht von der Landes-Sonderschule, die ganz getrennt finanziert worden ist – hat die Vereinigung durch Sammlungen und öffentliche Aktionen zusammengekratzt und zusammengeholt. Das ist eine echte Subsidiarität, eine großartige Sache, daß hier von privater Seite so viel zusätzlich für eine öffentliche Aufgabe, nämlich die Betreuung und Ausbildung behinderter Kinder, gesammelt wurde. Auf diese Tatsache stütze ich mein Ersuchen an dieses Hohe Haus und an den Herrn Landesrat Gruber, für die nächste Bauetappe, nämlich den Westtrakt des Hirtenklosters, in dem untergebracht werden sollen: der Sonderkindergarten, der seinerzeit im Morreschlößl war, und zwei Geschosse für Wohngruppen für Kinder, die zu viert in einem Zimmer untergebracht werden sollen, eine Bausubvention vorzusehen. Wir haben Ihnen, Herr Landesrat, im Vorjahr die Pläne vorgelegt. Es ist nach wie vor keine Bausubvention möglich gewesen. Es ist verständlich, daß es Dinge gibt, die eben eine gewisse Reihenfolge haben, eines ist aber nicht verständlich, daß diese Vereinigung auf

Dauer keine Bausubvention vom Sozialreferat des Landes bekommen kann. Und daher die Bitte: Für den zweiten Teil, Ausbau des Westtraktes, werden wiederum rund 35 Millionen Schilling notwendig sein. Der Finanzierungsvorschlag, der Ihnen vorliegt, sieht vor, daß Kredite der Steiermärkischen Sparkasse und Wohnbauförderung etwa je zur Hälfte 25 Millionen Schilling ausmachen, an Subventionen oder Spenden ist jetzt ein Posten von 10 Millionen Schilling vorgesehen. Wir alle wissen, wie schwer Spenden jetzt in dieser Zeit zu bekommen sind, auch für eine so großartige menschliche Sache. Daher das Anliegen noch einmal vorgebracht: Ab 1984 doch nun endlich nach sieben oder acht Jahren auch eine Bausubvention – die laufenden Gebühren wurden Vorbildlich vom Land geregelt und auch bezahlt, das ist überhaupt keine Frage – vorzusehen, denn sonst kann diese Institution, die so viel geleistet hat, ihre Arbeit im Dienste der Kinder in Zukunft nicht ordnungsgemäß ausüben. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

**Abg. Trampusch:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Sozialhilfe und insbesondere der weitere Ausbau sozialer Dienste steht außer Zweifel und kann auch nicht Gegenstand von Auseinandersetzungen in diesem Hohen Hause sein. Ich möchte aber zu einem Bereich der Sozialhilfe Stellung nehmen, wo es doch unterschiedliche Auffassungen gibt. Träger der Sozialhilfe in der Steiermark ist bekanntlich einerseits das Land mit dem langjährigen und bewährten Sozialreferenten Landesrat Sepp Gruber an der Spitze, und sind andererseits die Gemeinden über die Sozialhilfeverbände. Beide sind Träger der Sozialhilfe. Während sich die im Landtag vertretenen Parteien seinerzeit bei der Gesetzeswerdung über die materiell-rechtlichen Belange weitestgehend einig waren und es auch heute noch sind, gab und gibt es bezüglich der Organisation der Sozialhilfe wesentliche Auffassungsunterschiede. Während die ÖVP damals mehrheitlich ihre Auffassung durchgesetzt hat, daß der jeweilige Bezirkshauptmann automatisch der Obmann des Sozialhilfeverbandes mit Sitz und Stimme im Verbandsausschuß zu sein hat, vertrat und vertritt die SPÖ die Meinung, daß es sich bei den Sozialhilfeverbänden um Gemeindeverbände nach Artikel 116 der Bundesverfassung handelt. Demnach steht den Gemeinden auch ein maßgeblicher Einfluß auf die Besorgung der Aufgaben des Sozialhilfeverbandes zu. Der Vorsitzende des Verbandes wäre daher sinngemäß aus der Mitte der Versammlung heraus frei zu wählen und nicht durch einen Beamten automatisch zu besetzen. (Abg. Aichhofer: „Er ist ja nur Vorsitzender und hat kein Stimmrecht!“) Nach unserer Auffassung käme dem Bezirkshauptmann die Funktion eines Geschäftsführers und nicht die eines Obmannes des Verbandes zu. Es ist eigentlich paradox, daß ein frei gewählter steirischer Bürgermeister, wenn er sein Gemeinderatsmandat nicht ausübt, wenn er ein sogenannter Volksbürgermeister ist, dieser Versammlung nicht angehören darf, während der Bezirkshauptmann dort den Vorsitz führt. Nach der derzeitigen Regelung

entspricht auch die Zusammensetzung der Versammlung in vielen steirischen Bezirken dem politischen Kräfteverhältnis. Die sozialistischen Abgeordneten dieses Hohen Hauses werden daher auch weiterhin für eine Änderung der Organisation der Sozialhilfeverbände eintreten. In diesem Sinne war auch der Resolutionsantrag zu verstehen, der von den sozialistischen Abgeordneten im Finanz-Ausschuß eingebracht wurde und der vorsah, daß den Sozialhilfeverbänden die Personalhoheit über jene Bedienstete übertragen werden soll, die in Heimen von Sozialhilfeverbänden, also von Gemeindeverbänden, tätig sind. Dieser Resolutionsantrag wurde dankenswerterweise von der FPÖ-Fraktion unterstützt, ist aber in der Minderheit geblieben. Es ist bekannt, daß auch ÖVP-Bürgermeister gerne sehen würden, daß Kommunalfunktionäre in den Sozialhilfeverbänden stärkere Mitspracherechte hätten. Wir werden weiterhin für die notwendig scheinende Änderung des Organisationsrechtes eintreten. Ich darf aber noch feststellen, damit es keine Mißverständnisse gibt, daß wir uns über dieses Organisationsrecht nicht einig sind, wohl aber über die notwendigen Maßnahmen der Sozialhilfe, insbesondere den Ausbau der sozialen Dienste durch verstärkte Hauskrankenpflege, Essenzustelldienste, organisierte Nachbarschaftshilfen, durch den Einsatz von Altenhelferinnen usw. einig sind.

Ich darf aber, nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Maitz vor mir gesprochen und davon geredet hat, man möge immer beide Seiten hören, dies zum Anlaß nehmen, doch etwas anzuhängen, was ich ursprünglich nicht sagen wollte. Herr Abgeordneter, Sie haben im Zusammenhang mit der Erhöhung der Familienbeihilfen und dem Wegfall der Steuererleichterungen gesagt, daß es ungerecht sei. Ich pflichte Ihnen bei. Bei einem Einkommen von 30.000 Schilling spielt die Steuerprogression sicherlich eine besondere Rolle, wenn für jedes Kind eine Steuererleichterung gegeben wird. Aber dem kleinen Verdiener hat diese Regelung, die die sozialistische Bundesregierung durchgesetzt hat, sicherlich mehr gebracht als dem Großverdiener. Das wollten wir auch so, und dazu bekennen wir uns auch. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Es beginnt die Lohnsteuertabelle bereits bei 3500 Schilling!“ – Abg. Brandl: „Da kennen Sie die Tabelle nicht!“) Herr Abgeordneter Ing. Stoisser, ich bin für den Zwischenruf sehr dankbar, denn ich habe gerade aus meinem linken Säckel die steirische Wirtschaftszeitung vom September 1982 genommen. Dort ist ein Artikel über die Wirtschaftspolitik des Herrn Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff abgedruckt und auszugsweise wiedergegeben. Dort wird davon gesprochen, daß es eine sehr gute Sache sei, und es wird hier wörtlich zitiert: „Wie überwinden wir die Arbeitslosigkeit der achtziger Jahre?“ An dieser Frage allein orientiert Graf Lambsdorff seine Vorschläge, läßt Begriffe wie soziale Ausgewogenheit bewußt am Rande, und da unterscheiden wir uns auch, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist das falsche Säckel!“) Ich kann gerne wieder auf Österreich zurückkommen und noch einmal den Herrn Abgeordneten Dr. Maitz zitieren mit seiner Forderung, die zweite Seite des Argumentes zu hören. Er hat in seiner Generalrede den Ausspruch Salchers zitiert, daß man doch Holz sammeln möge. Jetzt darf ich offen und ehrlich sagen, man muß auch hier die zweite Seite



hören, denn das ist in einem ganz anderen Zusammenhang zu sehen. Minister Salcher hat an alle Landeshauptleute und auch an den Herrn Landeshauptmann der Steiermark, Herrn Dr. Krainer, einen Brief geschrieben, und ich darf, um Ihrer Aufforderung nachzukommen, beide Seiten zu hören, auszugsweise daraus zitieren. Der Brief stammt vom 4. November 1982 und ist an den sehr geehrten Herrn Landeshauptmann gerichtet. Minister Salcher führt eingangs an, daß die Berechnungsregeln in den einschlägigen Bundesgesetzen für 1983 eine Pensionserhöhung von 5,1 Prozent ergeben hätten. „Im Einvernehmen mit mir hat doch der Bundesminister für soziale Verwaltung die Richtsatzserhöhung für 1983 mit 5,5 Prozent festgelegt. Trotzdem“, heißt es da weiter in dem Brief, „ist eine Reihe von Ausgleichszulagenempfängern mit sozialen Härten konfrontiert, weil gewisse Aufwendungen überdurchschnittlich gestiegen sind. Das gilt vor allem für jene Pensionisten, die ihre Wohnung mit Öl heizen müssen. Eine generelle Regelung, etwa durch einen besonderen Heizkostenzuschuß, würde den tatsächlichen Verhältnissen jedoch nicht gerecht werden. Es gibt nämlich Pensionisten“, – da hören Sie bitte zu, wie das wirklich gemeint war – „deren gesamte Heizkosten durch ein Ausgedinge abgegolten sind, andere wieder, etwa im ländlichen Bereich, sammeln sich das Holz selbst.“ (Abg. Brandl: „Das stimmt!“) Das war eine Feststellung und keine Aufforderung. Das verwechseln Sie, meine Herren von der ÖVP. (Abg. Schrammel: „Das ist der moderne Sozialstaat!“) Eine Feststellung ist keine Aufforderung!

Ich darf noch einen Satz zitieren. „Nach der Kompetenzlage des Bundesverfassungsgesetzes wäre die Aufgabe der Bundesländer, besondere Härtefälle im Rahmen der Sozialhilfe auszugleichen. Beim jeweiligen Landessozialreferenten soll daher ein Unterstützungsfonds ohne Rechtspersönlichkeit eingerichtet werden. Aus diesem Fonds sollen Zahlungen geleistet werden, um diese sozialen Härten auszugleichen. Leistungsempfänger sollen Pensionisten usw. sein.“ Hier wird vorgeschlagen, daß nach der Volkszählung der Bund 4 Schilling pro Einwohner in diesen Fonds einbringt und die Länder genau das gleiche. Der Brief endet: „Da die Budgetberatungen im Nationalrat bereits begonnen haben und im Falle Ihrer Zustimmung ein Budgetansatz vorzusehen wäre, bitte ich Sie um eine möglichst rasche Erledigung.“ Das ist der ganze Brief mit der Aufforderung, das Land möge bei dieser Aktion mitmachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme schon zum Schluß. Ich würde nicht so sehr auf diesen Satz drängen, denn Sie, meine Herren von der ÖVP, waren so stolz, als in der Bundesrepublik Deutschland ein Machtwechsel zugunsten der CDU und CSU durchgeführt wurde. Und wissen Sie, was diese Regierung gemacht hat? Sie hat die Pensionen für sechs Monate eingefroren. Und in Österreich sind sie um 5,5 Prozent erhöht worden! (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die halbe Wahrheit!“) Das ist eine Gegenüberstellung sozialistischer und konservativer Politik. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Ich gebe dem Hohen Haus bekannt, daß der Landwirtschafts-Ausschuß drei Geschäftsstücke wegen gegebener Dringlichkeit noch während dieser Landtagssitzung behandeln und sodann dem Hohen Haus antragstellend berichten will.

Es sind dies:

1. die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 240/3, zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Prutsch, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Gewährung einer raschen Hilfe für die Unwettergeschädigten vom 26. und 27. Juni 1982;

2. die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 259/1, Beilage Nr. 28, betreffend das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 1964 geändert wird;

3. die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Ebenfalls wegen gegebener Dringlichkeit sollen der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 293/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds, und der Finanz-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/1, über den Ankauf des Berufsschulzentrums Graz-St. Peter von der Stadtgemeinde Graz und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 282/1, Beilage Nr. 31, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark behandeln.

Außerdem hätte der am 1. Dezember 1982 gewählte Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenzutreten.

Ich ersuche daher die Mitglieder des Landwirtschafts-Ausschusses, des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz, des Finanz-Ausschusses und des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses zur Durchführung ihrer Arbeitssitzungen, sich um 14 Uhr im Rittersaal einzufinden.

Außerdem berufe ich den Gemeinde- und Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die Punkt 14 Uhr beginnen wird. Dieser Ausschuß wird anschließend seine erste Arbeitssitzung abhalten.

Ich unterbreche die Sitzung also de facto bis 15 Uhr. Um 14 Uhr treten die Ausschüsse zusammen.

**Präsident Feldgrill:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf (15 Uhr). Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karrer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich mich zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt, gemeldet habe, dann gibt es einige Punkte, wo ich glaube, daß sie auch hier in diesem Hohen Hause einmal aufgezeigt werden müssen.

Vielleicht vorweg: Es ist heute vormittag zu der Gruppe ja viel gesprochen worden, und die sozialen Belange wurden von allen Seiten beleuchtet. Was mich persönlich in der Gruppe überhaupt gestört hat, meine Damen und Herren, sage ich ganz offen, das war, daß zu diesem Problem über die Hilfe für unsere Mitmenschen, namentlich für behinderte Mitmenschen, leider Gottes auch die Politik hineingezogen wird. Ich glaube, wir haben hier in diesem Hohen Haus in den drei Tagen genügend Gelegenheit, über unsere politischen Belange, sei es nun positiv oder negativ, sei es von der konservativen Seite oder eben von unserer, zu spre-

chen, aber ich glaube, über das Problem der sozialen Belange unserer Mitmenschen sollte man – (Abg. Ing. Turek: „Was ist Eure Seite?“) Kollege Turek, wenn du meinst, was unsere Seite ist: Ich habe gesagt, die konservative und die sozialistische. (Abg. Ing. Turek: „Untersuchen wir einmal, wer jetzt konservativ ist.“ – Abg. Dr. Strenitz: „Sie fangen schon wieder an, Kollege Turek!“) Kollege Turek, ich möchte sagen, ich zähle mich zu der zweiten Gruppe, zu den Fortschrittlichen. Wo du dich dazuzählst, ist deine persönliche Sache!

Aber, meine Damen und Herren, wir behandeln hier Probleme auf Grund von Gesetzesvorlagen, die zum Teil ja vom Bund, aber doch überwiegend Landessache sind und es daher auch von uns möglich wäre, sie zu beeinflussen. So ist es anschaulich, wenn man den Bericht, und zwar den Sozialbericht, den die Steiermärkische Landesregierung – und der Herr Landesrat Gruber war hier natürlich in seinem Ressort federführend – im November herausgegeben hat, liest, in dem man ja eine solche Fülle von positiven Aspekten erkennen kann, und das hat mich auch zu meiner eingangs gemachten Feststellung bewogen, daß man hier nicht politisch arbeiten soll.

Es wird aufgezeigt, wo wir in unserer sozialen Betreuung liegen, was noch zu verbessern ist. Kurzum, ich glaube, wir müssen sagen, wenn wir auch im Vordergrund zu treffen sind, daß wir letzten Endes nicht alles machen konnten. Es ist zum Teil auch ein finanzielles Problem, nicht nur vom Land allein, sondern es spielen auch familiäre Überlegungen eine große Rolle. Denn die Betreuung kann ja nicht nur von der öffentlichen Hand kommen, sondern hier spielen die Vereinigungen und die caritativen Einrichtungen in dem Land oder überhaupt in unserem gesamten Wohnbereich eine sehr starke Rolle.

Und wenn hier der Herr Landesrat Gruber als der verantwortliche Referent für die Betreuung dieser Menschen verantwortlich zeichnet, dann, meine Damen und Herren, darf ich sagen, es ist vielleicht nicht so von ungefähr, wer in der Person des Referenten dahintersteckt. Ich für meinen Teil – und das, glaube ich, kann ich für viele sagen, zumindest auch für jene Gruppe in unserem steirischen Land, die davon betroffen ist – möchte feststellen, wir wissen, was hier geleistet wird und wer mit ihnen mitfühlen kann.

So darf ich auch sagen, daß die Umorganisation vielleicht ein sehr wesentlicher Punkt war, daß der Begriff „Fürsorge“ auf Grund der Novellierung weggekommen ist. Denn der Begriff „Fürsorge“ – das wissen Sie alle ganz genau – hatte doch einen faden Beigeschmack in der Bevölkerung, und ich glaube, daß es so gut war.

Es wird in dem Bericht auch aufgezeigt, daß natürlich bei den verschiedenen Möglichkeiten in unseren Lebensbereichen und auf Grund der Altersstruktur, in der wir uns befinden, versucht wird, nachzuweisen, daß in einem bestimmten Jahr – etwa im Jahr 2000 – zirka 800.000 Menschen in Österreich sein werden, die das 70. Lebensjahr überschritten haben. Davon abgeleitet wird natürlich auch die soziale Hilfe umfangreicher und in der Zahl größer. Daß wir hier nicht Schritt halten können, das weiß ich schon. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, der Hauptgrund, warum

diese Entwicklung so eintritt, liegt doch darin, daß auch eine soziale Sicherheit in unserem Land Platz gegriffen hat und daß diese Sicherheit verbreitet wurde. Die Betreuung in unserer Heimat spielt eine wesentliche Rolle.

Schauen Sie, im Jahr 1979 wurden vom Referat Landesrat Gruber aus je Kopf zirka 700 Schilling an Leistung aufgewendet. Im Jahr 1970 – also neun Jahre vorher – waren es 251 Schilling. Man sieht schon daraus die kolossale Steigerung und, meine Damen und Herren, die Steigerung deshalb, weil auch die Betreuung eine andere geworden ist.

Und so lassen Sie mich zu meinem eigentlichen Zweck in der Betreuung kommen, nur eine kleine Sparte davon, das sind die Landesaltenpflegeheime. Wir haben vier landeseigene Heime mit einer Bettenzahl von etwa 980 Betten, und die wurden namentlich in den letzten vergangenen zehn Jahren umgebaut und modernisiert. Dieser Umbau kostete doch immerhin nicht ganz 400 Millionen Schilling. Also, meine Damen und Herren, eine Summe, die wert ist, daß man sie aufzeigt. Durch den Umbau und die Umgestaltung dieser vier Heime ist ja etwas Kolossales geschehen, denn das waren ja alles Bauwerke, die mindestens weit über 50 Jahre alt waren, das heißt, sie waren in ihrem Urzustand nach der jetzigen Betreuung und nach den jetzigen Unterbringungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichend. Und so war es, glaube ich, doch recht und billig, und das hat der Herr Landesrat Gruber meines Erachtens als eines seiner obersten Ziele vorangestellt, daß hier in den Heimen ein menschenwürdiges Wohnen Platz greifen muß.

Denn, meine Damen und Herren, wenn ich mich zurückerinnere – und der Herr Kollege Dr. Eichtinger wird mir hier recht geben müssen –, daß das Heim Kindberg ja unter dem Namen „Siechenhaus“ geführt worden ist und daß in dem „Siechenhaus“ beileibe kein menschenwürdiges Hausen möglich war. Das ist so weit gegangen, daß wir, sicher zeitweise verschiedenen, katastrophale Zustände hatten, und ich darf sagen, daß die Sterblichkeit in dem seinerzeitigen „Siechenhaus“ in Kindberg in der Zeit von 1938 bis 1945 gigantisch war. Das hat so weit geführt, daß dort auch die Betreuung der Behinderten fast keine Rolle mehr gespielt hat, weil eben eine Einlieferung zur damaligen Zeit mit einer sehr kurzen Lebensdauer in dem Heim verbunden war. Das wußten die Menschen nicht nur in Kindberg, sondern das wußten sie auch alle in unserem gesamten Bundesland, von wo sie ja zusammengeführt worden sind. Und daher, meine Damen und Herren, war es eine Leistung durch das Sozialland, daß mit dem aufgeräumt worden ist. Wenn das auch baulich vor sich gegangen ist, dann nicht aber in der Meinung der Bevölkerung. Das hat sehr lange gedauert, und – das sage ich ganz offen – wir haben es bis heute noch nicht ganz weggebracht, daß es nun ein modernes Heim geworden ist, wo behinderte Menschen eine Aufnahme finden und wo sie auch dementsprechend versorgt werden. Es ist heute schon davon gesprochen worden, daß die Versorgung vielleicht nicht überall ganz ausreicht, aber das ist ja nicht möglich, daß in relativ kurzer Zeit auch alles, auch die menschliche Seite von der Betreuung her, in Ordnung gebracht werden kann. Das ist ja auch – wie gesagt – ein finanzielles Problem.

Aber eines, meine Damen und Herren, darf ich sagen: Der Charakter des Heimes in Kindberg hat sich doch so geändert, die Führung, die Unterbringung und die Betreuung – auch technisch-medizinisch –, daß wir heute von keinem Heim, sondern fast von einem Sanatorium sprechen können. Es gibt Leute, die sich finanziell sicher eine andere Bleibe irgendwo finanzieren könnten. Nein, sie gehen in das Landesaltenpflegeheim Kindberg, kaufen sich dort ein. Wenn ich sage kaufen, so meine ich, daß sie auch bereit sind, den vollen Kostenbeitrag zu zahlen, nur damit sie dort in ihrer Heimat verbleiben können, und wo sie auch die Gewißheit haben, daß sie ihr Leben menschenwürdig führen können. Es geht sogar so weit, daß die Menschen in diesem Heim frei sind, was früher auch nicht der Fall war. Es passiert, das ist das Schöne, daß sie für längere Zeit aus dem Heim heraus können, daß sie quasi einen Urlaub bekommen und daß sie auch am übrigen Leben außerhalb des Heimes teilnehmen können. Das war früher nicht möglich. Ich will nicht auf die finanziellen Probleme des Heimes eingehen. Es wird finanziell doch bewerkstelligt, entweder direkt oder durch Zuschüsse, und dazu ist die Organisation so geschaffen worden, daß dem Insassen mindestens 20 Prozent seines Einkommens als Taschengeld verbleiben müssen. Der Referent, der Herr Landesrat Gruber (Abg. Dr. Eichtinger: „Zum fünften Mal!“) – Herr Kollege Dr. Eichtinger, wenn du sagst, den Landesrat Gruber habe ich zum fünften Mal erwähnt, dann deswegen, weil es sein persönliches Interesse ist, dem Mitmenschen Hilfe zu geben. Anfangs habe ich gemeint: keine Politik auf diesem Sektor, sondern Dank dem Referenten, der mit den Menschen mitfühlt, diese Leistung, die nicht nur unser Land, sondern alle ins Blickfeld bringt, und zwar in der obersten Skala. Ich danke nochmals für den Ausbau, für die Umgestaltung, die Modernisierung dieser vier Landesheime in unserer Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

**Präsident Zdarsky:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich mit Absicht als letzte Rednerin zur Gruppe 4 gemeldet, weil ich zu einer Gruppe von Menschen sprechen möchte, für die im Budget eigentlich die Gruppe 4 aber auch die Gruppe 5 zuständig sind. Erlauben Sie mir, daß ich aus Zeitersparnis diese beiden Gruppen zusammenfasse. Im Rahmen der vom Land Steiermark zu erbringenden Pflichtleistungen nach dem Sozialhilfegesetz sind in Vollziehung des Paragraphen 29 Absatz 1 sieben Sachbearbeiter tätig. Die Tätigkeit erstreckt sich auf die Feststellung der Hilfsbedürftigkeit und Anstaltspflegebedürftigkeit von Geisteskranken, Geistesschwachen, Epileptikern, Alkoholikern, Süchtigen, Körperbehinderten und dergleichen. Darnach erfolgt die Aufnahme in die landeseigenen Pflegeheime und auch die Kostenübernahmeerklärung für die Aufnahme in eine fremde Anstalt. Bei dieser Betreuung werden laufend zirka 2900 Fälle behandelt. Die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes wird in diesen Fällen mit Bescheid ausgesprochen. Zu diesem Personenkreis von Unterstützten zählen auch die in psychiatrischer Außenpflege untergebrachten 143 Personen.

Eine sehr große Summe unseres Landesbudgets ist im Voranschlag 1983 unter verschiedenen Posten der Gruppen 4 und 5 für diese Ausgaben vorgemerkt. Für diese Ausgaben besteht kein Regreßanspruch. Wohl wird ein Teil der Kosten von den Sozialhilfeverbänden getragen und werden damit oft die Bezirke sehr belastet. Auf jeden Fall wird aber das Geld vom Steuerzahler aufgebracht.

Das Krankheitsbild der hilfebedürftigen Mitmenschen ist sehr vielfältig. Es gliedert sich in eine größere Gruppe jener Personen, die vor allem altersbedingt an Behinderungen leiden und die nicht wegen einer bestimmten Behinderung oder Krankheit, sondern einfach aus Alters- und Versorgungsgründen in einer Anstalt leben, und in eine kleinere Gruppe meist Schwerbehinderter, deren Pflege nicht mehr im Rahmen der Familie oder des Verwandten- oder Bekanntenkreises bewältigt wird. Zur ersteren Gruppe zählen besonders viele Frauen.

Keine geringe Anzahl von Patienten befindet sich aber in Anstalten, weil diese Patienten ihre psychische Gesundheit verloren haben, verbunden mit starken körperlichen Schäden; dies durch Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten oder Drogen. Ich habe schon einmal in diesem Hohen Haus zur sogenannten legalen Droge Alkohol gesprochen. Ich meine auch heute, daß mehr getan werden müßte, um Suchtkranke, ganz gleich welcher Art, nicht zu Anstaltspfleglingen werden zu lassen. Es ist notwendig, zielgerichtete Einrichtungen ambulanter oder stationärer Dienste hierfür zu schaffen. Die bestehenden psychiatrischen Versorgungsstrukturen sind in den letzten Jahren in fast allen entwickelten Industrieländern zunehmend zu einem Gegenstand öffentlicher Kritik geworden. Ich erinnere nur an die verschiedenen „Club-2“-Abende, wo das immer sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Anlaß dieser Kritik ist die Ausschließung und Verwahrung einer großen Gruppe von Patienten unter Bedingungen, die nicht menschenwürdig sind. Die Notwendigkeit von Veränderungen wird von den verantwortlichen Stellen und auch von Fachleuten kaum mehr bestritten. Reformbekenntnisse haben sich jedoch für die breite Praxis der Versorgung noch nicht sehr folgewirksam ausgewirkt. Manches Vokabel hat sich geändert. Einsperren und Strafe nennt man oft Therapiemaßnahmen. Medikamente ersetzen Schläge. Die Anstalten sind trotz dieser Modernisierung oft sehr inhuman. Trotz der angeblich so hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen ist die psychiatrische Versorgung höchst reformbedürftig. Man sollte jedoch hiebei effektivere Versorgung mit mehr materiellen Mitteln und besserer Personalausstattung, ich meine da entsprechende Einrichtungen und ausgebildete Fachkräfte, nicht nur für Patienten, die nach einer Behandlung wieder in die Gesellschaft integrierbar sind, planen, wobei es mir unerläßlich erscheint, daß man auch hiebei Angehörige interessieren sollte, sondern auch den Schwerstgestörten und damit ökonomisch nutzlosesten Patienten mehr Aufwendung angedeihen lassen. Es würde die humane Pflege in solchen Anstalten und unser Verantwortungsgefühl glaubhafter machen, und für viele solche Reformen braucht man sicher mehr Geld. Aber durch manche Änderung könnte es weniger stationäre Patienten in den Anstalten und Heimen geben und dadurch zur Umschichtung

und auch eventuell zu einem anderen Kostenträger kommen.

Der Mut und auch die Initiative für einen neuen Weg liegen aber nicht allein bei den Politikern. Die Fachleute müßten endlich einen Zug tun, aber auch die Bevölkerung müßte mehr Verständnis für Situationen aufbringen, in die jeder Mensch kommen kann. Ich denke nur an die vielen Verkehrsunfälle, vor denen eigentlich kein Mensch einen ewigen Schutz hat. Jede Summe im Budget, welche für Ausgaben solcher Art zugeordnet ist, ist vor dem Steuerzahler gerechtfertigt, wenn wir uns als humane Gesellschaft betrachten. Menschlichkeit zeigt sich ja vor allem in der Hilfestellung Schwachen und Bedürftigen gegenüber. Aber jahrelanges Wollen ersetzt nicht Taten, und aus diesem Grund hat die sozialistische Landtagsfraktion einen Antrag zur Neuordnung der psychiatrischen Versorgung in der Steiermark eingebracht. In den letzten Monaten wurden hierfür schon sehr viele Vorarbeiten erbracht. Allen, die sich für diese Reform einsetzen, sie vorantreiben, realisierbare Gedanken einbringen, vor allem aber den Betroffenen, den hilfebedürftigen Menschen, mit menschlicher Wärme helfen, ihnen allen heute einen herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Das Schlußwort zum ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt, erteile ich dem Herrn Landesrat Gruber.

**Landesrat Gruber:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zeit der Budgetdebatte im Landtag ist die Zeit der Abgeordneten, und es geziemt sich daher als Mitglied der Landesregierung, sich in seiner Redezeit eine angemessene Beschränkung aufzuerlegen. Sie haben daher nicht zu befürchten, daß ich die vorbereitete Rede halten werde, sondern aus dem Vielen, was heute schon zur Gruppe 4 gesagt wurde, konnte ich auch manches aus dem, was ich sagen wollte, streichen, und darüber hinaus möchte ich mich gerne auf einige wichtige grundsätzliche Aussagen beschränken.

Es ist auch vielleicht interessant festzustellen, daß es im sozialen Bereich eine gewisse Dynamik gibt, die insbesondere in diesem Jahrzehnt 1970 bis 1980 sehr deutlich wurde und zu einer beachtlichen Steigerung der Ausgaben geführt hat. Aus einer Statistik können wir entnehmen, daß in den westlichen Industriestaaten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die durchschnittlichen Aufwendungen für Sozialpolitik doppelt so hoch gestiegen sind als das jeweilige Bruttonationalprodukt. Und wenn da heute verschiedene Dinge angeklungen sind, wo wir noch immer etwas versäumt und nachzuholen haben, dann – glaube ich – muß man sagen, es wird keinen Zeitpunkt geben, wo man alle Wünsche erfüllt haben wird, sondern es wird ein ständiges Ringen mit vielen anderen Aufgabenbereichen sein, daß man eben für die soziale Aufgabe einen angemessenen Anteil aus dem Budget herausbekommen kann. Wie sich das Landesbudget im Hinblick auf die Sozialarbeit entwickelt hat, wurde ja auch schon gesagt, und ich glaube, man braucht dem nur noch hinzufügen, daß es jedenfalls in der Zukunft keine solchen Steigerungsraten mehr geben kann, und daß man – so paradox es klingt – mit weniger Geld mehr

leisten wird müssen. Daß das möglich ist, läßt sich ja auch an einigen Beispielen nachweisen. Es ist eine sehr umfassende Studie über Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung angestellt worden, um die Bedarfstendenzen in der Sozialarbeit zu erkennen, und diese Bedarfstendenzen zeigen sehr deutlich, wo wir unsere Schwerpunkte setzen müssen. Der Aufwand für jene Menschen, die dauernd auf die Sozialhilfeunterstützung angewiesen sind, ist, was die Zahl der Menschen betrifft, sinkend; derzeit sind es nur mehr 4600. Deren Richtsätze und damit deren Einkommen wird etwa um 5,5 Prozent ab 1. Jänner erhöht.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Initiative der Bundesregierung hinweisen, und man mag nun das Schreiben des Herrn Finanzministers so oder so oder auch anders beurteilen, eine Tatsache steht fest, daß 60 Millionen Schilling in Österreich und 9 Millionen Schilling in der Steiermark für bedürftige Menschen zur Verfügung stehen werden, die ansonsten nicht zur Verfügung gestanden wären. Die Richtlinien haben wir im Einvernehmen mit dem Sozialminister ausgearbeitet, und ich hoffe, daß es vielleicht schon in der Sitzung der Landesregierung am Montag möglich ist, für die Steiermark die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit die, die davon sozusagen etwas bekommen sollen, das auch rechtzeitig noch während des Winters erhalten können.

Der Herr Abgeordnete Karrer hat auf die Frage der Landesaltenpflegeheime und auf diese Entwicklung hingewiesen, und da möchte ich nur eines noch dazu sagen: Es ist gar kein Zweifel – und davon kann sich jeder überzeugen –, daß wir nicht nur die bauliche, sondern auch die menschliche Qualität in diesen Heimen entscheidend verbessert haben. Wenn man so in den alten Bänden der Budgetdebatten nachschlägt und liest, was es da über Ehrnau oder über andere Einrichtungen einmal für Debatten gegeben hat, dann kann man den Fortschritt, den wir erzielt haben, tatsächlich auch erkennen und bemessen. Ich sage aber auch, daß ich mich bemüht habe, die Gebühren in diesen Landesaltenpflegeheimen entsprechend der Entwicklung anzupassen, und wenn wir heute zu 80 Prozent kostendeckende Betriebsausgaben haben, dann halten wir mit vielen anderen Einrichtungen in dieser Hinsicht einen guten Vergleich aus. Das möchte ich also sagen, und es war sicherlich auch einmal mühsam, hier den Durchbruch zu erzielen.

Der Ausgabenrahmen wird natürlich in einigen Schwerpunkten gezeichnet. Mir scheint es aber wichtig, daß es uns in den nächsten Jahren gelingt, eine gewisse Veränderung in diesem Ausgabenrahmen herbeizuführen und insbesondere für die notwendigen Maßnahmen der sozialen Dienste, der Altenhelferinnen, der Heimhilfen, der Hauskrankenpflege und anderer ambulanter Einrichtungen, Geld freizubekommen, weil es gar keine Frage ist, daß ambulante Betreuung vor stationärer Betreuung von den Betroffenen gewünscht wird und außerdem nicht nur menschlicher, sondern auch kostengünstiger ist, was ich auch an vielen Beispielen unter Beweis stellen könnte. Die sozialen Dienstleistungen in der Steiermark werden in diesem Bereich vorwiegend von den Organisationen der privaten Wohlfahrt gemacht – ich verweise auf die vielen Einrichtungen, die wir haben, ohne sie dabei noch namentlich zu nennen –, und das ist eine ganz

entscheidende Entlastung, die wir bei den öffentlichen Haushalten ermöglichen.

Wünschenswert wird es auch, daß wir in den überschaubaren Bereichen der Gemeinden und in den größeren Städten in den Bezirken Sozialinforma-tionsstellen einrichten können, die in einer Kombination von öffentlicher und privater Wohlfahrt jedenfalls dem, der Hilfe sucht, eine sehr bürgernahe Möglichkeit gibt, hier entsprechend die koordinierten Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen oder da entsprechend hingelenkt zu werden. Ein Modellversuch einer umfassenden bürgernahen Serviceeinrichtung läuft ja zur Zeit auch im Grazer Bezirk Sankt Leonhard, und ich hoffe, daß gerade dieses Modell sich so bewährt, daß es dann auch weiterentwickelt werden kann.

Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß der Pensionistenverband gerade im Bereich der Altenhilfe vielfach tätig ist, und er verweist darauf, daß die Nachbarschaftshilfe – und er hat das Beispiel Burgenland angezogen – eine Sache ist, um die er sich als der neue Landesobmann des Pensionistenverbandes besonders annehmen wird. Ich freue mich sehr, das zu hören, und ich bin sicher, daß wir hier eine gute Zusammenarbeit entwickeln werden können. Ich freue mich, daß es wiederum gelungen ist, die Altenurlaubsaktion für das nächste Jahr zu sichern. Beim Sparen kommt ja manches unter die Räder. Man läßt sich gerne bestätigen, daß man mit einer Sparaktion, ich habe jetzt die Ziffer nicht mehr im Kopf, durch die Nullbudgetierung 135 oder 140 Millionen eingespart hat. Eine schwierige Aufgabe, aber wenn man dann das langsam zerlegt, was alles weggeschnitten wurde, dann muß ich sagen, ist es nicht besonders erfreulich, aber das liegt in der Sache des Sparens an sich. Diese Altenurlaubsaktion haben wir im vollen Umfang für das nächste Jahr gesichert. 3500 Steirerinnen und Steirer, die Bezieher der Mindestpension sind, werden wiederum in den schönsten landschaftlichen Teilen unseres Landes in der Vor- und Nachsaison einen kostenlosen Urlaub verbringen können. In vielen Hunderten Karten, die mir immer wieder zugehen, wird mir immer wieder geschrieben und auch bei den Besuchen gesagt, wie wertvoll diese Urlaubsaktion für diese Menschen ist, die einmal im Jahr 14 Tage aus der Einsamkeit ihres Lebens herausgerissen werden, die ein Erlebnis haben, die sich gesundheitlich verbessern können und die oft ein ganzes Jahr über von diesem Urlaub Kraft und Hoffnung schöpfen, um das Grau des Alltages bewältigen zu können.

Wir haben auch in der Behindertenhilfe eine starke Ausweitung des Ausgabenrahmens. Hier vor allem aber bei den Gemeinden; auch darauf möchte ich verweisen, daß in der Zeit von 1971 bis 1980 die Aufwendungen der Behindertenhilfe der Sozialhilfeverbände von 16,4 Millionen auf 95,5 Millionen, also um fast 600 Prozent, gestiegen sind. Es ist sicherlich auch ein Gebot der Zeit, daß wir uns im Rahmen der Landespolitik mit der Frage, wie die Gemeinden und Sozialhilfeverbände entlastet werden können, befassen, denn wir stoßen tagtäglich in diesem Bereich an die Grenzen des finanziell Möglichen. Eine Novelle des Behindertengesetzes könnte eine solche Veränderung der Lasten entsprechend berücksichtigen und entsprechend gesetzlich festlegen. Darüber hinaus wäre auch noch eine Verbesserung der schulischen,

der beruflichen und der sozialen Eingliederung in dieser Novelle festzuhalten. Schwerpunkt im Bereich der Behindertenhilfe ist zweifelsohne auch die Frage der Integration des Behinderten, geschützter Arbeitsplatz und entsprechende Versorgung. So erfreulich die Zahl von 1000 geschützten Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft ist, muß ich feststellen, daß das eine seit Jahren nun stagnierende Zahl ist. Es ist nicht mehr möglich, über die 1000 hinauszukommen. Wenn man mit jenen redet, die in den Arbeitsämtern diese Vermittlungstätigkeit durchführen, und man sich von den Mühen dieser Arbeit erzählen läßt, dann hört man sehr oft: In meinem Aufgabenbereich, sagen die Vermittler, ist ein Erfolgserlebnis ein ganz seltenes Erlebnis. Die geschützten Arbeitsplätze im Land sind bekannt. Auch die Gemeinden haben über unsere Aufforderung mehr geschützte Arbeitsplätze, und wir haben auch die Bundesdienststellen aufgefordert. Mir stehen die Ziffern jetzt nicht zur Verfügung, aber wir haben schon einmal einen solchen Bericht eingefordert, aus dem auch hervorgegangen ist, daß gerade die Bundesdienststellen sich besonders bemühen.

Mich hat sehr beeindruckt die Rede des Herrn Abgeordneten Erhart, als er am Beispiel Kinderdörfer und Pflegeeltern dargestellt hat, wie es im Leben ist. Die einen leisten eine gute Arbeit, Kinderdörfer, gar keine Frage, aber sie verstehen es auch, eine enorm effektvolle Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Wenn in der Steiermark 150 Kinder in den Kinderdörfern sind, aber 4000 Kinder bei Pflegemüttern, so zeigt sich schon, daß die Leistung im Kreise der Pflegemütter eine größere ist und eine Leistung, die für die Jugenderziehung in unserem Lande in aller Stille vollbracht wird. Weil viel gute Arbeit bei uns im Verborgenen getan wird, möchte ich heute einmal eine Persönlichkeit dem Landtag vorstellen, weil sie in der Behindertenarbeit Großes geleistet hat. Hans Kurt Neumann, geboren 1910 in Wiesbaden, gestorben im September bei uns in der Steiermark. Dieser Mann hat im Jahre 1972 als pensionierter Kapitänleutnant der Deutschen Marine in der Nähe von Eibiswald einen Wohnsitz gesucht und ist zufällig in die Situation gekommen, daß der damalige Leiter des Hauses Sonnenwald 1972 tödlich verunglückte und dann viele Probleme auftauchten. Der Bürgermeister von Pitschgau hat den Herrn Kapitänleutnant für die Behindertenarbeit engagiert, und er hat sich dieser Liegenschaft angenommen, die zu dem Zeitpunkt 20 behinderte Mädchen beschäftigte. Heute, nach dem entsprechenden Ausbau und der Schaffung der entsprechenden Einrichtungen, sind 67 Mädchen untergebracht, und in den zehn Jahren seiner Tätigkeit hat Herr Neumann 138 behinderte Mädchen in eine Berufslaufbahn gebracht und durch persönliche Nachbetreuung diese Laufbahn auch für die weitere Zukunft gesichert. Es war eine private Wohlfahrtsorganisation, die keine Subventionen vom Land bekam und auch nie gefordert hat. Das sind ganz außergewöhnliche Leistungen, und ich glaube, es geziemt sich, daß man nach dem Tode des Herrn Neumann diese Leistung, die er und seine Familie als deutsche Staatsbürger für die österreichischen Kinder in unserem Lande erbracht haben, wirklich auch gebührend vermerkt. (Allgemeiner Beifall.) Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden natürlich auch alle anderen Ansätze, wie Pflegegeld, Blindenbeihilfe usw., um den entsprechenden Satz von 5,5 Prozent angehoben und damit auch sichergestellt,

daß hier eine Anpassung an die erforderliche Einkommensentwicklung gegeben ist.

Nun zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zur Jugendwohlfahrt. Zweifelsohne haben wir im Bereiche der Jugendwohlfahrt in den letzten Jahren manche Probleme und Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt, aber mit der Jugendwohlfahrtsenquete 1980 haben wir eine Reihe von Diskussionskreisen geschaffen, die diese Probleme, die uns damals Schwierigkeiten machten, letzten Endes bewältigt haben, und es ist heute schon von den Rednern beider Parteien insbesondere der Verein der Pflegeeltern herausgestrichen worden. Und da darf ich dazu nur noch sagen, gerade die führenden Damen dieses Vereines waren im letzten Jahr manchemal schon verzweifelt und wollten aufgeben. Sie sind zu mir gekommen und haben gesagt: „Herr Landesrat, das haben wir uns damals bei der großen Diskussion alles anders vorgestellt. Wie wir jetzt alles machen müssen, die Administration, und wie wir sehen, welche Probleme es da gibt, das können wir nicht, wir müssen aufgeben.“ Ich habe sie immer wieder ermutigt, oft in stundenlangen Gesprächen, und ich bin deshalb mit ihnen allen glücklich, daß es uns gelungen ist, diese Privatinitiative für uns zu erhalten.

So darf ich sagen, meine Damen und Herren, es wird im sozialen Bereich bei uns – das, glaube ich, können wir gemeinsam feststellen – das Mögliche getan. Wir nehmen Rücksicht auf alle diesbezüglichen Erfordernisse, und es gilt daher, auch noch einmal einigen besonders zu danken. Mein Dank gilt vor allem allen Rednern in der Budgetdebatte, die sich mit den sozialen Fragen der Landespolitik beschäftigt haben, die mir Anregungen gegeben haben, die wir gründlich überlegen und prüfen werden. Und da möchte ich auch noch ein Wort sagen, weil oft in den Zeitungen steht, da wird also nur geredet, und das ist alles schon in Ziffern gegossen und festgelegt. Meine Damen und Herren, ein verantwortungsbewußtes Mitglied der Landesregierung – und das, glaube ich, sind alle, darüber besteht gar kein Zweifel – wird das, was in der Budgetdebatte gesagt und angeregt wird, ohne Zweifel entsprechend aufnehmen, und jeder wäre schlecht beraten, der gute Ratschläge und entsprechende Anregungen nicht versucht, im Budget für das nächste Jahr unterzubringen. Das gehört doch auch mit zu den Verpflichtungen, die wir eben einmal haben.

Mein Dank gilt auch den Gemeinden, die durch ihre großen finanziellen Anstrengungen im Rahmen der Sozialhilfeverbände wirklich Außerordentliches leisten. Ebenso gilt ein besonderer Dank allen Mitarbeitern der freien Wohlfahrtspflege, die durch ihren Idealismus und durch ihren Einsatz das soziale Verantwortungsbewußtsein in der ganzen Bevölkerung immer wieder erneuern und aufrecht erhalten. Selbstverständlich gilt auch mein Dank den Beamten der Sozialhilfeabteilung, insbesondere hier aber Herrn Hofrat Dr. Thaller, der in umsichtiger Weise die Rechtsabteilung geleitet hat und der nun mit Jahresende, wie von Ihnen einstimmig beschlossen, als stellvertretender Leiter des Landesrechnungshofes die Sozialabteilung verläßt.

Meine Damen und Herren, wollen wir in dieser Gesinnung weiter für die Schwächeren in unserem

Land eintreten, dann werden wir zweifelsohne weiterhin hier ein gutes Werk tun. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man die Generaldebatte verfolgt hat und die Teile der Spezialdebatte, dann ist einem aufgefallen, daß eigentlich erstmals, seit ich dem Landtag angehöre – das sind schon einige Jahre –, der Wohnbau zu einem Konfliktstoff geworden ist, wobei mir scheint, daß es weniger das steirische Sonderwohnbauprogramm ist, das ja auch vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross als Erfolg verkauft worden ist, der durchgesetzt werden konnte – die 900 Wohnungen –, sondern vielmehr das Sonderwohnbauprogramm des Bundes. Ich habe anlässlich einer Rede im Frühsommer auch zu dieser Thematik ausführlich Stellung genommen und habe dem Hohen Haus auch vorrechnen können, warum uns dieses Sonderwohnbauprogramm nicht sinnvoll erscheint, warum es so teuer ist, und es wurden eigentlich auch die Berechnungen, die ich damals angestellt habe, nicht widerlegt. Ich glaube, daß die Standpunkte heute soweit verfestigt sind, daß ich es mir eigentlich ersparen möchte, neuerlich auf diese Diskussion einzugehen, weil ich glaube, daß wir genug Probleme haben, die uns beschäftigen, die gelöst werden müssen, die für uns im Land wichtig sind. Wenn man sich ein wenig anschaut, was der Wohnbau eigentlich für ein bedeutender Faktor in der Wirtschaft dieses Landes ist: Überlegen Sie einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß heuer rund 2 Milliarden Schilling direkt aus dem Landesbudget in die Wohnbauwirtschaft fließen, und daß diese 2 Milliarden Schilling sicherlich mindestens weitere 2 Milliarden Schilling Innovation nach sich ziehen, das heißt also, daß weitere 2 Milliarden Schilling etwa weiter in die Bauwirtschaft fließen, dann können Sie schon sehen, daß es sich hier um eine Summe handelt, die zweifellos sehr bedeutend ist und die sicher auch dazu beiträgt, daß die Bauwirtschaft, die ja eine Schlüsselindustrie ist, ohne Zweifel einigermaßen versorgt werden kann.

Von dem Sonderwohnbauprogramm des Landes sind immerhin von den 900 bereits 717 im Wohnbauförderungsbeirat positiv begutachtet und können damit auch der Bautätigkeit zugeführt werden. Insgesamt – und das ist eine schon sehr beachtliche Zahl, die man sich einmal vor Augen halten mußte – befinden sich gegenwärtig rund 12.800 Wohnungen im Bau. 12.800 Wohnungen in der Steiermark, allein in Graz sind es 4152.

Es liegt mir fern, hier irgendwelche Jubelreden zu halten, weil die Dinge viel zu dramatisch und viel zu ernst sind. Ich glaube auch, daß wir uns über die Finanzierung des sozialen Wohnbaues hinaus in Zukunft auch einiges noch werden einfallen lassen müssen, was die Finanzierbarkeit der Wohnung für den einzelnen betrifft. Ich weiß – ich kenne die Probleme einigermaßen –, was es für ein junges Ehepaar bedeu-



tet, wenn es in die Situation kommt, sich mit den wenigen Ersparnissen eine Wohnung kaufen zu müssen, und dann, wenn es die Wohnung hat, neben den Baukosten, den Kreditrückzahlungen – hier springt immerhin die Wohnbeihilfe recht gut ein, je nach Leistungsfähigkeit – noch die zunehmend gestiegenen Betriebskosten von der Heizung bis zur Verwaltung berappen zu müssen. Wir sollten und wir werden uns in gemeinsamer Tradition hier für viele den Kopf zerbrechen müssen, wobei ich schon weiß, meine verehrten Damen und Herren, daß wir dieses Thema von der Steiermark aus allein nicht lösen können, weil wir gerade in der Wohnbaupolitik in ein Gesamtkonzept integriert sind, in ein gesamtösterreichisches Förderungssystem, das wir auch nicht überspringen können. Letztendlich können wir durchaus Vorschläge ausarbeiten, aber ob sie dann realisiert werden, ist eine andere Frage.

Ein Thema ist allerdings in diesem Zusammenhang schon auch zu sehen, das ist die Tatsache, daß der gesamte Bereich der Förderung – ich habe auf dieses Thema schon einmal hingewiesen – zunehmend unüberschaubar wird, auch für den Experten unüberschaubar wird. Ich bilde mir ein, daß ich von den Dingen ein bißchen was verstehe, aber es bereitet einem manchmal schon Schwierigkeiten zu wissen, welche Arten von Förderungen es überhaupt noch gibt. Gerade die Wohnbauförderung 1968 ist ja als Versuch – glaube ich – gelungen, insgesamt in der Förderungspolitik in Österreich nicht nur neue Wege zu gehen, sondern auch die verschiedenen, oft sehr ungerecht nebeneinander geförderten Systeme auf einen Nenner zu bringen. Ich brauche darüber nicht zu sprechen, weil Sie es gut kennen. Zum Versuch, Objektförderung mit Subjektförderung zu verbinden, muß ich allerdings sagen, daß dieser Versuch insoweit allmählich verwässert worden ist, als durch zahlreiche Novellen seit 1968 die Bestimmungen immer wieder geändert und die eigentlichen Zielvorstellungen damit zum Teil verfälscht wurden. Was den ganzen Bereich – für den Laien ist das ohnehin ein spanisches Dorf – auch für den Fachmann allmählich unüberschaubar macht, ist die Tatsache, daß gerade in der letzten Zeit wieder eine Reihe neuer Förderungssysteme in Österreich eingeführt wurden, die völlig von der Wohnbauförderung 1968 abweichen, manche Dinge auf den Kopf stellen. Ich nenne hier das Startwohnungsgesetz, das offensichtlich doch nicht so greift, wie man sich erhofft hat, womit wieder eine modifizierte Form von Wohnbeihilfe geschaffen wurde mit ganz anderen Bestimmungen, anderen Kriterien. Auf der Objektseite wurde wieder ein neues System eingeführt, etwa mit einem unverzinslichen Darlehen für 10 bis 25 Jahre, und was ich für problematisch halte; es wurde eine Finanzierungsquelle angezapft, die eigentlich auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 unser System der Wohnbauförderung zu beliefern hat, nämlich den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der jetzt durch vorzeitige Rückflüsse aufgestockt und über das Startwohnungsgesetz teilweise wieder ausgeräumt wird.

Vom Sonderwohnbauprogramm 1982 ist des öfteren gesprochen worden. Das bringt wiederum ein anderes Finanzierungssystem. Ein sehr aufwendiges: Kapitalmarktfinanzierung 50 Bund, 50 Land, wieder mit ande-

ren Annuitäten drei Prozent beginnend, dann steigend jährlich um fünf Prozent. Auch etwas, das abweicht von der Wohnbauförderung 1968, wobei die Kosten, die ursprünglich für den einzelnen geringer gewesen sein mögen, später größer werden und dann wiederum abgedeckt werden müssen aus dem Topf, den wir im Wohnbauförderungsgesetz 1968 vom Land aus verwalten. Dann ein neues Gesetz wiederum, in jüngster Zeit verabschiedet zur Erhaltung und Förderung von Mietwohnungen, und ein Gesetz, das sogenannte Kapitalversicherungsgesetz. Hier wurde wiederum von einem anderen Gesichtspunkt ausgegangen, Mittel über die Versicherungswirtschaft der Wohnbauförderung zuzuführen mit insgesamt 8,5 Prozent, wobei hier das Land 2,5 Prozent Zinsenzuschuß leistet, und dann derjenige, der es in Anspruch nimmt, sechs Prozent Zinsen zahlt. Auch wieder ein verschiedenes System. Hier macht das Land selbstverständlich mit 95 Millionen stehen dem Land Steiermark zur Verfügung. Bisher gibt es nur neun Anträge mit einem Volumen von 8,4 Millionen. Was möchte ich mit diesem Beitrag sagen? Daß eigentlich mit all diesen Gesetzen – absichtlich oder nicht, das lasse ich vorerst im Raum stehen – das Wohnbauförderungsgesetz 1968, das immerhin unbestritten ein neuer Weg war, eigentlich wieder ausgehöhlt wird durch eine Fülle von neuen Gesetzen mit unterschiedlichen Förderungsbedingungen, mit unterschiedlichen Zinssätzen, unterschiedlichen Voraussetzungen, so daß eigentlich dieser Komplex vollkommen unüberschaubar geworden ist. Insoweit ist die Idee der Frau Staatssekretär Eipeldauer, mit einem Wohnbauförderungsgesetz 1983, basierend auf dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, einen neuen Weg zu gehen, die Dinge wieder transparent, überschaubar, vereinfachend zu machen, richtig. Das, was allerdings herausgekommen ist, ist für mich jedenfalls enttäuschend, weil gerade diese Ansätze überhaupt nicht drinnen sind, weil dieser Versuch, wieder ein System in Österreich zu schaffen, gar nicht begonnen wurde, weil damit die Wohnung mit diesem Gesetzesentwurf nicht billiger wird und vor allem keine einzige neue Wohnung mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1983 geschaffen werden kann. Ich möchte fast meinen, daß mit diesem Gesetzesentwurf eigentlich die Chance, hier wieder zu vereinfachen, nicht wahrgenommen wurde; im Gegenteil, daß eines offensichtlich im Hintergrund gestanden ist, nämlich eine klare ideologische Ausrichtung der Wohnbauförderung, nämlich in Richtung einer allmählichen Beseitigung des Wohnungseigentums.

Wenn man sich die Wohnbaupolitik seit 1971 ansieht, so gibt es diese Tendenz mehr oder weniger spürbar bereits in verschiedenen Novellen. Kollege Loidl, wenn man die Novelle 1972 ansieht, hier wurde erstmals die Eigentumswohnung gegenüber der Mietwohnung diskriminiert, und zwar in der Form, daß die ursprüngliche Bestimmung, daß zwei Drittel der Förderung für Eigentumswohnungen eingesetzt werden sollen, beseitigt wurde. Man könnte sagen, bitte, das wird sich einspielen, man wird sehen, vielleicht wollen die Menschen mehr Mietwohnungen. Die Novelle 1976 hat eine klare Diskriminierung insoweit gebracht, als die Eigenmittelaufbringung bei den Mietwohnungen auf fünf Prozent herabgesetzt und bei Eigentumswohnungen bei zehn Prozent verblieben ist. Nun, wenn Sie den Entwurf zum Wohnbauförderungsgesetz 1983 kri-

tisch ansehen, dann ist hier eindeutig der Versuch zu entnehmen, den Gedanken des Wohnungseigentums, eine der wirklich großen Ideen der zweiten Republik, eine der wirklichen Neuschaffungen, zu diskriminieren. Sie können das schon beurteilen, wenn Sie sich die Prioritäten dieses Gesetzes ansehen. Es sind all jene Bestimmungen in diesem Entwurf, die auf eine Begünstigung von Mietwohnungen oder auf einen Schutz hinauslaufen, zwingend für alle Bundesländer vorgesehen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Hingegen sind aber all jene Bestimmungen, die bisher auch ein gemeinsames politisches Bekenntnis einer Wohnbaupolitik in Österreich und damit die Grundlage des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 waren, im Entwurf fakultativ geworden. Das heißt, es ist den Ländern überlassen, ob sie solche Förderungsmöglichkeiten durchführen oder nicht. Vordergründig könnte man sagen: wunderbar, ein Weg zu einem weiteren Föderalismus. Meine Damen und Herren! Ich frage mich nur, wenn schon hier dieser Geist einer Diskriminierung des Gedankens des Wohnungseigentums das Gesetz beherrscht, was wird dann beispielsweise in einem Bundesland Wien geschehen, wo die Gemeinde Wien der größte Hauseigentümer ist? Dort wird man – könnte ich mir vorstellen – gerne von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die das Gesetz nunmehr bietet, und auf die Förderung der Eigentumswohnungen sowohl bei der Wohnbeihilfe wie auch beim Eigenmitteldarlehen verzichten. Dann ist im Bundesland Wien das Wohnungseigentum zerstört, weil sich dann eine solche Wohnung, die überhaupt nur mehr zu 45 Prozent gefördert wird und wo alles andere vom Erwerber aufgebracht werden muß, nur mehr ein Reicher leisten kann, einer, der sehr gut verdient, aber alle anderen nicht. Alle anderen sind dann gezwungen, mit jenen Mietwohnungen Vorlieb zu nehmen, die ihnen dann angeboten werden.

Wenn Sie sich nun den ersten Entwurf der Frau Staatssekretär Eipeldauer anschauen; ich möchte diese Diskriminierung an einigen Beispielen aufzeigen: Bisher war es so, daß – wie gesagt – ohnedies schon eine Diskriminierung etwa in der Frage der Eigenmittelaufbringung bestanden hat. Sie wissen, früher war es so, daß gleichmäßig zehn Prozent Eigenmittel aufgebracht werden mußten. Der Entwurf sieht vor, daß Mietwohnungen – das ist jetzt eine zwingende Bestimmung – höchstens fünf Prozent aufzubringen haben, bei den Eigentumswohnungen sind mindestens 10 bis 20 Prozent aufzubringen. Sie sehen schon, daß hier das ganze sehr auseinanderklafft.

Beim Eigenmitteldarlehen war im ersten Entwurf der Frau Staatssekretär sogar ausdrücklich drinnen, daß das Eigenmitteldarlehen für die Mietwohnungen in allen Bundesländern zwingend vorgeschrieben war und die Eigentumswohnungen von der Gewährung des Eigenmitteldarlehens ausgeschlossen waren. (Abg. Dr. Eichinger: „Eigentumsfeindlich nennt man das mit einem Wort!“) Ausdrücklich ausgeschlossen!

Bei der Wohnbeihilfe, meine Damen und Herren, ist die Situation ähnlich. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich glaube, das ist nicht sehr zum Lachen. Bitte, für mich ist das – das sage ich Ihnen – ganz ernst. (Abg. Brandl: „Über ihn haben wir gelacht, nicht über Sie!“) Das ist ehrlich gesagt ein Thema, bei dem ich mich wundere,

daß Ihr darüber lacht. Ich kenne Euch von einer Seite her, lieber Herr Kollege Loidl, wo Ihr eigentlich in diesen Fragen sehr ähnlich gedacht habt wie wir. (Abg. Halper: „Unterstellen Sie uns nichts!“) Okay!

Ich verstehe, daß das Thema unbequem ist, das ist mir ganz klar. Es ist ein unbequemes Thema, aber bitte, Tatsache ist, daß man halt auch über ein solches Gesetz, das uns in Zukunft die Wohnbaupolitik maßgeblich bestimmt, auch im Landtag reden muß. Wenn es dann so ist – und damit komme ich zum dritten Punkt –, daß beispielsweise die Wohnbeihilfe, die jetzt nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 für alle Wohnbauförderung selbstverständlich obligat vorgesehen ist, nach dem neuen Gesetz wieder nur auf jeden Fall und zwingend bei den Mietwohnungen ist und bei den Eigentumswohnungen fakultativ, ja bitte schön, das ist halt eine wichtige Frage, weil sich ein Mensch, der sich eine Eigentumswohnung kauft, diese sicher nur dann erwerben kann, wenn er Hoffnung und Anspruch darauf hat, daß die Lasten, die mit der Rückzahlung verbunden sind, auch wirklich von ihm getragen werden können.

Oder ein weiterer Punkt, auch neu, meine Damen und Herren: die Unterwerfung der Eigentumswohnung bei Vermietung unter das Mietengesetz. Auch das hat es bisher nicht gegeben. Das ist also auch eine Neueinführung, jedenfalls im ersten Entwurf, die der Frau Staatssekretär eingefallen ist.

Und dann das Veräußerungsverbot, über das viel geredet worden ist: Das sehe ich nicht so dramatisch, weil ich glaube, daß wir wirklich interessiert sein müssen, daß der Spekulation mit Eigentumswohnungen ein Riegel vorgeschoben werden soll. Da liegt gar nicht meine Haupteinwendung. In diesem Punkt bin ich der Meinung, daß man sogar weit mitgehen kann und alles das an Möglichkeiten einbauen soll, was eine Spekulation verhindert.

Ich glaube nur eines, meine Damen und Herren – und damit komme ich eigentlich schon zu einem wichtigen Punkt –, daß diese Form der Wohnbaupolitik letztendlich, wenn sie so Realität geworden wäre, bedeutet hätte, daß der Gedanke des Wohnungseigentums in Österreich in einer Weise diskriminiert worden wäre, daß man ihn vergessen hätte können. Ich sage aber auch eines dazu: Gott sei Dank war die Reaktion in der Öffentlichkeit eine gewaltige, auch – das gebe ich gern zu – von Ihrer Seite her, die durchaus nicht mit den Vorschlägen einverstanden war. Das hat zur Folge, daß die ärgsten Giftzähne gezogen worden sind. Es sind also vor allem jene maßgeblich diskriminierenden Bestimmungen in der Regierungsvorlage gefallen, nämlich die Diskriminierung etwa in der Weise, daß das Eigenmitteldarlehen nunmehr auch zumindest wahlweise für die Eigentumswohnungen möglich ist, daß die Eigentumsbeschränkung eingeschränkt worden ist und daß eigentlich damit zumindest die härtesten Bestimmungen entschärft worden sind.

Aber eines, meine Damen und Herren, muß ich schon sagen: Am Geist dieses Gesetzes hat sich nicht sehr viel verändert. Nun, wie schaut unsere steirische Haltung dazu aus? Ich sage eines auch ganz offen, meine Damen und Herren: Ich glaube, daß man die Entscheidung, welche Wohnung ein Mensch später haben will, ihm selbst überlassen soll. Er soll sich selbst entscheiden, ob er eine Eigentumswohnung haben

möchte, damit auch Eigentum schafft, oder ob er eine Mietwohnung haben möchte. Die Entscheidung ist die, daß - wenn man jedenfalls die Wohnbautätigkeit von 1973 bis 1981 verfolgt - etwa zwei Drittel in der Steiermark sich eine Eigentumswohnung erworben haben und ein Drittel eine Mietwohnung.

Ich sage noch etwas dazu: Ich bekenne mich durchaus auch zur Mietwohnung, weil es Situationen gibt, wo die Mietwohnung die bessere Lösung ist. Ich glaube, unser Standpunkt kann nur sein, daß wir hier Chancengleichheit für beide Formen schaffen und damit auch die Wahlmöglichkeit jenen überlassen, die später in dieser Wohnung drinnen wohnen möchten. Wir werden daher ganz sicher von der Landespolitik aus versuchen, all diesen eigentumsfeindlichen Tendenzen des Wohnbauförderungsgesetzes 1983 entgegenzusteuern, und zwar vom Land aus entgegenzusteuern. Wir werden daher alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Chancengleichheit für die Eigentumswohnungen aufrechtzuerhalten, und wir können daher allen jenen, die schon Angst haben, wie es in der Steiermark weitergeht - viele haben mich immer wieder angerufen, gibt es in Zukunft noch eine Wohnbeihilfe, können wir damit rechnen, können wir uns darauf verlassen, können wir uns überhaupt noch wo um eine Eigentumswohnung umsehen, wenn wir nicht wissen, ob wir dann eine Wohnbeihilfe bekommen -, all denen können wir garantieren, daß wir jedenfalls nach dem jetzigen Stand der Bundesgesetzgebung alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, und daß niemand zu Schaden kommt, und daß auch in Zukunft ganz sicher allen in der Steiermark, wenn es das Bundesgesetz zuläßt - und das hoffen wir -, bei Eigentumswohnungen die Wohnbeihilfe zukommt und das Eigenmitteldarlehen gewährt wird. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Geschichte. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich vermute, daß wir, unabhängig von den Auseinandersetzungen, die es jetzt um dieses Sonderwohnbauprogramm des Bundes gibt, doch auch in der Wohnbaupolitik des Landes in dieser Frage wieder einen Konsens finden. Wir haben eigentlich in allen wichtigen Wohnbaufragen in der Vergangenheit einen Konsens und gemeinsame Lösungen gefunden und uns zusammendiskutiert. Ich weiß auch, daß die Kollegen von der anderen Seite in diesen Fragen sehr ähnlich denken wie wir, und wir sind gut damit gefahren. Wir sind gut damit gefahren, daß wir die Wohnbaupolitik eigentlich außer Streit gestellt haben, auch wenn es da und dort in der einen oder anderen Frage eine unterschiedliche Auffassung gegeben hat.

Lassen Sie mich mit der Hoffnung schließen, daß wir über diese aktuelle Auseinandersetzung hinaus doch einen Konsens auch wieder über die künftige Wohnbaupolitik im Land finden, und ich glaube, daß wir mit einem solchen Weg gut fahren, zum Nutzen des Landes, aber auch zum Nutzen jener, die von uns eine Hilfe erwarten und die später einmal als Wohnungsuchende irgendwo und sehr maßgeblich von der Wohnbaupolitik betroffen sind. In diesem Sinne geben wir gerne den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Feldgrill:** Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Loidl.

**Abg. Loidl:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor einem Jahr habe ich meinen Beitrag zur Wohnbaudebatte mit der Bemerkung begonnen, daß die Diskussion über eine grundlegende Reform unseres Systems der öffentlichen Wohnbauförderung in vollem Gange sei. Seitdem hat sich nur insofern etwas geändert, als nunmehr eine Regierungsvorlage, mit der das Wohnbauförderungsgesetz 1968 abgelöst werden soll, in den Ausschüssen des Parlaments behandelt wird, und darüber hat der Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller ja ausführlich berichtet. Ich glaube fest daran, daß man dort bald wieder zu jener Sachlichkeit zurückkehren wird, wie es, seit es eine öffentliche Wohnbauförderung gibt, letzten Endes immer wieder der Fall war. Wir haben selbstverständlich auch unsere Meinungen deponiert und haben bewiesen, daß wir unseren Beitrag zur gemeinsamen Wohnbaupolitik immer wieder geleistet haben.

Meine Damen und Herren! Fest steht, daß wir hier in der Steiermark - und da wende ich mich weniger der laufenden Debatte über die Wohnbaunovelle auf Bundesebene zu, sondern unseren steirischen brennenden Problemen - einen gigantischen Wohnungsfehlbestand haben. Fachleute sprechen von mehr als 50.000 Wohnungen. Ebenso feststehend ist, daß der öffentliche Wohnbau weit über das Baugewerbe hinaus von außerordentlicher arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist. Da wir aber trotz des großen Wohnungsbedarfes und der Notwendigkeit der Arbeitsplatzsicherung nicht an den Menschen vorbeibauen dürfen, müssen wir zunächst einmal die Frage beantworten, wie kann der soziale Wohnbau finanziert werden, daß er die Bezeichnung „sozial“ wieder zu recht trägt. Meine Damen und Herren, das ist zunächst natürlich eine Frage des Rechenstiftes. Es ist ganz klar, daß ohne öffentliche Wohnbauförderung, also bei einem frei finanzierten Wohnbau, breiteste Bevölkerungsschichten von vornherein von der Benützung einer Neubauwohnung völlig ausgeschlossen wären. Wir haben derzeit eine Förderung des Mittelweges. Das ist eine Kombination von Aufbringung von Eigenmitteln, von Kapitalmarktmitteln und von Förderungsbeträgen, und wir stützen das mit einer großzügigen Subjektförderung ab. Aber auch dieses System reicht, wie wir alle wissen und wie auch der Kollege Schaller dargelegt hat, nicht aus. Wir sehen, daß immer mehr Menschen sich eine geförderte Wohnung nicht mehr leisten können. Wir in der Steiermark haben ja vor kurzem den Spielraum, den uns die Bundesgesetzgebung einräumt, ausgenützt und tiefgreifende Änderungen der Förderungsrichtlinien vorgenommen, die Annuitätenzuschüsse aufgelassen und damit eine Verlagerung von der Objekt- zur Subjektförderung bewirkt. Wir haben die Laufzeiten verkürzt, tilgungsfreie Zeiträume geschaffen und eine Dynamisierung der Rückflüsse im bescheidenen Ausmaß bewerkstelligt. Wir haben damit eigentlich etwas getan, was jetzt im Bundesgesetz angestrebt wird. Wie die Akademiker sagen, haben wir contra legem gehandelt, und die Rüge, die der Herr Landesrat Koiner vom Bund bekommen hat, kann nicht so arg gewesen sein. Sie haben uns nur darauf aufmerksam gemacht, daß wir das tun. Man kann es drehen und wenden wie man will, man kann mit dem gleichen Geld den Wohnbau nicht sozialer gestalten,

ohne das Bauvolumen zu verkleinern, und umgekehrt kann man das Bauvolumen nicht erweitern, ohne die Förderungsmaßnahmen zurückzunehmen. Es müssen also, wenn wir nicht weiter auf der Stelle treten wollen, zusätzliche Mittel für den Wohnbau erschlossen werden. Da gibt es meiner Meinung nach nur eine realistische Möglichkeit, die sicher die populärste ist und einigen politischen Mutes bedarf. Wir würden aber damit eine schreiende Ungerechtigkeit beseitigen. Es gab und gibt sozusagen eine Erbsünde in der öffentlichen Wohnbauförderung, und diese sollten wir beseitigen.

Meine Damen und Herren! Seit 1948 wurden öffentliche Darlehen in der Höhe von nicht weniger als 135 Milliarden Schilling gewährt. Auf heutige Preise umgerechnet wären dies ganze 356 Milliarden Schilling. Man muß bedenken, daß das Pro-Kopf-Einkommen sich seit damals verfünffach hat, die Rückzahlungen der langfristig gewährten Darlehen, deren Laufzeit noch bis ins nächste Jahrhundert reichen, aber gleichgeblieben sind. Das heißt, daß vom realen Wert kaum 20 Prozent wieder hereinkommen. Man hätte also genausogut 80 Prozent des Wohnungswertes als verlorenen Zuschuß geben können. Wenn man bedenkt, daß es sich damals um eine reine Objektförderung gehandelt hat, dann kommt einem dieses Unrecht erst zum Bewußtsein, wenn man sieht, was heute für eine neue Wohnung bezahlt werden muß.

Die Regierungsvorlage hat – das hat der Kollege Schaller nicht gesagt – eine Dynamisierung der Annuitäten vorgesehen, und dieses Vorhaben sollten wir unterstützen. Da jedoch die positiven Auswirkungen für die weitere Finanzierung erst langfristig zum Tragen kommen, wäre es ebenso notwendig zu versuchen, die noch aushaftenden, ohnehin schon stark entwerteten Beträge aus diesen langfristigen Darlehen rascher hereinzubekommen. So könnten wir die Finanzierungsmöglichkeiten tatsächlich verbessern. Wenn ich die Äußerung des Landesrates Koiner in der Pressekonferenz richtig verstanden habe, so würde die ÖVP eine solche Vorgangsweise politisch unterstützen.

Aber, meine Damen und Herren, wie kaum jemals zuvor – und jetzt komme ich zu den brennenden Sorgen – ist die Bauwirtschaft und sind mit ihr die dort Beschäftigten in ihrer Existenzsicherung auf den arbeitsintensiven öffentlichen Wohnbau angewiesen. Einige Zahlen mögen praktisch veranschaulichen, wie schwer dieser Wirtschaftszweig, welcher eine so große Ausstrahlung auf viele andere Gebiete hat, infolge der anhaltenden Krise schon getroffen wurde. Ich beziehe mich dabei ausschließlich auf das Bauhauptgewerbe, weil mir dafür ganz genaues Ziffernmateriale zur Verfügung steht. Am 1. September 1977 hatten wir in 966 steirischen Betrieben 26.619 Beschäftigte. Am 1. September dieses Jahres waren es in 959 Betrieben nur mehr 22.498. In diesem relativ kurzen Zeitraum sind also nicht weniger als 4433 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Zahl der Betriebe hat sich erstaunlicherweise allerdings nur um sieben verringert. Meine Damen und Herren! Uns steckt vor allem der Schock über die schreckliche und langanhaltende Winterarbeitslosigkeit des letzten Winters in den Knochen. Am 31. Jänner dieses Jahres waren 11.889 steirische Bauarbeiter arbeitslos. Das sind, Sie werden es nicht glauben, 50 Prozent. Erstmals konnte die Winter-

arbeitslosigkeit nicht zur Gänze aufgelöst werden, und wie es aussieht, meine Damen und Herren, steht uns auch im kommenden Winter wieder Schlimmes bevor. Und das ist der Hintergrund, meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung Beschäftigungsprogramme beschlossen hat und daß die Bundesregierung dabei der Steiermark besondere Berücksichtigung einräumte. (Beifall bei der SPÖ.)

Und deswegen konnte auch der Bundesinnungsmeister Ing. Letmaier, der ehemalige Bautensprecher der ÖVP – konnte oder mußte, ich weiß es nicht –, in der Bauzeitung vom 11. November 1982 schreiben, daß die bauwirksamen Mittel des Bundesbudgets 1983 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 23 Prozent erhöht wurden, und er hat hinzugefügt, daß er erwarte, daß von diesen Steigerungsraten auch wesentliche Impulse auf andere Bauträger ausgehen. Und, meine Damen und Herren, ein solcher Bauträger ist nun einmal das Land Steiermark auch. Aber, was macht der Landeshauptmann dieses Landes? (Abg. Dr. Eichinger: „Wohnungen bauen!“) Was machen Sie, meine Damen und Herren, als Mehrheit in diesem Lande? Des Bundeslandes mit der stärksten Winterarbeitslosigkeit, wo schon jeder zweite seinen Arbeitsplatz verloren hat und wo zu befürchten ist – ich sage es noch einmal –, daß es im kommenden Winter noch ärger wird. Was machen Sie als politisch Hauptverantwortliche dieses Landes, aus dem nicht weniger als 7000 sich einen Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland suchen müssen? Jeder zweite ist arbeitslos, jeder dritte muß in ein anderes Bundesland fahren, davon rund 3500 in das von Ihnen so oft geschmähte Wien, und gar nicht wenige davon auch zum Konferenzzentrum. Sie lehnen das Sonderwohnbauprogramm des Bundes, welches mindestens 2000 Bauarbeitern den Arbeitsplatz gesichert und nahezu 800, und zwar sozial bedürftigen – solchen, Kollege Dipl.-Ing. Schaller, die du gemeint hast – Familien finanziell tragbare Wohnungen beschert hätte, ganz einfach und kalt ab.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Von den zwei Begründungen, die Sie dafür angeführt haben, in aller Öffentlichkeit angeführt haben – immer und immer wieder –, ist die eine schlicht und einfach falsch, und die andere hält weder den moralischen, sozialen noch den sachlichen Einwendungen stand. (Beifall bei der SPÖ.)

Und nun zum ersten (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Darf ich einen Zwischenruf machen?“) Natürlich. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das wäre alles viel glaubwürdiger, wenn du dich mit der gleichen Energie eingesetzt hättest, daß das Konferenzzentrum nicht gebaut wird.“ – Beifall bei der ÖVP.) Kollege Schaller, ich weiß nicht, ob ich dich jetzt beruhige oder enttäusche. Ich glaube eher enttäusche. Wir haben uns – und gerade meine Gewerkschaft – vehement für das Konferenzzentrum eingesetzt, weil wir wußten, daß es kein Entweder – Oder gibt. (Abg. Ileschitz: „In keinem Bundesland betreibt man soviel miese Propaganda wie in der Steiermark!“) Das ist die Wahrheit. (Abg. Ing. Turek: „Weil bis heute noch nicht der Finanzier bekannt ist! Man weiß bis heute noch nicht, wer das bezahlen wird!“) Schauen Sie, Sie werden das Konferenzzentrum als Dauerbrenner warm halten, und wir werden es bauen, und daran werden auch die steirischen Bauarbeiter teilhaben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Eich-

tinger: „Deshalb bist du unglaubwürdig!“) Ich weiß nicht, was der Bevölkerung lieber ist! Ich bin überzeugt, daß das Konferenzzentrum genauso wichtig ist wie das Sonderprogramm wichtig wäre. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Turek: „Mit italienischem Stahl!“ – Präsident Feldgrill: „Lassen Sie den Herrn Abgeordneten Loidl weitersprechen!“)

Ich möchte eigentlich zum ersten Punkt, wo ich die Behauptung aufstellte – und das sage ich nicht so ungefähr –, daß die erste Begründung falsch ist, noch etwas sagen: Das paßt nämlich auch sehr gut zur Glaubwürdigkeit.

Als nämlich eine ganze Reihe von Betriebsräten in ihrer wohlberechtigten Sorge um die Arbeitsplätze ihrer Kollegen wegen der Beteiligung am Sonderwohnbauprogramm des Bundes an den Herrn Landeshauptmann geschrieben haben, und, wie ich weiß, haben sich auch viele Bauunternehmen an ihn gewendet, hat ihnen der Herr Landeshauptmann mit Schreiben vom 27. Juli dieses Jahres unter anderem folgendes mitgeteilt, und das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: „Bereits im Herbst vergangenen Jahres habe ich“ – also der Herr Landeshauptmann – „den Wohnbaulandesrat Simon Koiner beauftragt, ein steirisches Landesonderwohnbauprogramm für 900 Wohneinheiten auszuarbeiten: Dieses steirische Landesonderwohnbauprogramm, das bereits wirksam ist, wurde nach den Richtlinien des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 erstellt und kann auch zu vernünftigen und vertretbaren Bedingungen finanziert werden.“

Meine Damen und Herren, mir ist es einfach unbegreiflich, wie man bei diesen ohnehin so schwer besorgten Menschen durch diese offenbar ganz genau darauf ausgerichtete Formulierung die vollkommen falsche Hoffnung wecken konnte, daß es tatsächlich ein steirisches Landesonderwohnbauprogramm im Ausmaß von 900 Wohnungen gibt; dies sozusagen als Ersatz für das abgelehnte Wohnbauprogramm des Bundes.

Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren – ich sage es noch einmal mit aller Deutlichkeit –, daß es kein steirisches Sonderwohnbauprogramm für 900 Wohnungen gibt.

Die Wahrheit ist auch, daß gar keine Richtlinien nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 erstellt wurden oder erstellt werden mußten, weil es sich doch, wie alle Eingeweihten wissen, bei den 900 Wohnungen lediglich um eine Vorziehung des ganz normalen Wohnbauprogrammes zu den ganz normalen Bedingungen handelt. Das konnte und könnte mit einem Telefongespräch mit der Abteilung 14 erledigt werden. Abgesehen davon ist das normale Wohnbauprogramm ja noch gar nicht abgesprochen mit unserer Fraktion, mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross. Nicht einmal das ist noch geschehen, und da redet man von einem Sonderwohnbauprogramm. Meine Damen und Herren, wir haben immer vorgezogen, wir haben jedes Jahr vorgezogen, wir wurden vor Jahren sogar vom Rechnungshof gerügt, daß wir diese Vorziehungen machen, und jetzt macht man einfach aus mir völlig unbegreiflichen Gründen aus einer normalen Vorziehung ein Sonderwohnbauprogramm des Landes und erweckt Hoffnungen, die es eigentlich gar nicht gibt.

Wir haben diese Vorziehung – das möchte ich auch sagen, meine Damen und Herren – zur Kenntnis genommen, ja, wir haben sie sogar begrüßt, aber in der Hoffnung – und das muß Ihnen doch auch einleuchten, wenn man etwas vorzieht, dann fehlt hinten einmal ein Stück –, daß dieses Beschäftigungsloch mit dem Sonderprogramm des Bundes geschlossen wird. Das war die Begründung, warum wir das eigentlich begrüßt haben.

Meine Damen und Herren! Neben der Sorge – da wende ich mich jetzt an den Herrn Landeshauptmann – um das Schicksal von Tausenden Bauarbeitern müßte es für den Herrn Landeshauptmann, nach allem, was gesagt wurde und was auch beweisbar ist, eine brennende Frage seiner Glaubwürdigkeit sein, daß das, was in diesem Brief so eindeutig und unmißverständlich versprochen wurde, nämlich ein steirisches Landeswohnbauprogramm durchzuführen, tatsächlich auch geschieht. Unter einem Sonderprogramm – auf das kommt es an – kann man doch nur zusätzlichen Wohnbau in dieser schweren Beschäftigungssituation verstehen. Wir sind gewiß damit einverstanden, wenn die Finanzierung nach den Richtlinien des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 vorgenommen wird, wie es in diesem Schreiben angekündigt ist. Mir ist allerdings vollkommen rätselhaft, wie ein eigenes Programm billiger sein könnte, als ein Sonderprogramm, wo der Bund bereit ist, die Hälfte zu bezahlen. Es ist uns schon klar, daß jede Investition, die über den Kapitalmarkt finanziert wird, das gilt für den Straßenbau genauso, teurer ist, als wenn die Steuerzahler zinsenloses Geld dafür zur Verfügung stellen. Aber es ist gar nicht gesagt, daß das Sonderprogramm des Bundes nicht hätte aus dem Budget finanziert werden können, aus der Wirtschaftsförderung, wo doch bekannt ist, daß die Bauwirtschaft weder Subventionen noch Ausfallhaftungen, noch Zinszuschüsse bekommt. (Abg. Kröll: „Genau das haben wir verlangt!“) Wenn schon, meine Damen und Herren, dann möchte ich das sagen, was der Kollege Dr. Maitz gemeint hat, es käme nicht darauf an, daß man Schulden macht, sondern wofür man Schulden macht. Da frage ich Sie, gibt es etwas, wo man es mehr verantworten könnte als in dieser Situation, als zur Arbeitsplatzsicherung in der Schlüsselindustrie Bauwirtschaft und gleichzeitig Wohnungen zu schaffen für Menschen, die sie sozial wirklich brauchen? (Beifall bei der SPÖ.) Wir sind der Überzeugung, und mit uns die Bevölkerung, was der Bundeskanzler immer sagt. Es ist viel besser, wir machen Schulden, um Arbeit zu schaffen, als Schulden, um Arbeitslosenunterstützungen zu bezahlen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Heidinger: „Es wurde gesagt, man mache keine Schulden, damit es keine Arbeitslosen gibt!“) Mit Arbeitslosen könnte man sicher politisch anders operieren als mit Schulden, das wissen Sie ganz genau.

Auf den zweiten Einwand, daß es zu teuer kommt, bin ich schon etwas eingegangen. Es hat aber keinen Sinn, aus dem ganz einfachen Grund, weil das Kontingent, das uns steirischen Bauarbeitern, den steirischen Wohnungssuchenden zugestanden wäre, Oberösterreich gerne genommen hat. (Abg. Dr. Eichtinger: „Kärnten!“) Auch Kärnten beteiligt sich. Da sind Sie falsch informiert. Es beteiligt sich nur nicht das Burgenland. Dort gibt es keinen Geschößbau. Niederöster-

reich hat – das können Sie auch nachmachen – eine Milliarde Wohnbauanleihe aufgenommen. (Abg. Dr. Eichinger: „Warum hat man das in Leoben, Bruck, Kapfenberg nicht genommen?“) Denen allen bedeuten eben die Arbeitsplätze von einigen tausend Bauarbeitern und ein zusätzlicher Wohnbau, der endlich wieder einmal die Bezeichnung sozial verdient, mehr, als Ihnen hier, meine Damen und Herren von der ÖVP. Die anderen Bundesländer, auch mit ÖVP-Mehrheit, verstehen unter diesem Programm eben einen wichtigen Teil des Kampfes um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und tun dies nicht nur mit Worten. Wenn Sie sich nicht an diesem Kampf beteiligen wollen, dann tragen Sie – da wird Sie niemand davon entbinden – die politische Verantwortung für mehrere tausend Arbeitslose in unserem Lande. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das ist Demokratie! Arbeitsplatzsonderprogramm des Landes Steiermark! Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit!“) Kollege Maitz, wenn du das steirische Arbeitsplatzprogramm gemeint hast, das in großzügiger Besetzung am Dienstag der Presse vorgestellt wurde, dann kann ich sagen, daß ich den größten Brocken gerade zerpflückt und erklärt habe, daß es den gar nicht gibt. Gar nicht anders schaut es beim Straßenbau aus. (Abg. Dr. Heidinger: „Der größte Brocken ist die STEWEAG!“) Wir erwarten ja zusätzliche Impulse. Der Kraftwerksbau ist ja keine zusätzliche Sache. Die Milliarde des Wasserwirtschaftsfonds haben wir schon erwartet, es hat sich nur verzögert durch die Schwierigkeiten, die hier im Lande gemacht wurden. (Abg. Dr. Heidinger: „Du bist schlecht informiert! Die neuen Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds fehlen!“) Ich sage eines: Vom ganzen Beschäftigungsprogramm, das so groß in der Zeitung steht, bleibt letztlich nichts übrig als die 30 Millionen für den Wärmeschutz der Landesbauten. (Abg. Ritzinger: „Warum hat keine steirische sozialistische Stadt davon Gebrauch gemacht? Erklären Sie mir, warum!“ – Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Weil die steirischen Gemeinden finanziell dazu nicht in der Lage sind, und weil die Gemeinden in hohem Ausmaß verschuldet sind. Es kann ihnen nicht auch noch der Wohnbau aufgehalst werden. Die Gemeinden bekommen noch Aufgaben dazu, für eine finanzielle Bedeckung wird nicht gesorgt!“) Ich möchte Sie einladen, wenigstens mit uns zu hoffen, daß einige hundert steirische Bauarbeiter bei der Abwicklung des von Ihnen verschmähten Kontingents jetzt in Oberösterreich oder in Wien einen Arbeitsplatz finden. Das ist die Wahrheit! Das ist die Wahrheit über einen großen Teil des so großartig verkündeten Beschäftigungsprogramms der Steiermark. (Abg. Ritzinger: „Warum nicht Bruck, Leoben, Knittelfeld?“ – Landesrat Heidinger: „Warum nicht die Steiermark?“ – Abg. Zinkanell: „Der Kollege Ritzinger muß ja nicht pendeln!“)

Meine Damen und Herren, mir ist es eigentlich nur darum gegangen, zu beweisen und klarzustellen, daß es kein – (Abg. Ritzinger: „Der Beweis ist nicht gelungen!“ – Abg. Brandl: „Der Beweis ist glänzend gelungen!“) Ich sage nicht mehr und nicht weniger, als daß es kein Sonderprogramm in der Steiermark gibt. Und – machen wir es umgekehrt – wenn man mir beweisen kann, daß es ein steirisches Sonderwohnbauprogramm gibt – also über das normale hinaus, außer den Vorziehungen –, dann stehe ich nicht an, mich für die Vorwürfe vor dem Landeshauptmann und vor

Ihnen allen zu entschuldigen. Aber ein Irrtum ist ausgeschlossen, sage ich Ihnen. Ein Irrtum ist ausgeschlossen! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Sind Sie dafür, daß man es nicht durchführt, das Sonderprogramm?“) Sonst würde ich das hier nicht sagen. Aber wenn Sie glauben, und ich muß annehmen, daß Sie es glauben, weil sonst könnten Sie nicht so reagieren – das muß ich annehmen –, dann bitte erkundigen Sie sich, schauen Sie nach, überprüfen Sie das, und dann werden Sie sich vielleicht bei mir entschuldigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage ja, wir haben zugestimmt, daß das vorgezogen wird. Aber ich sehe, Sie können begreifen, aber Sie wollen nicht (Abg. Brandl: „Dürfen nicht!“), also gebe ich es auf. (Beifall bei der SPÖ.) Oder dürfen nicht. Ja, der Herr Landeshauptmann ist wieder da, jetzt dürfen Sie nicht.

Aber bitte, meine Damen und Herren, ich hätte noch ein Anliegen.

Seit fünf Jahren – ich glaube, beim Rest dessen, was ich noch zu sagen habe, stimmen wir jetzt hoffentlich überein – habe ich bei jeder Wohnbaudebatte im Einvernehmen mit meinem Klub die Frage der verstärkten Kontrollen jener Wohnbauträger, welche Förderungsmittel in Anspruch nehmen, hier zur Sprache gebracht. Das können Sie nachlesen. Ich darf daher heute mit Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß der neugeschaffene Landesrechnungshof diese Tätigkeit ausüben wird. Wie wichtig die genannten Kontrollen neben der bestehenden Aufsichtspflicht der Rechtsabteilung 14 und des gesetzlichen Prüfungsverbandes sind, beweist die betrübliche Tatsache, daß schon wieder eine Wohnbaugenossenschaft beziehungsweise deren Manager im Mittelpunkt und wie es aussieht, wohl berechtigter Kritik und schwerer Vorwürfe steht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dort, wo politische Parteien Einfluß auf die Besetzung von wichtigen Positionen in Wohnbauvereinigungen ausüben können oder sogar ausüben müssen, doch noch strengere Maßstäbe angewendet werden sollen. Ich sage es ganz offen: Es dürfte nicht sein, daß ein Herr Titze von der GWS vom Prüfungsverband zur WBO kommt, daß ein Herr Braun von der „Neuen Heimat“ zur „Heimland“ kommt und beide schließlich, fast zwangsläufig, vor dem Strafrichter landen. Wenn aber trotz aller Vorsicht, was menschlich niemals ganz ausgeschlossen werden kann, aus persönlichen Gründen der Bereicherung Kriminelles passiert, so sollten wir über Parteigrenzen hinweg daran denken, daß dann nicht nur die Wohnungsinhaber durch solche kriminellen Handlungen geschädigt werden oder wurden, sondern daß dies auch ein Betrug an jenen ist, welche diesen Leuten sicher in gutem Glauben und vertrauensvoll diese Aufgaben übertragen haben. Und ich glaube, meine Damen und Herren, Solidarität mit den Geschädigten und den Betrogenen ist gewiß besser und auch anständiger als wechselseitige Schadenfreude. Eine solche Einstellung würde letztlich auch im wohlverdienten Interesse der vielen gut und korrekt arbeitenden Wohnbauvereinigungen, ohne die die schwierige Aufgabe, die Bevölkerung im größtmöglichen Ausmaß mit Wohnraum zu versorgen, gar nicht möglich wäre, sein.

Es ist nun zu hoffen, daß auch auf bundesgesetzlicher Ebene – das möchte ich nur noch einmal wiederholen – über die zukünftigen Förderungsgrund-



sätze, so wie bisher, einvernehmliche Lösungen gefunden werden; soweit es das Land betrifft, werden wir uns sicher, so wie immer, auch darum bemühen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Bundessonderwohnbauprogramm, die für die Steiermark vorgesehenen 728 Wohnungen, wurde von Ihren Hauptrednern bis zu dem jetzigen Beitrag vom Kollegen Loidl vorgetragen, aufgezeigt und immer wieder so hingestellt, als wäre es das alleinseligmachende Mittel, um die Arbeitsplätze zu sichern. Das ist eine irrige Ansicht, meine Damen und Herren. Ich bin mit diesen Fragen auch sehr viel befaßt: Arbeitsplätze und so weiter. Aber der Wohnbau selbst kann nur einen Teil zur Vollbeschäftigung beitragen. Die Ursache der hohen Arbeitslosenraten ist eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik, wie sie seit Jahren gemacht wird und wie wir sie seit Jahren aufzeigen. (Beifall bei der ÖVP.) Immer mehr Betriebe kommen in finanzielle Schwierigkeiten, und das ist kein Wunder. Die Eigenkapitaldecke der Betriebe betrug 1959 noch rund 60 Prozent, und heute, nach nahezu 13jähriger sozialistischer Alleinregierung, ist diese Eigenkapitaldecke der Betriebe unter 20 Prozent gesunken; von der Verstaatlichten rede ich gar nicht mehr. Und ich sage Ihnen auch, wenn wir hier nicht zu einer anderen Politik kommen, können wir uns ausrechnen, bis wann der letzte Unternehmer seinen Ausgleich anmelden muß.

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion (Abg. Halper: „So viele Betriebe, wie es jetzt in Österreich gibt, hat es noch nie gegeben!“), Sie selbst rechnen und wissen, so viele Insolvenzen wie im ersten Halbjahr 1982 hat es noch nie gegeben: 842 Insolvenzen im ersten Halbjahr. (Abg. Halper: „Aber noch nie so viele Gewerbebetriebe!“) Betroffen waren 16.400 Arbeitnehmer. Das ist die Tatsache! (Abg. Prensberger: „Daran ist nicht die Regierung schuld, sondern das Management!“) Das ist die verfehlte Wirtschaftspolitik. Das ist nicht das Management, das ist die verfehlte Regierungspolitik, die falsche Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich wieder. Sie selbst können rechnen, und Sie wissen ganz genau, daß diese Art von Wohnbaufinanzierung, wie sie von Ihrem Finanzminister vorgeschlagen wurde, die teuerste Wohnbaufinanzierung ist, die es bisher überhaupt gegeben hat. Diese Wohnungen sind fünfmal so teuer als nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, und nur ein Drittel dieses Geldes wird arbeitsplatzwirksam. Meine Damen und Herren, das wissen Sie doch alle miteinander! (Beifall bei der ÖVP.) Und es war daher auch richtig von der Steiermärkischen Landesregierung, im Hinblick auf diese Budgetsituation, in der wir uns befinden, daß dieses Sonderprogramm abgelehnt wird, noch dazu, weil wir zur gleichen Zeit 900 Wohnungen mit einem Sonderprogramm vorziehen und weil sie arbeitsplatzwirksam geworden sind. Meine Damen und Herren, das sind die Tatsachen! (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, das

sind die Tatsachen. Landesrat Koiner hat diese Mittel bereits im Frühjahr freigegeben, und seit Frühjahr wird an diesen 900 Wohnungen gebaut. Das können Sie nicht abstreiten, sonst hätten wir noch mehr Arbeitsplätze verloren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Herr Kollege, das waren die 900, die vor der Landtagswahl versprochen wurden!“) Herr Präsident Ileschitz, vielleicht können Sie mir eine Frage beantworten. Kein einziger Bürgermeister der großen sozialistischen Orte oder Städte dieses Landes hat die Möglichkeit, dieses Sonderprogramm auszunutzen, wahrgenommen. Warum denn nicht, weil er gerechnet hat, weil er es sich nicht leisten kann. Aber das Land kann. Meine Damen und Herren, was ist denn das für eine Politik. (Beifall bei der ÖVP.) Nach meinen Informationen hat bisher nicht ein einziger Bau stattgefunden nach diesem Bundesprogramm. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Schwarz-Peter-Politik!“ – Abg. Sponer: „Keine einzige Gemeinde in Österreich hat Gebrauch gemacht!“) Lieber Herr Kollege, wir leben in der Steiermark, und ich spreche über die Steiermark. Wenn diese Bundesregierung eine gute Tat setzen will, so soll sie diese Mittel, die dem Sonderwohnbauprogramm bereitgestellt werden, in den Wohnbautopf geben. Dann wird es in einigen Wochen arbeitsplatzwirksam. Das kann sie doch, wenn sie will. Warum tut sie es nicht? Aber ich sage Ihnen noch etwas, und das bewegt mich sehr, daß die Wohnungen nach dem Sonderwohnbauprogramm nie Eigentumswohnungen werden können. (Abg. Sponer: „Brauchen sie auch nicht!“ – Abg. Brandl: „Wir brauchen Wohnungen, die sich die Menschen leisten können!“) Es ist wirklich nicht einzusehen, daß die Mieter dieser Wohnungen, die in der Regel Klein- und Mittelverdiener sind, 25 Jahre hindurch die Annuitäten bezahlen und die Objekte dann der Gemeinde oder einer Genossenschaft gehören. Das ist Bereicherung auf Kosten der Klein- und Mittelverdiener, und dagegen habe ich etwas. (Beifall bei der ÖVP.) Haben Sie sich nie überlegt, daß diese Menschen nie Eigentümer werden können? (Abg. Prensberger: „Alle anderen Bundesländer scheinen völlig daneben zu liegen – das ist unwahrscheinlich!“) Der Herr Kollege Prensberger vergißt die Subjektförderung. Ich möchte noch einmal meine Frage stellen, ob Sie nicht überlegt haben, daß diese Wohnungen nie Eigentum werden können. (Abg. Sponer: „Die Wohnbeihilfe brauchen wir doch!“) Ich wollte eigentlich in acht Minuten fertig sein. Es gelingt mir nicht, aber nicht durch meine Schuld. Oder aber, Sie sind doch nicht so sehr für das breitgestreute Eigentum. Der Entwurf, den Schaller heute schon angezogen hat, des Wohnbauförderungsgesetzes 1983 gibt meiner Annahme recht. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen. Ich stelle auch fest, daß es sicherlich Ihre Vertreter waren, die diesen Entwurf umgebracht haben. Gott sei Dank! Daher wird es weiterhin Eigentum geben. Ich habe von dieser Stelle aus erst vor einem Jahr vor allem Sie von der sozialistischen Fraktion gebeten, für den geförderten Wohnbau aktiv zu werden. Die bestehende Wohnbeihilfe in der Höhe von 30 Schilling gehört längst aufgelöst, und die daraus resultierende Milliarde gehört dem Wohnbautopf zugeführt (Allgemeiner Beifall.), wobei selbstverständlich die niedersten Einkommen zu berücksichtigen sind. Die Wohnbeihilfe müßte längst aus dem Wohnbauförderungstopf herauskommen und in das Sozial-

ministerium übernommen werden. Auch das ist eine Forderung, wo Sie uns helfen können. Ich weiß, daß es schwierig ist. Aber stellen Sie sich vor, wenn Sie in das Budget schauen, sind es 240 Millionen Schilling, die im Jahr 1983 für Wohnbeihilfen ausgegeben werden. Für diese 240 Millionen Schilling könnten wir weitere 400 Eigentumswohnungen bauen. (Abg. Sponer: „Die Wohnungsbeihilfe ist wieder etwas anderes!“) Ja, aber sie gehört weg vom Wohnbautopf, sie gehört dem Sozialminister. Ich erkläre Ihnen das gerne einmal. Ich verstehe nämlich ein bißchen das Geschäft. Ich bin wirklich bereit, Ihnen das gut zu erklären. Ich habe Sie wirklich gebeten, in diesen Fragen aktiv zu werden, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, weil Ihre Anträge in dieser Richtung sicherlich zielführender wären. Ich habe es auch heuer vermißt, daß Sie im Landtag weder einen Antrag noch eine Resolution in dieser Richtung eingebracht haben. Ihre Anträge haben sicherlich mehr Chancen als unsere. Ich kann das aus dem einfachen Grund unterstreichen, weil ich vor zwei Jahren den Antrag eingebracht habe, daß bei der Wohnungsverbesserung, die mit 150 Quadratmetern limitiert ist, wenigstens die alten Bauernhäuser ausgenommen werden. Die Antwort brauche ich Ihnen nicht zu sagen, die wir vom Bundeskanzleramt bekommen haben. Sie haben sie ja auch selbst gelesen. Sie hätten wirklich auf den Bau des Konferenzentrums verzichten können. (Beifall bei der ÖVP.) 12.000 Wohnungen für Österreich hätte man dafür finanzieren können. Wissen Sie, warum Sie das können hätten? Weil Sie und Ihr 1. Landeshauptmannstellvertreter vor dem 4. Oktober 1981 bei jeder Gelegenheit gesagt haben, daß Sie gegen den Bau dieses Monsters in Wien sind. (Abg. Loidl: „Können schon, aber nicht wollen!“ - Abg. Ileschitz: „Das ist nicht wahr, reden Sie keinen Unsinn!“) Um so leichter wäre es gewesen, hier mit uns mitzugehen. (Abg. Hammer: „Steirische Bauarbeiter werden in Oberösterreich bauen!“) Man hätte diese Mittel dort einsetzen können, wo die Arbeitslosenrate am höchsten ist. Dort hätte man den Wohnbau sehr gezielt einsetzen können. Man hätte auch damit den Pendlern das Leben leichter gemacht. Es hätte in dieser Frage sehr leichtfallen müssen, mit uns steirisch denkend zu gehen. Seit 4. Oktober 1981 haben Sie leider, das muß ich auch sagen, sehr rasch umgeschaltet und sagen das, was Ihnen die Wiener Zentrale vorschreibt. Auf einmal ist das Konferenzzentrum etwas ganz Wichtiges, obwohl wir alle miteinander wissen, daß solche Großbauten und solche Großzentren nicht mehr gebraucht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sind von den Steirern gewählt worden. Sie sollten in diesen Fragen steirisch denken und steirisch handeln. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rainer:** Ich habe ja die besten Vorsätze gehabt, sehr kurz zu sein, ich werde es wahrscheinlich nur nicht schaffen.

Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jede Achtung vor den Bautensprechern beider Fraktionen, besonders für einen Neuling hier in diesem

Hohen Haus. Ich war nur sehr überrascht von der Vermutung des Herrn Dipl.-Ing. Schaller, der eine klare ideologische Ausrichtung in Richtung der Beseitigung des Eigentums hier erkennen ließ oder beim Studium der Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1983 diese erkannt hat. Er lehnt es deswegen ab. Und auch sein Kollege Kanduth hat ja dieselbe Meinung vertreten und dieselbe Vermutung angestellt. Ich frage mich jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, ob denn Ihre Ablehnung des Sonderwohnbauprogramms des Bundes, die Sie hier vorgebracht haben und die Sie scheinbar doch irgendwo nicht verschmerzen können, keine ideologische Ausrichtung hat oder ob das wirklich, wie Sie es hier vorgeben, die reine Vernunft, die wirtschaftliche Vernunft, letztendlich die letzte Vernunft ist. Wenn das so sein sollte, meine Damen und Herren, dann werden wir mit unseren Bauarbeitern, wie dies der Herr Kollege Loidl getan hat, und mit den Angestellten im Baugewerbe, die in den nächsten Wochen und Monaten ihre Arbeit verlieren, diese Fragen sehr eingehend diskutieren. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, daß unsere Arbeiter und Angestellten dies anders verstehen werden.

Nun aber zu einigen anderen Anmerkungen, die hier gemacht wurden. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist alles, was Ihr noch sagen könnt!“) Nein, nein, die werden uns verstehen. Kollege Dorfer, ich bin nicht der Kollege Rauter, aber ich darf Ihnen als Vertreter der Wirtschaft sagen, so unrecht hat dieser Herr, der von unserem Landeshauptmann in einer öffentlichen Veranstaltung einmal so apostrophiert wurde, mit seinen Vermutungen nicht. Tausende von Bauarbeitern sind aus ganz bestimmten Gründen auch arbeitslos geworden, und überlegen Sie sich daher derartige Maßnahmen. (Abg. Ing. Stoisser: „Wegen der verhauchten Wirtschaftspolitik!“ - Abg. Pötl: „Weil in Wien gebaut wird und die Steirer nach Wien fahren müssen!“ - Abg. Dr. Eichinger: „Zwölf Jahre SPÖ!“)

Und wir alle, Kollegen des Hohen Hauses, sind für jede Form der Vorziehung, nur, wir machen Ihren Lernprozeß nicht durch oder Sie verstehen es nicht. Tatsache ist, wenn Sie nur Vorgriffe machen, daß uns das irgendwann fehlen wird und daß uns dann später diese 900 Wohnungen fehlen und das heißt, daß wieder Tausende Arbeitsplätze für die Bauarbeiter und für die Bauangestellten fehlen werden. Und das sollte man sagen und das sollte man auch ehrlich herausstellen.

Und, Herr Kollege Kanduth, Sie müßten es aus Ihrer praktischen Tätigkeit wissen. Wenn Sie sagen, „das ist nicht mehr finanzierbar“, warum denn, weil die Kapitalkosten international so angestiegen sind, daß es wirklich fast nicht mehr finanzierbar ist. (Abg. Dr. Dorfer: „12.000 Wohnungen anstelle des Konferenzentrums!“)

Und ich sage Ihnen, Kollegen des Hohen Hauses - (Abg. Kollmann: „Sie sind gegen 12.000 Wohnungen und für das Konferenzzentrum!“) Sie lehnen das Sonderwohnbauprogramm des Bundes ab, weil es Ihnen ideologisch nicht paßt, Sie lehnen es ab, weil Sie ein anderes Programm haben; Sie haben es ja auch durch Ihre Bundesräte ablehnen lassen. Aber für uns ist beim Sonderwohnbauprogramm maßgeblich, daß eine 100-Quadratmeter-Wohnung etwa 2500 Schilling kosten würde, und, was sehr maßgeblich ist, junge

Menschen, die diese Wohnungen bekommen sollten, können nicht 150.000 oder 180.000 Schilling Anzahlung zahlen oder 300.000 Schilling aufbringen, wie es in Graz tatsächlich der Fall ist. Und denen helfen auch Eigenmittlersatzdarlehen nichts, meine Damen und Herren. Daher bekennen wir uns zu dieser Maßnahme und bedauern, daß diese Wohnungen für die Steiermark nicht mehr erreichbar und daß 2000 Arbeitsplätze der Bauarbeiter dadurch verlorengegangen sind. Ganz eindeutig - so ist es, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Pörtl: „Sie balancieren mit falschen Zahlen!“) Ich argumentiere nicht mit falschen Zahlen, sondern mit ganz richtigen Zahlen.

Und weil es so ist, meine Damen und Herren, daß Sie ja nichts mit der Ideologie zu tun haben, Sie haben ja immer eine wirtschaftliche letzte Vernunft. Warum Sie so vorgehen, darf man Ihnen auch sagen, es ist natürlich auch so, daß Sie die Altstadtanierung und das System der Startwohnungen ja auch nicht sehr dringlich behandelt haben. Der Bund hat eine Milliarde Schilling zur Verfügung gestellt, und es wäre hier aufzuklären, ob jetzt dem Land Steiermark 127,5 Millionen Schilling oder 95 Millionen Schilling zukommen oder ob hier irgendwelche Mittel nicht angesprochen werden. Das könnte ja auch sein, weil Sie ja zu den Startwohnungen zum Beispiel bis jetzt keine klare Aussage getroffen haben. Aber auch hier ist feststellbar, auch wenn diese Mittel beansprucht würden und wenn hier mehr Dynamik, mehr Initiative dahinter wäre, dann würde das sehr rasch auch im Baugewerbe und vor allem im Baunebengewerbe beschäftigungintensiv werden: bei Installateuren für Gas, Wasser, Heizung, also dort, wo wir die Beschäftigung auch brauchen würden. Aber hier haben Sie scheinbar keine besondere Eile. Und ich zeige Ihnen, daß das tatsächlich so ist.

Das Bundesgesetz ist vom 1. März 1982, verlaublich - Sie wissen ja, warum - wurde es erst am 15. April 1982, Beschluß der Landesregierung: 28. Juni 1982. Man höre und staune. Es gab da Geldinstitute, es gab da Wohnungsgenossenschaften, die waren sehr interessiert daran, ob nicht doch vielleicht auch im Hinblick auf den Weltspartag besondere Maßnahmen der Information über die Möglichkeiten, Mittel der Altstadterhaltung anzusprechen, herausgestellt werden. Im August war für viele überhaupt noch nicht erfragbar, wie denn diese Richtlinien für die Althausanierung und wie diese Richtlinien für den Kreditapparat aussehen sollten. Wissen Sie, wann informiert wurde? Am 7. Oktober 1982. Offensichtlich sehr, sehr prompt, werden Sie sagen. Wir meinen, meine Damen und Herren, daß das eine gewisse Ideologie der Säumigkeit ist: Sie haben da sehr vieles versäumt. Hier hätte es gute Möglichkeiten gegeben, rascher zu sein. Und daß das so ist, wird erst recht deutlich, wenn man den Amtsvortrag des Referenten liest. In diesem Amtsvortrag gibt es einen sehr klaren und präzisen Hinweis auf diese verbundlichten Abgaben - die Steuerexperten werden wissen, was das tatsächlich bedeutet - und auf den Verzicht darauf, wenn man sich nicht beteiligt. Das ist beim Kollegen Dipl.-Ing. Schaller angeklungen. Na ja, die Ausweitung der Wohnbauförderung auf diesen Weg kann nur umständlicher sein, meint zumindest der zuständige Referent, Herr Landesrat Koiner. Die Reaktivierung des Wiederaufbaufonds ist völlig unnötig, sie

bedeutet nur einen unnötigen weiteren Zentralismus. Ein nochmaliger Hinweis wiederum - damit es deutlich genug bleibt - auf Verzichte der Länder und Gemeinden, die zwangsläufig anfallen würden, und daher die Infragestellung überhaupt - auch das kam ja bereits zum Ausdruck -, ob denn diese neue Sparform, dieses Versicherungssparen, sinnvoll sein kann; Hinweis darauf, das ginge angeblich zu Lasten anderer Bausparformen, die von Ihnen mehr forciert werden. Die einzigen Pro-Argumente, die Sie gefunden haben, klingen also fast nicht egoistisch. Sie sind es aber sehr gewaltig.

Die Landesbeteiligung soll also doch vorgesehen werden, weil sie einen gewissen Ausgleich schafft, meine Damen und Herren, und außerdem die Landesförderung, die bisher 6 Prozent betragen hat, ja ohnehin auf 2,5 Prozent reduziert werden kann und - damit es nicht gar so dramatisch klingt oder gar so schlecht ausgelegt werden kann -, weil dann diese 6prozentigen Darlehen ja wegfallen könnten und mehrere Förderungen dadurch möglich wären. Hier läßt es sich ja ganz gut argumentieren.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, Sie hatten kein besonderes Interesse, schon gar nicht an den Startwohnungen für die jungen Menschen, und es ist daher sehr erfreulich - es ist auch angeklungen -, daß sich eine Vielzahl von Gemeinden an diesen Startwohnungsvorhaben beteiligen werden, so zum Beispiel Bärnbach, Bruck an der Mur, Deutschfeistritz, Fohnsdorf, Frohleitens, Gratwein, Kapfenberg, Kindberg, Knittelfeld, Liezen, Graz und andere. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das wissen Sie genau, daß das ausschließlich über den Bund abgewickelt wird!“)

Es zeigt sich also eine gewisse Tendenz, und es zeigt sich auch eine gewisse Meinung des Landes. Und hier ist scheinbar die Meinung des Landes oder die Meinung des Referenten wieder einmal zufälligerweise die Meinung der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist reine Bundessache!“)

Aber, daß es diese Probleme gibt, meine Damen und Herren, darf man auch noch an Hand von einigen weiteren Beispielen darstellen, die auch nicht sehr angenehm für Sie klingen können. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist doch Bundessache, wissen Sie das nicht?“) Das weiß ich schon, Kollege Maitz.

Nämlich in bezug auf die Altstadterhaltung; wie schaut es denn tatsächlich aus? Auch hier sind Sie vom Land aus mitverantwortlich, vor allem aber Ihre Vertreter in der Stadt. In der Landeshauptstadt Graz sieht das so aus: Seit 1951 - ich kürze es jetzt ab - ist die Wohnbevölkerung von 10.935 im Jahre 1981 auf 4830 oder 56 Prozent zurückgegangen, die Wohnungen und Haushalte sind von 4346 auf 2537 oder um 58 Prozent zurückgegangen. Es gibt nur ganz wenige Vorhaben überhaupt. Es gäbe aber, meine Damen und Herren, 500 bis 600 leerstehende Wohnungen, die so adaptiert werden könnten, daß sie jungen Menschen als Startwohnungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Es war eine dankenswerte Initiative der „Kleinen Zeitung“, die versucht hat, diese Probleme scheinbar auch noch vor dieser Budgetdebatte aufzureißen. Sie hat darauf hingewiesen, daß das Institut für Umweltforschung diese Erhebungen in Verbindung mit der Erhebung des Mikrozensus angestellt hat. Dabei wiederum

stellte sich heraus, daß das Land auch auf diesem Gebiet sehr wohl sehr säumig ist und daß aus den Aktivitäten des zuständigen Landesrates klar erkennbar war, daß sie zwar nie ideologisch, sondern immer wirtschaftlich vernünftig, aber, wie wir meinen, gegen die Interessen der Bauarbeiter und der -angestellten und vor allem gegen die Interessen der Wohnungswerber vorgehen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Eichtinger: „So kann man Baumißwirtschaft verteidigen!“)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn jetzt das Sonderwohnbauprogramm zur Diskussion stand, es wird ja im letzten halben Jahr schon sehr vehement in diesem Haus diskutiert, möchte ich ehrlicherweise einmal dem Herrn Finanzreferenten so richtig ins Herz schauen und mir zu Weihnachten wünschen, daß er einmal genau das sagt, was er sich bei der Diskussion dieses Sonderwohnbauprogramms denkt. Ich weiß schon, sagen wird er etwas anderes. Er wird hier voll auf der Linie seiner Partei liegen. Losgelöst von Emotionen hat weder das Sonderwohnbauprogramm noch das Stadtwohnungsgesetz ideologische Züge. Die kann ich bei beiden Teilen beim besten Willen nicht erkennen. Es ist aber so, daß das Sonderwohnbauprogramm zweifelsohne natürlich eine teure Form ist, hier Wohnungen zu bauen. Es ist so, daß der Quadratmeter genau 25 Schilling an Mietkosten beträgt, aber natürlich die Belastung für die öffentlichen Haushalte einerseits, die Belastung des Bundes, die Belastung des Landes andererseits eine enorme ist. Wenn ich eine 100-Quadratmeter-Wohnung hernehme und ungefähr 10.000 Schilling pro Quadratmeter einsetze, ist es dann doch eine Belastung von 3880 Schilling jeweils für den Bund und das Land. Nur hat es wie immer bei diesen Dingen einen Pferdefuß. Es ist so, wenn der Bund ins Land etwas investiert, verlangt er im gleichen Ausmaß den Zuschuß des Landes. Hier wissen wir, daß die Möglichkeiten des Bundes ungleich größer sind, allein schon auf Grund des budgetären Umfangs. Es stellt natürlich für das Landessäckel eine wesentlich höhere Belastung im Verhältnis zur Belastung für den Bund dar. Da ist es schon legitim, daß man sich in einem Bundesland doch hinsetzt und Überlegungen anstellt, ob man das noch eingehen will oder nicht. Es hat sich hier die ÖVP dazu entschieden, wir wollen das nicht eingehen, wir wollen die finanzielle Belastung nicht auf uns nehmen. Wenn mir einmal der Finanzreferent meinen Weihnachtswunsch erfüllen und hier die Wahrheit sagen würde, würde er höchstwahrscheinlich auch zu dem Schluß kommen, daß für die Steiermark dieses Programm ein sehr teures ist.

Zu den Startwohnungen. Ich habe schon einmal betont, ich spüre hier keinen ideologischen Aspekt. Ich sehe nur in den Startwohnungen einen sehr entscheidenden Vorteil, da es sich um Wohnungen, die vor 1945 gebaut wurden, handelt. Das heißt, daß man endlich einmal diesen schon dem Verfall preisgegebenen Altwohnungsbestand doch revitalisieren könnte. Dort ist es auch, Kollege Rainer, begründbar, daß selbstverständlich die Stadt Graz zugreifen wird, wobei

hier das Land aber wieder keinen Einfluß hat, sondern das ist eine Vereinbarung, die mit dem Bund zu treffen ist. Das ist eine gute Sache. Sie wird unseren jüngeren Leuten helfen. Es hat den Vorteil, daß eine befristete Vermietung erfolgen kann, daß auch der Hausherr in absehbarer Zeit, zumindest nach fünf Jahren, wieder über seine Wohnung verfügen kann. Im Zusammenhang mit dem Wohnbau und der Wohnbauförderung wird sicher berechtigt der arbeitsmarktpolitische Effekt in den Vordergrund gestellt, aber ursächlich geht es darum, Leute, die Wohnungen brauchen, mit Wohnungen zu versorgen. Die Arbeitsplatzfrage ist natürlich ein ganz wichtiger Nebenaspekt.

Nun über die Mittel. Es steht immer wieder das Konferenzzentrum zur Diskussion. Wir und meine Partei haben uns auch gegen den Bau des Konferenzentrums in Wien ausgesprochen. Vielleicht können wir uns auf eines einigen. Es hat so viele Pro und Kontra gegeben, ich kann beim besten Willen nicht beurteilen, ob wir das einmal brauchen. Aber eines kann ich beurteilen und kann ich behaupten, daß es nicht eine ganz vordringliche Aufgabe ist. (Abg. Prensberger: „Es ist für viele Betriebe wichtig!“) Genauso, wie gestern ein Kollege gesagt hat, daß die Abfangjäger nicht das Wichtigste sind. Obwohl ich glaube, wir brauchen sie auch. Aber ich lasse ohne weiteres mit mir diskutieren, daß wir in der jetzigen Situation andere Dinge brauchen. Wobei bei den Abfangjägern natürlich auch die Verträge mit den Franzosen so abgefaßt wurden, daß unsere Wirtschaft auch wieder eine Belebung erfahren wird. Der Schmäh, wenn ich das so bezeichnen darf, geht nicht hinein, daß uns der Geldgeber keine Alternative läßt. Der Geldgeber ist bis heute nicht bekannt. (Abg. Dr. Dorfer: „Den gibt es ja gar nicht!“) Das ist ein politisches Argument. Wir sind alle in einer Partei tätig, ich weiß, daß Ihr sicher bei dieser Geschichte Bauchweh habt. Letztlich unterwerfen wir uns alle einer gewissen Disziplin. Da habe ich Verständnis, aber rein von der Sache her bin ich der Meinung, daß das sicher kein sehr wichtiges Projekt im Augenblick ist.

Nun, die österreichische Wohnbaupolitik ist in den letzten Jahren natürlich deshalb besonders in die Diskussion geraten, weil die Wohnbauförderung im allgemeinen zur Diskussion steht und sich hier die einzelnen Politiker Gedanken machen, wie es weitergehen soll, weil wir bei der Wohnbauförderung in ein Spannungsfeld geraten sind. Wir müssen feststellen, daß die Mittel einfach knapper werden. Wir sind auch mit der Tatsache konfrontiert, daß wirklich ein Teil, mehr als 20 Prozent, in die Subjektförderung hineingehen, wo mein Vorredner zu Recht gesagt hat, das gehört eigentlich in die Sozialpolitik, in die Familienpolitik hinein. Nur, der Familienlastenausgleichsfonds ist ja auch leer. Dann sind die Finanzierungskosten höher geworden, die Baukosten steigen. Der Baukostenindex ist viel schneller gestiegen als der Verbraucherindex. (Abg. Loidl: „Der Wärmeschutz kostet Geld!“) Auch die Ansprüche, Wärmeschutz, Lärmschutz usw. verteuern das auch noch. Die Wohnbaustatistik, meine Damen und Herren, ist in den letzten zehn Jahren eine fallende. Wir haben zwar nicht sehr viel, aber immerhin merklich weniger im Jahre 1981 fertiggestellt, als im Durchschnitt in den Jahren 1971 bis 1980, wobei hervorstechend ist, daß in

Wien der Abfall am größten ist. In Wien minus 43 Prozent im Jahre 1981 gegenüber den zehn Jahren bevor. Das ist auch nicht gerade ein Ausdruck einer sehr erfolgreichen Wohnbaupolitik, die hier in Wien betrieben wurde. In der Steiermark sind es minus 7 Prozent.

Jetzt behaupte ich aber folgendes, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich habe am Anfang mit Absicht gesagt, daß der Hauptaspekt natürlich der ist, dem Wohnungsuchenden eine Wohnung zu besorgen. Da müssen wir davon ausgehen und uns überlegen, bitte schön, wie werden wir dieses Wohnungsproblem, dem Wohnungsuchenden eine Wohnung zu geben, lösen. Und da behaupte ich, da können wir noch so viel Geld in den öffentlichen Wohnbau hineinstecken – ich meine, wir werden immer weniger zur Verfügung haben –, daß über den Neubau das Wohnungsproblem in Österreich keineswegs zu lösen ist. Da werden wir immer wieder einem Phantom nachlaufen, wir werden es nie lösen.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß wir uns überlegen müssen, wie wir die leerstehenden Wohnungen – und da gibt es verschiedene Aussagen von verschiedenen Untersuchungen, aber sicher kann man sie zwischen 150.000 bis 300.000 ansetzen, da werden Zweitwohnungen drinnen sein, aber in dieser Bandbreite in etwa sollen sie vorhanden sein – dem Wohnungsmarkt zuführen. Wenn man alle dem Wohnungsmarkt zuführen könnte, glaube ich – ich will jetzt nicht sagen, daß man den Neubau völlig einstellen könnte –, daß ein Neubau nur in einem geringsten Ausmaß überhaupt notwendig wäre. Und wenn wir fragen, „warum stehen sie eigentlich leer?“ – das ist ja wirklich eine komische Frage, und die Antwort ist ja vielleicht auch nicht ganz verständlich –, dann liegt für mich der Schlüssel in unserem Mietrechtsgesetz. Die Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte ist ja in ihren schlechten Auswirkungen im Rahmen des Mietrechtsgesetzes, das am 1. Jänner 1982 hier neu in Kraft getreten ist und durch die Sozialistische Partei durchgezogen wurde, noch einmal manifestiert worden. Und ich behaupte hier, daß es ein reines Wiener Mietrechtsgesetz ist. Natürlich, für die Stadt Wien als größtem Hausbesitzer ist das eine wunderbare Auffüllung ihres Budgets, weil die Mietzinse, die da hereinkommen, natürlich gleich in das Budget hineinfließen, aber die übrigen Körperschaften oder auch der private Hauseigentümer hat von diesem Mietrechtsgesetz eher Nachteile zu erwarten als er einen Anreiz verspüren würde, überhaupt eine Wohnung zu vermieten. Das ist meines Erachtens das Problem, weil einfach von der Einnahmenseite nichts drinnen ist. Letztlich bleiben ihm 20 Prozent vom Mietzins – na bitte, man kann es auf zehn Jahre aufrechnen, vielleicht bleiben ihm 30 Prozent, sagen wir großzügig 40 Prozent, aber das wird höchstwahrscheinlich schon das Höchste sein.

Wenn man das kapitalisiert und dasselbe Geld, das dort investiert wurde oder liegt, auf die Bank gibt und niedrig verzinst anlegt, hat man noch immer ein Vielfaches von dem, was aus der Vermietung einer Wohnung an Ertrag erwirtschaftet werden kann. Natürlich kann man sich auf den sozialistischen Standpunkt stellen und sagen: „Wohnung ist Recht.“ Aber nun unterliegt einmal auch der Wohnungsmarkt gewissen wirtschaftlichen Momenten, und man muß halt verstehen, wenn jemand ein Haus besitzt, der es womöglich neu gebaut

hat oder auch wenn er es ererbt hat, dann hat er Kosten, hat einen Besitz und möchte hier eine gewisse Rendite ziehen. Ich habe mit vielen Hauseigentümern gesprochen, die denken ja gar nicht im geringsten Ausmaß daran, wirklich die Sparbuchzinsen zu bekommen, weil ihnen das noch immer sicherer ist als alles andere. Er ist auch bereit, um einen Teil der Sparbuchzinsen seine Wohnung zu vermieten, aber nicht einmal das gibt ihm das neue Mietrechtsgesetz. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eines der dümmsten Gesetze, das in den letzten Jahren beschlossen wurde!“) Es gibt auch in dem neuen Mietengesetz eine Formulierung „Verteuerung der leerstehenden Wohnungen“. Das sollte irgendwo in die Richtung gehen, daß diese leerstehenden Wohnungen doch dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Das sieht so aus, daß der Wohnungseigentümer die Mietzinsreserve – er muß quasi für seine Wohnung, die er leer hat, selbst einen Zins zahlen – dem Topf zuführen muß. Er muß diese Mietzinsreserve gegen sich selbst einsetzen, und er muß auch den Betriebskostenanteil für die Wohnung zahlen. Die Leute nehmen das durchaus auf sich, weil das von der Ausgabenseite her, die er damit hat, genauso wenig Bedeutung hat, wie er umgekehrt für die Vermietung der Wohnung an Einnahmen von Bedeutung für sich hier rekrutieren kann. Sie lassen also unter diesen Verhältnissen trotzdem die Wohnungen leer. Das ist bereits die Erfahrung dieses Jahres. Wir haben hier in Graz nicht gespürt, daß sich der Wohnungsmarkt jetzt sprunghaft erweitert hätte und sich die Leute sofort gemeldet und gesagt hätten, ich habe hier eine leere Wohnung. Es ist auch das Investieren auf Grund dieses Mietrechtsgesetzes uninteressant geworden. Und das ist natürlich etwas, was wieder sehr eng mit dem Wohnungsmarkt zusammenhängt. Selbstverständlich, wenn ich Anreize schaffe, daß Wohnraum vermietet wird, schaffe ich auch Anreize, daß Leute in einen Wohnraum natürlich etwas investieren.

Ich möchte hier nur kurz ein Rechenbeispiel vorbringen: Wenn ich eine Wohnung, Ausstattung Kategorie C, habe und diese C-Wohnung durch eine Investition zu einer A-Wohnung mache, dann heißt das, daß ich von 11 auf 22 Schilling pro Quadratmeter Mietzins steige. Wenn ich jetzt billig rechne: um diese 100 Quadratmeter C-Wohnung zu einer A-Wohnung zu machen, na ja, da muß ich ganz billig rechnen, daß ich mit 200.000 Schilling durchkomme. Ich will das natürlich mit Absicht niederhalten, weil man über alles diskutieren kann, aber nehmen wir eine untere Grenze, er packt selber an und wie das halt so üblich ist – was der Herr Kollege Dr. Dorfer nicht gern hört, aber bitte, das ist ja durchaus üblich – na, vielleicht macht er noch etwas, daß er mit 200.000 Schilling durchkommt. Wenn er jetzt diese Investition von 200.000 Schilling tätigt, wenn er 7 Prozent von 200.000 Schilling, wenn er das auf das Sparbuch nähme, bekommt, wären das zumindest 14.000 Schilling am Sparbuch. Die Mietzins-erhöhung macht 13.200 Schilling aus, die gehört aber noch lange nicht ihm, weil er in die Mietzinsreserve etwas hineinführen muß. Die Ertragskomponente macht sowieso nur 20 Prozent aus. Wenn ich ihm auch wieder großzügig 40 Prozent zugestehe – und darüber wird höchstwahrscheinlich im langjährigen Durchschnitt niemand kommen –, hat er ungefähr 5200 Schilling im Vergleich zu 14.000 Schilling, die er am Sparbuch bekäme. Also bitte, ich muß ehrlich sagen,

dann werde ich eines machen, dann lasse ich den in der alten Wohnung drinnen oder er soll in die alte Wohnung einziehen, aber den beschäftigungspolitischen Aspekt, den wir dabei hätten, werden wir natürlich nie erzielen, weil so ein Geschäft macht der auch nicht, und er darf ja doch auch ein bißchen in seine Tasche hineindenken.

Die Konsequenz, meine Damen und Herren - und dann komme ich schon zum Schluß -, ist die, daß der Althausbestand verfällt. Hier hätte man natürlich die große Chance gehabt - dieses Mietrechtsgesetz stand ja lange zur Diskussion und es wird lange wieder nicht geändert werden; ich kenne unsere politischen Verhältnisse, wenn sich etwas Grundlegendes ändert, dann gibt es ja nur Retuschen; auch die ÖVP-Alleinregierung hat sich ja auch nicht beherzt darüber getraut, also wird das Gesetz in den nächsten Jahrzehnten höchstwahrscheinlich bleiben -, den Althausbestand zu sanieren und leerstehende Wohnungen dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Das wären wertvolle Impulse unserer Bauwirtschaft - weil sie so betont werden - gewesen. Hier glaube ich, Kollege Loidl, wäre viel drinnen gewesen, sehr viel, und zwar die kleinen und mittleren Unternehmer, für die wir alle sind - ich will jetzt nicht sagen, daß sie jemand gepachtet hat -, aber die so zu kämpfen haben, könnten hier einen sehr wertvollen Impuls bekommen.

Zu einem politischen Thema, meine Damen und Herren, möchte ich noch kommen, und zwar zu einem brennenden parteipolitischen Thema: Ich habe hier schon vorher erwähnt, daß man versucht hat - wobei ich aber sage, mit untauglichen Mitteln -, hier über den Weg des neuen Mietrechtsgesetzes die leerstehenden Wohnungen irgendwo in den Griff zu bekommen. Das ist nicht gelungen. Nachdem das nicht gelungen ist und das sich sehr schnell herausgestellt hat, geht die Sozialistische Partei den nächsten Schritt und sagt: „Höhere Besteuerung des leerstehenden Wohnraumes.“ Oder, da gibt es ja auch schon wieder Jusos, die sagen überhaupt, eine Wohnungsbewirtschaftung, und da setzen wir irgend jemanden hinein.

Meine Damen und Herren, man kann auch über eine Besteuerung reden. Wenn wirklich jemand eine leere Wohnung hat und sich den Luxus leistet, diese Wohnung über Jahre leer stehen zu lassen, kann man über eine Besteuerung auch reden, aber da müssen natürlich vorher flankierende Maßnahmen gesetzt werden. Und wenn man mit Leuten spricht, die auf eine Mietzinseinnahme - in noch so geringem Ausmaß - verzichten, und man sie fragt, „warum gibst du sie denn nicht wenigstens her?“, dann sagt er: „Paß auf, ich habe eine Tochter, ich habe einen Sohn, und ich brauche in fünf, sechs, sieben Jahren diese Wohnung.“ Das Problem ist, daß er auf Grund des Mietrechtsgesetzes eine Wohnung, die jünger als 1967 ist, überhaupt nicht auf Zeit vermieten kann, wenn ich das so richtig schnell im Kopf habe, und er deshalb diese Wohnung nicht vermietet. Wenn ich jetzt einer Besteuerung nahetrete, muß ich diese Randbedingungen schaffen, daß ich sage: „Paß auf, lieber Freund, wenn du die Wohnung brauchst, bekommst du sie frei. Aber solange du dir den Luxus leistest, eine Wohnung, über die du früher oder später selbst wieder verfügen kannst, leerstehen zu lassen, dann zahlst du eine Maut.“ Dazu bekenne ich mich. Aber diese flankierende Maßnahme

muß her, dann ist auch so einer Frage näherzutreten. Diese flankierende Maßnahme gibt uns das Gesetz nicht. Und weil es das nicht gibt, bin ich gegen eine Versteuerung.

Nun, meine Damen und Herren, abschließend sei noch einmal wiederholt: Natürlich hat die öffentliche Hand, was den Wohnbau anlangt, ihre Aufgaben, aber daß die öffentliche Hand es allein nicht schaffen kann, davon bin ich überzeugt, und es wird niemanden geben, der das wird widerlegen wollen, daß zu den Aufgaben der öffentlichen Hand und zu den Initiativen der öffentlichen Hand natürlich die private Initiative genützt werden soll. Ich habe betont, daß ich es auf Grund des Mietrechtsgesetzes bedaure, daß diese große Chance, die uns am Wohnungsmarkt entlasten würde, die uns beschäftigungspolitisch hier einiges bringen würde, nicht gewahrt wurde, und deswegen werden wir das Wohnungsproblem in den nächsten Jahren nicht lösen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Bevor ich dem Herrn Landesrat Koiner das Wort erteile, möchte ich doch etwas nicht verschweigen. Ich habe kein Recht, zu befehlen, aber ich habe die Pflicht, aus der Verantwortung dieses Amtes ein ernstes Wort zu sagen. Wir haben ein Kapitel behandelt, die Wohnbauförderung, das letzten Endes der Sorge um das traute Heim gilt. Es ist wie eine Ironie, daß es ausgerechnet bei der Behandlung dieses Kapitels zu so lautstarken Szenen gekommen ist. Ich bitte Sie wirklich im Ernst zu erwägen, daß nicht nur das Hohe Haus und die Galerie, sondern Zehntausende Familien im Lande durch den Rundfunk an dieser Sitzung teilnehmen und daß sich die Bevölkerung andere Vorstellungen von demokratischen Auseinandersetzungen macht. Ich bitte Sie, mir dieses ernste und aus tiefer Verantwortung empfundene Wort nicht zu verübeln. Herr Landesrat, ich bitte um das Wort.

**Landesrat Koiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich für die Debattenbeiträge herzlich bedanken. Vor allem deshalb, weil sie, ausnahmslos kann ich eigentlich nicht sagen, aber fast ausnahmslos von Kennern der Materie vorgetragen wurden, und wenn sich auch Gegensätze in der Auffassung, gerade angesichts der jetzigen Situation, nicht vermeiden lassen, ist es doch auch für den zuständigen Referenten ein Vergnügen, zu sehen, daß alle Herren, die sich ans Rednerpult begeben haben, doch von der Sache etwas verstehen. Deshalb möchte ich mich für die Beiträge bedanken. Was heuer auffallend ist und was auch zu erwarten war ist, daß sich die Debatte um die Wohnbauförderung eigentlich nicht so sehr um die Wohnbauförderung gedreht hat, sondern um die Lage in der Bauwirtschaft. Das ist bezeichnend, das war das Kennzeichen dieser Debatte. Ich bin durchaus mit dem Abgeordneten Loidl einer Meinung, wenn er sagt, die Wohnbauförderung und damit der öffentliche Wohnbau ist ein sehr wichtiger Bestandteil, auf den die Bauwirtschaft natürlich nicht verzichten kann und wo sie besonders sensibel reagiert auf alles, was sich auf dem Gebiet ereignet.

Eine Darstellung möchte ich doch sehr deutlich bringen, nämlich den Versuch von manchen Stellen,



nun eine Darstellung zu geben, als würde die Wohnbauförderung ohne Zuführung neuer Mittel in der Lage sein, das auszugleichen, was die übrige Wirtschaft leider Gottes nicht in der Lage ist, zu investieren. Diese Darstellung ist irreführend, ja ich glaube sogar, sie ist falsch. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen. (Allgemeiner Beifall.) Wir sind uns darüber einig, was die eigentliche Ursache ist. Bei der Kapitalausstattung, die heute den Betrieben noch zur Verfügung steht, bei den Zinshöhen, die zwar im Rückgehen sind, aber trotzdem in der Nettozinsbelastung noch eine Marke erreichen, und wer soll bei der Unsicherheit der Zukunft mit fremdem Kapital Bauinvestitionen durchführen, wofür er bei der Steuergesetzgebung nur 2 Prozent im Jahr abschreiben kann. Das ist die Kernfrage der Bauwirtschaft. Es wird je nachdem, auf welcher Seite wir sitzen, unterschiedliche Meinungen geben, was daran schuld ist. Aber die Tatsache ist, daß der Wohnbau ohne zusätzliche Mittel das unmöglich ausgleichen kann. Ich möchte die Zahlen sagen, die wir aus dem Topf der Wohnbauförderung für die Bauwirtschaft bauwirksam zur Verfügung stellen können. Wir haben etwa 2,8 Milliarden Schilling im Wohnbautopf 1982 in der Steiermark gehabt. Wir werden etwa die gleiche Summe im Jahre 1983 zur Verfügung haben abzüglich der notwendigen Subjektförderungen – wobei die Frage besteht, ob die Annuitätzuschüsse, die wir da nicht dazurechnen, ob nicht auch die Eigenmittelsatzdarlehen bauwirksam sind in dem Sinn, weil es sonst manchen überhaupt nicht möglich wäre, in eine solche Wohnung hineinzugehen. Aber immerhin werden etwa gute zwei Milliarden übrigbleiben, um echt zu bauen. Das löst auch andere Mittel aus, so daß doch ein beträchtlicher Teil von der Wohnbauförderung hier in der Lage ist, die entsprechenden Impulse zu geben.

Ich möchte noch eines sagen und glaube, auch darüber gibt es in diesem Hause keine großen Auffassungsunterschiede: So berechtigt der Wunsch der Bauwirtschaft war und die Vorsprachen, die bei mir als zuständigem Referenten erfolgt sind, möglichst viel von diesen Wohnbauförderungsmitteln in die Bauwirtschaft zu geben – von dorthen eine ganz klare Angelegenheit –, habe ich den Herren auch in aller Deutlichkeit gesagt: Nach dem WFG 1968 genießt Priorität, meine Damen und Herren – und daran fühle ich mich gebunden –, der Wohnungswerber. Selbst um den Preis, daß wir weniger Wohnungen bauen können, weniger dem durchaus berechtigten Wunsch der Bauwirtschaft entsprechen können, weil wir in der Subjektförderung mehr Mittel gebrauchen können, damit die Wohnungen, die gebaut werden, auch für den einzelnen finanziell verkraftbar sind. Wir könnten sonst vielleicht einige Wohnungen – und es läßt sich streiten wieviele – mehr bauen. Wenn wir aber mehr Wohnungen gebaut haben und die Leute sagen, ja Herr Landesrat, wer soll denn da noch einziehen, wir können uns das nicht leisten, wäre das eine verkehrte Administration der Wohnbauförderungsmittel. Und dabei müssen wir bleiben, bitte sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte über die Zahlen, die schon genannt worden sind, nicht noch einmal berichten, weil wir ohnedies, glaube ich, etwas in Verzug sind. Ich möchte nur sagen – und das ist vielleicht auch interessant –,

wie weit es mit der Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung geförderter Eigentumswohnungen steht. Sie wissen, daß wir ein eigenes Kontrollinstrument installiert haben, daß die Menschen, die wir dort einsetzen, gar keine leichte Aufgabe haben und daß es mir manchmal auch sehr schwer fällt – ich sage das in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren –, bei den unzähligen Vorsprachen, die dann erfolgen und wo um eine Ausnahme ersucht wird und wo es Tränen im Büro gibt, wo Menschen, die also sicherlich nicht mit Gütern gesegnet sind, sagen: „Herr Landesrat, jetzt habe ich endlich eine Wohnung erwischt, in drei, vier Jahren sind meine Kinder so weit, denen möchte ich das geben“, dann diese Entscheidung zu treffen. Ich bin aber der Meinung, daß wir dabei bleiben müssen. Wenn wir mit einer Ausnahme anfangen, dann gibt es so viele Begründungen, daß wir die Kontrolle auch einstellen müssen. So schmerzlich das ist – es tut einem wirklich weh –, es gibt keinen anderen Weg. Wir haben diese Verpflichtung drinnen, und wir müssen sie kontrollieren, weil es dabei natürlich auch wirklich andere Fälle gibt, wo man sagt, Gott sein Dank, daß wir das installiert haben, und Gott sei Dank, daß wir die Leute erwischt haben, zum Beispiel Mißbrauch von Wohnungen, wo Architekturbüros eingerichtet waren. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was das bedeutet. Also gibt es auch hier nur den Weg, dabei zu bleiben.

Wir haben bis zum 30. September über 6000 Wohnungen überprüft, in 5500 Fällen eine Klärung herbeiführen können, ungeklärt sind noch 824 Fälle. In 328 Fällen ist die Kündigung der Förderung ausgesprochen worden, und wir haben dadurch für diese 328 Fälle Mittel in der Größenordnung von über 58 Millionen Schilling zurückbekommen, die wir selbstverständlich wieder für die Förderung ausgeben können, wobei natürlich auch ein großer Bereich dieser etwa 800 ungeklärten Fälle so ist, daß zu erwarten ist, daß auch dort noch diese Dinge so gemacht werden müssen. Das zu Ihrer Information.

Nun zur Frage der Wohnbaugenossenschaften: Wir sind hier völlig einer Meinung, Herr Abgeordneter Loidl. Was mir persönlich dabei leid tut, daß eigentlich ungerechterweise viele Funktionäre und auch Bedienstete in Wohnbaugenossenschaften, die tadellos funktionieren, in Mißkredit kommen. Das ist das Unangenehme, und für mich als Referent deswegen, meine Damen und Herren, so unangenehm, weil ich auch einmal eines deutlich sagen muß: In dem Augenblick, wo die Förderungszusage draußen ist – und Sie kennen ja die Vorgangsweise im Geschosßbau und bei der Förderung der Eigentumswohnungen – administrieren in weitgehendstem Maße die gesamte Wohnbauförderung, bitte sehr, die Wohnbaugenossenschaften und haben damit eine riesige Verantwortung. Was vielleicht bisher zu wenig beachtet wurde ist, daß die Menschen, die sich bereit finden, in den Aufsichtsräten dort tätig zu sein, auch eine große Verpflichtung mit der Übernahme dieser Aufsichtsratsfunktion auf sich nehmen. Jetzt wird es deutlich, aber ich bitte sehr, das wird ein Hinweis darauf sein, was eigentlich hier an Arbeit, an Wissen, an Information und an Nachfrage zur Verfügung steht und zur Verfügung stehen muß, wenn man in der Beziehung seine Pflicht als Aufsichtsrat einer Wohnbaugenossenschaft wirklich erfüllt.